

Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft

SPW - 34



Nach der Wahl:

»Rot-Grüne Zukunft«





Herausgeber: Detlev Albers (Bremen), Heinz Albrecht (Berlin-West), Katrin Fuchs (Verl), Josef Hindels (Wien), Klaus Peter Kisker (Berlin-West), Heinrich Lienker (Bielefeld), Ursula Pausch-Gruber (Kairlindach), Olaf Scholz (Hamburg), Klaus Thüsing (Paderborn), Kurt Wand (Hamburg), Klaus-Peter Wolf (Frankfurt/M.), Burkhard Zimmermann (Berlin-West)

Ständige Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen: Burchard Bösche (Frankfurt/M.), Arno Brandt (Hannover), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Bonn), Alfred G. Frei (Singen), Herbert Grimberg (Niedernhausen), Michael Häupl (Wien), Mechtild Jansen (Köln), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Traute Müller (Hamburg), Dieter Muth-Kerth (Hamburg), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Hagen), Peter Pelinka (Wien), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Ochtrup), Jochen Zimmer (Duisburg)

Redaktion: Jürgen Blume, Joachim Günther, Frank Heidenreich, Michael Karnatz, Dieter Scholz, Andreas Wehr, Hans Willi Weizen, Andreas Westphal

Sekretariat: Christina Hausberg

Redaktion und Auslieferung: Tegeler Straße 6, D-1000 Berlin 65, Telefon (030) 461 70 83

Anzeigen (o.Tausch): Andreas Runze, Jungfernstieg 20, D-1000 Berlin 45, Tel. (030) 7722443

Verlag: spw-Verlag/Redaktion GmbH, HRB 13699, Tegeler Straße 6, D-1000 Berlin 65
Geschäftsführer: Joachim Günther, Frank Heidenreich, Andreas Wehr

ISSN 0170-4613

Copyright © spw-Verlag/Redaktion GmbH 1987.

Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten.

Satz: Barbara Steinhardt, Berlin-Zehlendorf. — Druck: Oktoberdruck, Berlin-Kreuzberg.

Umschlaggestaltung: Jürgen Holtfreter. — Auflage 1.-3. Tausend Februar 1987.

Die spw erscheint 1987 in 5 Heften mit einem Jahresumfang von 480 Seiten. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. Der Buchhandelspreis beträgt 9,50 DM, in der Republik Österreich 70,- ÖS, in der Schweiz 9,- sfr. Im Abonnement kostet das Heft 7,- DM zuzüglich Versand, im Einzelverkauf über sozialdemokratische Organisationen 7,50 DM (55,- ÖS)

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift, einseitig beschrieben und mit einem Rand von 30 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 13 Manuskriptseiten umfassen.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin 111 502 83 00 (BLZ 100 101 11)

Postgiraamt Berlin-West 109 74 — 105 (BLZ 100 100 10)

Editorial/Verlagsmitteilungen 3

Kampf um die Geschichte

Jürgen Egert
Vom Versuch, Rosa Luxemburg ein zweites Mal zu ermorden 6

Karsten Rudolph
Neokonservative Tendenzwende in der Geschichtswissenschaft 8

Frieden

Hans Willi Weizen
Ökonomische Kooperation als drittes Element der Entspannung 14

Günther Baechler und Christiane Rix
Abrüstung oder Abschreckung?
Zum Streit in der Nato über die »Null-Lösung« 16

Gewerkschaften

Helmut Schauer
Gepflegte Unübersichtlichkeit 23

Sabine Kryszon
Andere Jugend — Andere Politik?
Neure Studien und gewerkschaftliche Konsequenzen 25

Jusos

Michael Guggemos und Uwe Kremer
Erneuerung der Jusos — Fortschritte und Blockaden
Antwort auf Malte Ristau und Martin Gorholt in *spw* 33 33

Kontroverse um Glotz

Diether Dehm
Zwei Philosophien, zu schreiben
Entlarvender Journalismus — unsere Stärke? 38

Österreich

Josef Hindels
Rechtsruck in Österreich 44

Diskussionsschwerpunkt:

Nach der Wahl: Rot-Grüne Zukunft?

Michael Karnatz/Heinrich Lienker/Andreas Wehr

Zu neuen Ufern?

Thesen zur Situation der SPD und zu den Aufgaben der Linken 48

Joachim Günther

Abschied von der Politik?

Die SPD im Bundestagswahlkampf 55

Eckhard Stratmann

Was heißt denn hier »links«?

Eine organisierte Auseinandersetzung tut not 60

Jürgen Reusch

Die Linke nach den Wahlen

65

Uli Schöler

»Schwarz-grüne Allianz gegen die SPD«?

Über strategische Desorientierungen eines »staatstragenden Linken« 71

Rainer Christ

Anmerkungen zum Bruch der rot-grünen Koalition in Hessen

75

Kurt Wand

Große Koalition oder Rot-Grün in Hamburg?

77

Karsten Rudolph

Im Maschinenraum des Tankers:

Es wird umgeschaltet — auch im Westlichen Westfalen

80

Rainer Christ

Die Parteilinke nach der Bundestagswahl

Sitzung des Frankfurter Kreises am 30./31. Januar 1981 in Bonn 81

Briefe an Redaktion und Autoren

84

Besprechungen

Jansen, Mechthild (Hrsg.): Halbe-Halbe. Der Streit um die Quotierung (S. Brünig) 85

Schuon, Karl, u.a.: Politische Theorie des Demokratischen Sozialismus (K.H. Wanninger) 88

Schubert, Alexander: Die internationale Verschuldung. Die Dritte-Welt und das transnationale Bankensystem (W. Roth) 90

Haug, Wolfgang Fritz: Die Faschisierung des bürgerlichen Subjekts (T. Banaschewski) 92

Weinzen, Hans Willi (Hrsg.): Viktor Agartz. Wirtschafts- und Steuerpolitik. Mit der Kontroverse Nell-Breuning SJ contra Agartz (J. Hülsdünker) 94

Editorial

Die Zukunft ist rot-grün — wenn es eine gibt. Spätestens das Ergebnis der Bundestagswahl hat gezeigt, daß ohne ein Bündnis von SPD und Grünen die Verhinderung der progressiven neokonservativen Formierung der Bundesrepublik ebensowenig möglich ist, wie die Durchsetzung einer alternativen, ökologisch und sozial orientierten gesellschaftlichen Entwicklungsrichtung. Doch wie muß dieses Bündnis beschaffen sein? Es darf kein *taktisches Bündnis* sein, als das viele Sozialdemokraten etwa die rot-grüne Koalition in Hessen betrachtet haben. Ein taktisches Bündnis stellt den Erhalt oder die Erweiterung der eigenen Macht in den Mittelpunkt. Dem entspricht die Haltung, sich eine Koalition mit den Grünen ebensogut vorstellen zu können wie mit der FDP, wobei letztere für viele, nicht nur rechte, Sozialdemokraten *leider* vorläufig an die CDU/CSU gebunden ist. Diese taktische Haltung gegenüber rot-grünen Bündnissen ist letztlich Ausdruck der Tatsache, daß die SPD als ganze, trotz entscheidender programmatischer Fortschritte in einigen Bereichen, wie sie sich etwa in den Beschlüssen des *Nürnberger Parteitages* manifestiert haben, nicht erkannt hat, daß u. a. in der Bundesrepublik über zum großen Teil nicht mehr revidierbare Weichenstellungen entschieden wird. Der Einstieg in die Plutoniumwirtschaft, der Einstieg in SDI, das Beibehalten der Strategie des Arbeitslosigkeitsexports durch wachsende Leistungsbilanzüberschüsse und die Beschränkung der Ökologiepolitik auf die punktuelle Korrektur der Resultate des privat-arbeitsteiligen Produktionsprozesses sind solche menschheitshistorischen Weichenstellungen. Um hier eingreifen zu können, bedarf es *strategischer Bündnisse*. Auf der Ebene der Parteien sind die Grünen der einzige Bündnispartner, mit dem ein Projekt der Gesellschaftsveränderung mit der den Problemen angemessenen Radikalität entworfen und schrittweise in Politik umgesetzt werden kann. Notwendiges Element eines strategischen Bündnisses ist die Veränderung der Bündnispartner im und durch das Bündnis. Ohne das Erstarken der Grünen wären Themen wie die ökologische Frage in der SPD niemals so wichtig geworden und ohne programmatische Fortschritte der SPD wie z. B. in der Friedenspolitik wäre die Gefahr der Selbstmarginalisierung der Grünen in diesem Bereich noch erheblich größer. Wenn die Gegensätze zwischen SPD und Grünen in der Perspektive eines strategischen Bündnisses produktiv gewendet werden sollen, bedarf es der beiderseitigen Bereitschaft, *jetzt* mit der Diskussion über die programmatischen Grundlagen dieses Bündnisses zu beginnen. Das Scheitern der rot-grünen Koalition in Hessen ist ohne Zweifel ein historischer Rückschlag für die Linke in der Bundesrepublik, es könnte aber den positiven Effekt haben, daß zukünftige rot-grüne Koalitionen eindeutiger auf bestimmte strategische Ziele hin orientiert sind. Dazu muß die SPD die Haltung des eindeutigen *Jein* z. B. in der Atomenergiefrage aufgeben. Hierbei geht es nicht alleine um die wachsende Schwierigkeit, eine derartige Politik »verkaufen« zu können (dieses *Konsequenzdefizit* hat ohne Zweifel zu den Stimmenverlusten der SPD beigetragen), es geht vielmehr um die Frage der historischen Legitimität dieser Partei. Hierbei nützt es nichts, sich hinter der Weisungskompetenz des Bundesumweltministers zu verstecken, solange in Hessen selbst noch über das Immissionsschutzgesetz juristische und politische Möglichkeiten des Widerstands bestanden haben. »Die Grünen haben die penible Rechtsstaatlichkeit, die die SPD in ihrer Geschichte immer ausgezeichnet hat, unterschätzt« (Holger Börner im *Spiegel* Nr. 8/1987). Hier stellt sich die Frage, inwiefern das, was Börner als Tugend beschreibt, nicht ein Laster der SPD ist: Die Fixierung auf das politisch-parlamentarische System, die die Bedeutung von gesellschaftlichen Bewegungen auch für Entscheidungen im politischen System verkennt. Warum kann die SPD nicht Initiatorin einer Volksbewegung gegen die Plutonium-

wirtschaft sein? Warum kann die SPD nicht mit aller notwendigen Härte die Minister aus ihrem Amt entfernen, denen es an der notwendigen Konsequenz mangelt? Diese Fragen können nur von der Parteilinken beantwortet werden. Doch diese schwebt in der Gefahr, die programmatischen und personellen Geländegewinne mit einer grundlegenden Veränderung der Machtverhältnisse in der Partei zu verwechseln. Die Parteilinke droht zur neuen Mehrheit zu werden und sich gleichzeitig unter dem Mantel von Formelkompromissen der Entwicklung und Durchsetzung radikaler politischer Konzeptionen zu enthalten. Zur Erneuerung der SPD bedarf es der Erneuerung der SPD-Linken bezüglich der Erkenntnis der dramatischen Lage der Menschheit, der Notwendigkeit eines strategischen Bündnisses mit den Grünen und der notwendigen Wechselwirkung von parlamentarischen Bündnissen und außerparlamentarischen Bewegungen.

Mit dem vorliegenden Heft wollen wir zur Aufarbeitung der Ursachen des Bundestagswahlresultats und der strategischen Probleme einer rot-grünen Zukunft beitragen.

Andreas Westphal

Verlagsmitteilungen

Errata

Durch ein technisches Versehen wurde der Aufsatz von Mechtild Jansen »Sozialdemokratie und Frauenbewegung« in *spw* 33 im Inhaltsverzeichnis vergessen. Wir bitten um Entschuldigung! — Durch ein weiteres Versehen fehlte Kurt Wand (Hamburg) im Impressum des letzten Heftes. An Stelle von Werner Löwe ist er — zusammen mit Katrin Fuchs, Ursula Pausch-Gruber, Olaf Scholz und Burkhard Zimmermann — neu in den Herausgeberkreis gewählt worden (vgl. *spw* 32, S.261).

Christina Hausberg wird ab 1. April 1987 das *spw*-Sekretariat führen. Von diesem Zeitpunkt an ist sie Ansprechpartnerin für telefonische Bestellungen, Abrechnungsfragen und Kontakte zur Redaktion.

Das neue *spw*-Konzept

Das vorliegende Heft erscheint in veränderter Gestalt, wie wir es in *spw* 33 (vgl. S.389f.) ankündigten. Es ist das erste von fünf, im Umfang leicht reduzierten, Heften in diesem Jahrgang. Themenstichworte sollen einen besseren Überblick über den Inhalt bieten, und das aufgelockerte Schriftbild wird die Augen hoffentlich weniger strapazieren. Die nächsten Hefte werden jeweils Mitte April, Juni, Oktober sowie Anfang Dezember ausgeliefert. Heft 35 (April) wird u.a. eine detaillierte Kritik am Irseer Programmentwurf der SPD enthalten.

Im Buchhandel kostet die neue *spw* 9,50 DM (70,- ÖS; 9,- sfr). Der Organisationsverkaufspreis und über Vertriebsagenten beträgt jetzt 7,50 DM (55,- ÖS).

Wir sind gespannt auf Leser-Reaktionen. Schreibt bitte; teilt uns mit, wie Ihr die vorgenommenen Modifikationen des Zeitschriftenkonzepts bewertet und welche anderen Ihr für die Zukunft anregt.

Gerhard Bäcker/Reinhard Bispinck

35-Stunden-Woche

Argumente zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und für mehr Zeit zum Leben

Vorwort von Hans Janßen. 3. Aufl. — Einzelpreis: 9,- DM zzgl. Versand, Organisationspreis 6,- DM. Bei Bestellung von mindestens 50 Exemplaren nur 4,50 DM pro Stück!

Bestellungen über: *spw*-Verlag - Tegeler Str. 6 - 1000 Berlin 65

Erklärung von Künstlern und linken Sozialdemokraten zur Bundestagswahl

Das Wahlergebnis liegt vor. Wir haben verloren. Wir haben alle verloren: Die SPD hat verloren; die Grünen haben in Wirklichkeit verloren; aber auch Leute, die CDU gewählt haben, haben verloren. Wir fressen alle dieselben Gifte, versinken in denselben Arbeitslosenstatistiken. Und auch Atomraketen und Becquerels unterscheiden nicht nach Parteiorientierung.

Die Wende kann weitergehen mit Sozialabbau und Atomlobby, mit mangelnder Liberalität und kultureller Engstirnigkeit, mit Umweltzerstörung und Aufrüstung. Das politische Klima ist frostig. Wir werden uns aber nicht zurückziehen in die gemütliche gute Stube mosernder Resignation. Wir werden uns warm anziehen und uns weiter einmischen in unsere Angelegenheiten.

Denn in der Bundesrepublik gibt es Mehrheiten gegen die reaktionäre Wendepolitik und Mehrheiten gegen die Bedrohung und Vernichtung des Friedens, der Umwelt, der Nahrung und der Gesundheit der Menschen, gegen Massenarbeitslosigkeit und neue Armut, gegen die Einengung von Bildungschancen und kultureller Entfaltung.

Diese Mehrheiten müssen politisch zur Mehrheit gemacht werden, für eine andere Entwicklung von Staat und Gesellschaft.

Die Parole »Versöhnen statt spalten« konnte und kann da nicht weiterhelfen.

Es müssen schon die Ursachen der Gefährdungen und deren Nutznießer erkannt, die Gegner benannt werden (an erster Stelle: die Großbanken und das Monopolkapital, die ja von den Giften leben, an denen wir krepieren). Das haben vor allem die SPD und ihr Spitzenkandidat versäumt, trotz der positiven Ansätze ihres Nürnberger Parteitags.

Die notwendige Mehrheit kann nicht durch *eine* politische Partei *alleine* hergestellt werden. Die demokratische, soziale und ökologische Alternative zur Wendepolitik erfordert die Zusammenfassung vieler unterschiedlicher Kräfte, im Kern eine parlamentarische Zusammenarbeit von SPD und Grünen.

Wir fordern die SPD auf, mit dem Tabu zu brechen, das ein Zusammengehn mit den Grünen ausschließt. Vor allem vom linken Parteiflügel erwarten wir hier Initiativen. Die Sozialdemokraten und Grünen wollen wir ermutigen, die bereit sind, vom jeweils hohen Roß herabzusteigen und zu Fuß ein Stück zusammen zu gehen.

Die Zeit drängt: Der Wahlkampf für 1990 beginnt — heute!

Unterzeichnet von: Prof. Dr. Detlev Albers (Hochschullehrer), Wolf Biermann (Liedermacher), Rainer Christ (SPD-Mainz), Dr. Diether Dehm (Autor u. Musikverleger), Katja Ebslein (Sängerin), Vivi Eickelberg (Musikmanagerin), Nina Hagen (Rocksängerin), Anne Haigis (Rocksängerin), Jörg Jordan (SPD Hessen-Süd), Heinz Rudolf Kunze (Rocksänger), Klaus Lage (Rocksänger), Dr. Manfred Maurenbrecher (Sänger u. Autor), Markus Möri (Rocksänger), Traute Müller (SPD Vorsitzende HH-Eimsbüttel), Kurt Neumann (Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, SPD), Fritz Rau (Konzertveranstalter), Dorothee Stapelfeldt (Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, SPD)

Kampf um die Geschichte

Jürgen Egert

Vom Versuch, Rosa Luxemburg ein zweites Mal zu ermorden

Margarethe von Trotta's Film hat es uns wieder in Erinnerung gerufen: Vor 68 Jahren wurde Rosa Luxemburg zusammen mit ihrem Kampfgefährten, Karl Liebknecht, feige ermordet. Während des Kalten Krieges wurde die Mitbegründerin der Kommunistischen Partei wie selbstverständlich der »anderen Seite« zugerechnet und bei uns dem Vergessen anheim gegeben. So erinnert in Berlin (West), wo noch immer ganze Straßenzüge die Namen von Generälen tragen und wo es gleich mehrere Bismarck-Hindenburg- und Moltkestraßen gibt, weder eine Straße noch ein Platz an diese ungewöhnliche Frau. Dies sollte vor kurzem revidiert werden: Auf Antrag der Abgeordnetenhausfraktion der Alternativen Liste (AL) sollte einer kleinen Fußgängerbrücke über den Landwehrkanal der Name Rosa Luxemburgs gegeben werden. Diese Brücke steht ungefähr an der Stelle, an der die Freikorpschergen Rosa Luxemburg in das Wasser gestoßen haben. Statt nun dieser Initiative zuzustimmen, forderten CDU und FDP, Gedenksteine für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht aufzustellen. Dieser Antrag wurde schließlich gegen den Widerstand einer beachtlichen Minderheit in der CDU- und FDP-Fraktion angenommen.

Das gesplante Abstimmungsverhalten in der Berliner Rechtskoalition ist seitdem Anlaß erbitterter Auseinandersetzungen vor allem in den Reihen der CDU. Wo gezündelt wird, darf die Springer-Presse nicht fehlen. So widmete die *Berliner Morgenpost* Rosa Luxemburg und ihrem Wirken nicht weniger als vier Fortsetzungsartikel. Diese bössartige und verfälschende Darstellung ihres Lebens und ihrer Ziele war ausschließlich darauf angelegt, sie als gewalttätige, rücksichtslose und demokratiefeindliche Revolutionärin hinzustellen. Selbst Lenin und die ultralinke KPD-Führerin Ruth Fischer wurden als Kronzeugen gegen Rosa Luxemburg bemüht.

Da wollte und konnte natürlich die *FAZ* nicht nachstehen. Die Teilnahme der Berliner SPD an der Gedenkfeier des überparteilichen »Liebknecht-Luxemburg-Komitees« mußte herhalten, um über die »Verbreitung dieses DDR-Geschichtsbildes in West-Berlin« (*FAZ* vom 08.01.87, 13) zu wehklagen. So einfach ist das für die *FAZ*: Wer heute an den Kampf Luxemburgs und Liebknechts erinnert, wer sie ehrt, der sitzt folglich einem »DDR-Geschichtsbild« auf. Da treffen sich *FAZ* und *Neues Deutschland* in einer merkwürdigen Gemeinsamkeit. Doch weder der kommunistische Alleinvertre-

tungsanspruch noch die konservative Verleumdung stimmen mit der Wirklichkeit überein.

Ohne Zweifel waren Luxemburg und Liebknecht in den beiden letzten Wochen ihres Lebens Kommunisten. Sie waren allerdings Führer einer kommunistischen Partei, die weder etwas mit der von der KPdSU abhängigen KPD ab Mitte der zwanziger Jahre noch mit der heutigen SED zu tun hatte. Rosa Luxemburgs bereits 1903 geschriebene Abrechnung mit dem avantgardistischen Organisationsmodell Lenins und ihre Kritik der russischen Revolution lassen sie bis heute den Marxisten-Leninisten suspekt erscheinen. Nur gar zu gern vergißt man dann dort auch diesen Teil ihres Werkes. Das unhaltbare Geschichtsbild der *FAZ* soll verhindern, daß sich Sozialdemokraten und unabhängige Linke erneut auf das Werk von Rosa Luxemburg berufen und sie als Mitbegründerin eines demokratischen, westlichen Marxismus wiederentdecken. Trotz aller wütenden Angriffe genügt für viele eben nicht mehr der Verweis auf ihre kurze Mitgliedschaft in der KPD, um die jahrzehntelang erfolgreiche Stigmatisierung aufrechtzuerhalten.

Vor allem die feministische Bewegung hat Rosa Luxemburg für ihre politische Arbeit entdeckt. Margarethe von Trotta Film hat den Blick auf die gesamte Persönlichkeit Rosa Luxemburgs freigegeben. Der Film hat uns bewußt gemacht, wie sehr ihr politisches Wirken in einem engen Zusammenhang mit ihrer zutiefst humanistischen Einstellung stand. Das verzerrende Gegenbild, das die *Berliner Morgenpost* von ihr als rücksichtslos und grausam zeichnet, hat Methode! Ein engeres Zusammenrücken von Frauenbewegung und sozialistischer Bewegung soll auf jeden Fall verhindert werden.

Schließlich ist es die ständige Angst vor einer sich lockernden ideologischen Abgrenzung gegenüber den Kommunisten und gegenüber der DDR, die diese vehemente Kampagne gegen jede Ehrung Rosa Luxemburgs speist. Da ist es dann nur konsequent, auch Sperrfeuer gegen einen Besuch Diepgens anläßlich der 750-Jahrfeier in Ost-Berlin zu schießen. Das klassische Feindbild darf nicht verwischt werden. Der Kampf der Rechtspresse zeigt erste Erfolge. Unter dem Druck der öffentlichen Kampagne melden immer mehr Ortsgruppen der CDU und auch die Junge Union Bedenken gegen die Ehrung Rosa Luxemburgs an. Man darf gespannt sein, wann die Berliner Regierungskoalition von der Springer-Presse sturmreif geschossen ist und von dem Beschluß des Abgeordnetenhauses abrückt.

Karsten Rudolph

Neokonservative Tendenzwende in der Geschichtswissenschaft

Inzwischen schlägt er längst internationale Wellen: der bundesdeutsche »Historikerstreit«. Der Historiker Gordon A. Craig titulierte ihn in einem Artikel in »The New York Review« als »The War of the German Historians« und stellte ihn in eine Reihe mit dem Berliner Antisemitismusstreit, den durch Karl Lamprecht entfachten Methodenstreit in der Geschichtswissenschaft und die von Fritz Fischer ausgelöste Kontroverse um die Verantwortung Deutschlands für den Ausbruch des Ersten Weltkriegs.¹

Auch wenn sich einige — wie der Historiker Thomas Nipperdey — den Streit zurück in den fachwissenschaftlichen Elfenbeinturm wünschen², geht es längst nicht mehr nur um einen Fachdiskurs. Der wurde spätestens mit der publizistischen Kampagne der *Frankfurter Allgemeinen (FAZ)* und anderer regierungsamtlich fungierender Blätter überschritten, die auf den Zusammenhang mit der versprochenen »politisch moralischen Wende« unmißverständlich hinwies.³ Nach dem mißlungenen Bitburg-Spektakel, das politisch die Rehabilitation der Bundesrepublik von der nationalsozialistischen Vergangenheit zugunsten einer gemeinsamen atlantisch-europäischen Stoßrichtung gegen »das Reich des Bösen« (Ronald Reagan) symbolisieren sollte, folgte ein Jahr später der Versuch konzeptioneller historisch-politischer Auf- und Zubereitung.

Ausgelöst wurde der Streit von dem an der FU in West-Berlin lehrenden Ernst Nolte, einem durch seine grundsätzlichen historisch-philosophischen Ausflüge bekannten und in der »Zunft« eher abseits stehenden Historiker, der plötzlich in ihren Mittelpunkt rückte. In einem *FAZ*-Artikel behauptete er, daß der Holocaust als eine »asiatische Tat« Hitlers zu sehen sei, verübt als präventiver Reflex auf den »Klassenmord der Bolschewiki«.⁴ Das »potentielle Opfer« Hitler wurde zum »asiatischen« Präventivtäter. Die bislang allenfalls im rechtsextremen Spektrum geleugnete Singularität der NS-Verbrechen wurde damit über Bord geworfen, und folgerichtig scheinheilig gefragt, ob denn nicht »der Archipel Gulag ursprünglicher als Auschwitz« gewesen sei. Zu anderen Zeiten hätte dies als notorische Spekulation und Instinklosigkeit abgetan werden können.

Es bedurfte des Philosophen und Soziologen Jürgen Habermas, der in einem notwendig polemisch gehaltenen Artikel in der *Zeit* apologetische und den NS relativierende Tendenzen in der bundesrepublikanischen Geschichtsschreibung konstatierte, Namen nannte und in Bezug zur neokonservativen Wende setzte.⁵ Neben Nolte hatte nämlich der Kölner Historiker Andreas Hillgruber in einem Bändchen mit dem bezeichnenden Titel »Zweierlei Untergang. Die Zerschlagung des deutschen Reiches und das Ende des europäischen Judentums« »in der Rhetorik von Kriegsheftchen« (Habermas) »Hoheitsträger der NSDAP« (so Hillgruber) und Wehrmachtsbefehlshaber

als Identifikationsfiguren für die Deutschen angeboten.⁶ Selbst der nationalkonservative Widerstand und der 20. Juli werden in einer derartigen Perspektive obsolet, denn sie hätten mit ihrer angeblich gesinnungsethischen Position bei einem Zusammenbruch der Ostfront erst recht zu den »Racheorgien der roten Armee« (Hillgruber) führen müssen. Insofern hat die deutsche Wehrmacht den Osten für den Westen gehalten und den eigentlichen Feind schon längst erkannt — die Anti-Hitler-Koalition war also spätestens ab 1944 fehl am Platze. Dies deckt sich mit den Vorstellungen Heinrich Himmlers, der angesichts der bevorstehenden Niederlage nach einem Sonderfrieden im Westen mit den westlichen Alliierten erneut gegen die Sowjetunion ziehen wollte.

Nolte und Hillgruber sind aber nur die Spitze eines neokonservativen Eisbergs, der einerseits durch zahlreiche Leserbriefe, andererseits durch wütende Angriffe gegen Habermas, die vor persönlichen Verunglimpfungen nicht halt machten, und schließlich durch die Verteidigung Hillgrubers und Noltes durch angesehene Fachhistoriker sichtbar wurde. Klaus Hildebrandt etwa unterstützte Hillgrubers Position und verwandelte Noltes Spekulation und spontanwissenschaftliche Argumentation in Fragen, die man ja wohl noch stellen dürfe.⁷ Er meinte, daß die »Deutschen mit der Erbschaft Hitlers bis heute belastet« sind, um dann diese — analog zu Nolte — vor dem Hintergrund von »Totalitarismus, Völkermord und Massenvertreibung«, die »zur Signatur des 20. Jahrhunderts gehören«, zu relativieren.

Der Hitlerbiograph und *FAZ*-Mitherausgeber Joachim C. Fest meinte ebenfalls, daß wir Deutschen »noch lange nicht« aus dem Schatten der von Hitler verübten Verbrechen hinaus seien.⁸ Neben dieser auf Hitler beschränkten Sicht bemühte er sich, die Verbrechen des deutschen Faschismus akribisch gegen die des Stalinismus aufzurechnen, mit der Schlußfolgerung, daß man nicht von einer Singularität der NS-Verbrechen sprechen könne. Der reale Hintergrund für Hitlers »Ausrottungskomplex« sei die Oktoberrevolution und die Münchener Räterepublik, mit der er in Berührung kam, gewesen. Hitler habe den Klassenkampf der Bolschewiki von einer antirevolutionären Position gesteigert; er wollte »in der Gegenwehr genauso verfahren, nur zehnmal terroristischer«. Damit werden politische Verfolgung, Angriffskrieg und Genozidpolitik zur fixen Tat eines verirrten Einzelnen erklärt, der sich in den Methoden vergriffen hat.

Der Historiker Hagen Schulze reduzierte in einem Artikel in der *Zeit* analog zu Nolte die Spezifik des Holocaust auf eine technische Innovation, auf die »Industrialisierung des Massenmordes«, und bestätigte damit die Habermasche Kritik.⁹ Er sprach auch deutlich aus, worauf die neokonservative Wende abzielt, »auf die Frage nach der deutschen Einheit und der nationalen Identität, (die) nach wie vor gestellt« sei. Damit griff Schulze die Vorgaben des Erlanger Historikers, *FAZ*-Leitartiklers und Kanzlerberaters Michael Stürmer auf. Stürmer, der die Wende eines Teils der liberalen Historiker zu neokonservativen Positionen seit Mitte der 70er Jahre personifiziert, ist der ideologische Vormann der Wendehistoriker.¹⁰ Er formulierte programmatisch in Abgrenzung zu Richard von Weizsäcker, daß in einem vermeintlich »geschichtslosen Land die Zukunft gewinnt, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet«. ¹¹ Er möchte die bundesdeutsche Geschichtswissenschaft in den Dienst der »Sinnstiftung« stellen und exekutiert somit moderne konservative Ideologieplanung,

wie sie im Adenauerhaus entworfen wird, auch in der Historiographie.¹² Gegenpositionen zur neokonservativen Wende in der Historiographie bezogen — um nur einige zu nennen — der Historiker Eberhard Jäckel und seine Kollegen Hans Mommsen, Martin Broszat, Christian Meier, Jürgen Kocka und Heinrich A. Winkler.¹³ Jäckel brachte die Singularität der Genozidpolitik nochmals auf den Punkt: Die Vernichtung der Juden sei deswegen einzigartig, »weil noch nie zuvor ein Staat mit der Autorität seines verantwortlichen Führers beschlossen und angekündigt hatte, eine bestimmte Menschengruppe einschließlich der Alten, der Frauen, der Kinder und der Säuglinge möglichst restlos zu töten, und diesen Beschluß mit allen nur möglichen staatlichen Mitteln in die Tat umsetzte«. ¹⁴ Broszat hatte bereits letztes Jahr eine »Historisierung des Nationalsozialismus«, eine erweiterte Perspektive gefordert, die nicht relativiert, sondern Kontinuitäten offendeckt, »zugunsten einer moralischen [hinzuzufügen ist: politischen, K.R.] Sensibilisierung der Historie«. ¹⁵

Hans Mommsen aus Bochum arbeitete prononciert den Zusammenhang zwischen der »Entsorgung der NS-Vergangenheit« und der Wendepolitik heraus: »die Umschichtung des historisch-politischen Denkens« sei »der Ausdruck einer schleichenden Legitimitätskrise des politischen Systems«. ¹⁶ Die neokonservative Politik, die den sozialen Grundkonsens zerstört habe, bemühe sich um die ideologische Abstützung ihrer Politik, indem sie »nationale Identität« und ein geschlossenes Geschichtsbild stiften wolle. Haupthindernis dabei sei die NS-Vergangenheit, die man nicht leugnen, aber immerhin relativieren kann. Mommsen stellte den Versuch der Relativierung in den Kontext der herrschenden Vergangenheitsinterpretationen seit 1945. Der anti-faschistische Grundkonsens nach der Befreiung vom Nationalsozialismus sei inzwischen aufgekündigt worden.

Zunächst jedoch stellte die herrschende Geschichtsschreibung den NS als Betriebsunfall in der deutschen Geschichte dar und bemühte sich, den antifaschistischen Konsens in die Totalitarismus-Doktrin umzuwandeln. Dieses entsprach den allgemeinen Anforderungen der Politik des kalten Krieges, aber auch einer konservativen Position, die vermeiden wollte, daß ihr Beitrag zur Machtübertragung an die deutschen Faschisten in die Schußlinie einer kritischen Öffentlichkeit geriet und sie desavouierte. Zum positiven Identifikationspunkt wurde dagegen das »andere Deutschland« verklärt, insbesondere der um den 20. Juli gruppierte Widerstand gegen Hitler.

Als einer der ersten hatte Hans Rothfels diese hegemoniale Interpretation durch eine nüchterne Problematisierung des nationalkonservativen Widerstands angekratzt. ¹⁷ Im Zuge der Entspannungspolitik verlagerte sich die konservative NS-Interpretation auf eine Hitler-zentrierte Position, wie sie sich bei Joachim C. Fest findet. Gegen die Mär vom Betriebsunfall, die Dämonisierung Hitlers und das Muster des »Terrors von rechts und links«, der die Weimarer Republik zerstört habe, wandten sich die sogenannten Revisionisten, die die Kontinuitäten und Strukturen historischer Entwicklungen herausarbeiteten, die Rolle bürgerlicher Eliten vor und nach der Machtübertragung beleuchteten, die bisweilen wenig demokratisch-republikanischen gesellschaftspolitischen Leitbilder des nationalkonservativen Widerstands aufdeckten und den Versuch unternahmen, »den NS auch ohne Hitler zu beschreiben« (Mommsen). Studentenbewe-

gung und APO verhalfen dieser kritischen Position schließlich zum Durchbruch und erschütterten die konservative Position durch vergleichende Faschismusforschung und die grundlegende, an öffentlichem Gewicht gewinnende Analyse, daß der Faschismus letztlich eine Form bürgerlicher Herrschaft ist.¹⁸ Stürmer nennt dies die »progressive Erwürgung (der Geschichte, K.R.) von links«, die die politische Kultur schädige.¹⁹ Das Trauma der Studentenrebellion und der politischen Linksverschiebung in den 60er Jahren wird hier spürbar. Ihm und einer Handvoll weiterer neokonservativer Fachhistoriker geht es darum, mit dem u.a. von Franz-Josef Strauß permanent gefordertem »Heraustreten aus dem Schatten der deutschen Geschichte« endlich ernst zu machen.

Konservative Wertorientierungen und ein neokonservatives Geschichtsbild, welches »nationale Identität« stiften soll, werden allerdings durch die politische Allianz zwischen NSDAP und Konservativen, die sich u.a. in der Formierung der »Harzburger Front«, schließlich in der Bildung des Kabinetts Hitler augenfällig ausdrückte, diskreditiert. Die »Lehren der Geschichte« stehen ihr entgegen. Dies ist ein virulentes Problem für die Doktrin des Totalitarismus, die erneuert werden soll. Ihre Erneuerung impliziert — indem sie das Problem durch Relativierung umgehen will — zugleich eine neue Qualität, weil sie den Nationalsozialismus als Folge der Oktoberrevolution und Reaktion auf die revolutionäre Arbeiterbewegung sieht, aber nicht mehr den Faschismus neben den Stalinismus bzw. Kommunismus stellt. Es handelt sich um eine neue Qualität auch deswegen, weil der nationalkonservative Widerstand gegen Hitler als bloß gesinnungs-, nicht aber verantwortungsethisch diskreditiert²⁰, die Befreiung der KZ-Häftlinge dem Ziel, die Ostfront zu halten, nachgeordnet wird und — darauf hat insbesondere Hans Mommsen aufmerksam gemacht²¹ — weil eine pessimistische Grundtendenz vorliegt, deren Botschaft das »Sich-Einfügen-und-abfinden« in vermeintlich unveränderbare historische Ereignisse ist. Das zentrale Problem jeder Totalitarismuskonzeption ist das Dilemma zwischen Feindbildkonstrukt und Wiedervereinigungsanspruch. Die Totalitarismus-Doktrin hat nämlich im allgemeinen kein deutsches Nationalbewußtsein in den Grenzen von 1937 gefördert, sondern allenfalls ein bundesdeutsches Staats selbstverständnis und damit auch die gleichsam schlechende Aufgabe des Wiedervereinigungsgebots in der Grundgesetzpräambel.

Die Neokonservativen sehen sich in diesem Kontext durch zwei Entwicklungen herausgefordert bzw. benützen zwei Entwicklungen als Anlässe für die Relativierung der NS-Vergangenheit: Zum einen erlangten im Zuge der friedenspolitischen Auseinandersetzung und der Entwicklung der Friedensbewegung zu einer politischen Massenbewegung »national-revolutionäre« und — zumeist aus trotzkistischen Quellen gespeiste — links-nationale Positionen eine größere öffentliche Beachtung, da sie als Reaktion auf die Hochrüstung ein gesamtdeutsches Neutralitätskonzept inklusive militärischer Abrüstung und Entspannung forderten.²² Die Neokonservativen befürchten, daß sich Teile der Linken der »nationalen Frage« bemächtigen könnten. Während jene mit der Lage der beiden deutschen Staaten zwischen den Blöcken jonglierten, erklärte Stürmer die Bundesrepublik (!) zum »Mittelstück im europäischen Verteidigungsbogen des atlantischen Systems«. ²³ Damit war der neokonservative Spagat zwischen NATO-Orientierung und deutschnationalen, revisionistischen Positionen, zwischen »Atlantikern«

und »Stahlhelmen« programmiert. Überrascht wurden die Neokonservativen zweitens durch den Paradigmawechsel in der DDR-Historiographie, der am 3. Oktober 1984 auf einer gemeinsamen Tagung der Historikergesellschaft und des nationalen Rates der DDR zur Pflege und Verbreitung des deutschen Kulturerbes offiziell eingeläutet wurde. Einige Tage später forderte der Direktor des Zentralinstituts für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR, Walter Schmidt, nicht nur, daß »unsere besondere Sympathie der Arbeiterklasse und anderen werktätigen Klassen und Schichten« gelten muß, sondern auch »Traditionswürdiges« »im Handeln von Ausbeuterklassen« nicht unterschlagen werden kann.²⁴ Die praktischen Vorläufer dieses Paradigmawechsels wurden in der neuen Aufarbeitung der preußischen Geschichte, in differenzierten Einschätzungen historischer Persönlichkeiten wie Friedrich II., Martin Luther oder Bismarck sichtbar. Konrad Adam registrierte entsetzt am 9. Oktober 1986 in der *FAZ* — statt sich über gemeinsame Traditionen beider deutscher Staaten zu freuen und für das Wiedervereinigungsgebot zu instrumentalisieren —, daß die DDR entschlossen sei, »das gesamtdeutsche Erbe« allein anzutreten.

Dagegen wollen die Neokonservativen — dies wird bei den aktuellen Museumsplänen am deutlichsten — zwei unterschiedliche Traditionslinien abstecken. Einmal die »richtige« nationale Tradition, die in die soziale Marktwirtschaft führte und andererseits die totalitäre Tradition, die in den real existierenden Sozialismus führte. Insofern paßt die Kohlsche Diffamierung der DDR nicht nur in ein radikalisiertes Wahlkampfkonzept, sondern das »KZ« wurde ganz bewußt als Symbol aus der deutschen Vergangenheit genommen und in eins der heutigen DDR transformiert. Das Ergebnis der Bundestagswahlen beruhigt nur auf den ersten Blick, da an einem relativ breiten Rand der CDU eine deutsch-nationale Radikalisierung abzusehen ist, die die Grenzen zur »neuen Rechten« und neofaschistischen Positionen bewußt niederreißt — mit markigen Sprüchen und der Entsorgung der NS-Vergangenheit. Die sozialistische Linke spielte bislang im sogenannten Historikerstreit eher eine marginale Rolle — W.F. Haug reagierte in einem *Argument*-Artikel²⁵, in dem er die Medien-Kampagne der Neokonservativen seit 1985 offenlegte. Weil »in einem Land ohne Erinnerung alles möglich ist« (Stürmer) und in einem Land, daß die schrecklichsten Verbrechen relativiert, vieles wieder möglich werden kann, muß die neokonservative Geschichtsklitterung und ideologische Instrumentalisierung der Historiographie abgewiesen werden.

Anmerkungen

- 1 Gordon A. Craig: The War of the German Historians, in: *The New York Review* v. 15.01.1987.
- 2 Thomas Nipperdey: Unter der Herrschaft des Verdachts, in: *Die Zeit* v. 17.10.1986.
- 3 Neben der tendenziösen Berichterstattung und Kommentierung der Gedenkveranstaltungen im Jahr 1985 ist hier vor allem der gegen die Rede des Bundespräsidenten vom 8. Mai 1985 gerichtete Artikel von Franz Oppenheimer »Vorsicht vor falschen Schlüssen aus der deutschen Vergangenheit« in der *FAZ* v. 14.05.1986 zu nennen.
- 4 Ernst Nolte: Vergangenheit, die nicht vergehen will, in: *FAZ* v. 06.06.1986.
- 5 Jürgen Habermas: Eine Art Schadensabwicklung, in: *Die Zeit* v. 11.07.1986.

- 6 In Auszügen wurde dieses im April 1986 in der *Welt* abgedruckt. Andreas Hillgruber: Zweierlei Untergang. Die Zerschlagung des Reiches und das Ende des europäischen Judentums, Berlin 1986.
- 7 Klaus Hildebrand: Das Zeitalter der Tyrannen, in: *FAZ* v. 31.07.1986. Die Überschrift ist bereits programmatisch: jedes Volk hatte »seinen« Hitler.
- 8 Joachim C. Fest: Die geschuldete Erinnerung, in: *FAZ* v. 29.08.1986.
- 9 Hagen Schulze: Fragen, die wir stellen müssen, in: *FAZ* v. 26.09.1986.
- 10 S. Bernd Faulenbach: »Sinnstiftung« durch Geschichte? Michael Stürmer über Geschichte und Politik in Deutschland, in: *links* Nr. 200, Nov. 1986.
- 11 Michael Stürmer: Suche nach der verlorenen Erinnerung, in: *Das Parlament* v. 17./24.05.1986
- 12 Zur praktischen Ideologieplanung der CDU siehe Peter J. Grafe: Von den Extremen gleich weit entfernt — ruhend in der Vernunft, in: *FR* v. 15.01.1987.
- 13 Hans Mommsen: Suche nach der »verlorenen Geschichte«?, in: *Merkur* 9/10/1986, 864-874; ders.: Neues Geschichtsbewußtsein und Relativierung des Nationalsozialismus, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 10/1986, 1200-1213. Martin Broszat: Wo sich die Geister scheiden. In: *Rheinischer Merkur/Christ und Welt* v. 10.10.1986. Jürgen Kocka: Hitler sollte nicht durch Stalin und Pol Pot verdrängt werden, in: *FR* v. 23.09.1986. Heinrich A. Winkler: Auf ewig in Hitlers Schatten, in: *FR* v. 14.11.1986.
- 14 Eberhard Jäckel: Die elende Praxis der Untersteller, in: *Die Zeit* v. 12.09.1986.
- 15 Martin Broszat: Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus, in: *Merkur* 39 (1986), 373-385.
- 16 Hans Mommsen: Suche nach der »verlorenen Geschichte«?, in: *Merkur* 9/10 1986, 864-87.
- 17 Hans Rothfels: Die deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung. Neue, erw. Ausg., eingel. v. H. Graml, München 1986.
- 18 Reinhard Kühnl: Formen bürgerlicher Herrschaft, Reinbek 1971; ders. (Hg.): Texte zur Faschismuskonversation I, Positionen und Kontroversen, Reinbek 1974.
- 19 Michael Stürmer: Suche nach der verlorenen Erinnerung, in: *Das Parlament* v. 17./24.05.1986.
- 20 Zur Uminterpretation des Widerstands vgl. Jochen Perels: Wer sich verweigerte, ließ das eigene Land im Stich, in: *FR* v. 27.12.1986. Es ist zu erwarten, daß in nächster Zeit auch hier »neorevisionistische« Tendenzen stärker durchschlagen.
- 21 Hans Mommsen: Neues Geschichtsbewußtsein und Relativierung des Nationalsozialismus, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 10/1986, 1200-1213.
- 22 Vgl. Arno Klönne: Zurück zur Nation? Kontroversen zu deutschen Fragen, Köln 1984.
- 23 Michael Stürmer: Suche nach der verlorenen Erinnerung, in: *Das Parlament* v. 17./24.05.1986.
- 24 Walter Schmidt: Zur Entwicklung des Erbe- und Traditionsverständnisses in der Geschichtsschreibung der DDR, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 33 (1985), 196-212.
- 25 Wolfgang F. Haug: Die neuen Deutungskämpfe um Anti/Faschismus. Eine Untersuchung zur neokonservativen Offensive im Spiegel der Frankfurter Allgemeinen, in: *Das Argument* 158, Berlin/West 1986, 502-526; vgl. auch Kurt Pätzold: Wo der Weg nach Auschwitz begann, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 2/1987, 160-172.

Frieden

Hans Willi Weinzen

Ökonomische Kooperation als drittes Element der Entspannung

Nachdem zuvor kein Dialog zwischen dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft stattgefunden hatte, weil sich beide nicht anerkannten, änderte sich dies in den frühen siebziger Jahren allmählich. Ein erster Dialog in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre endete ohne Erfolg. Während der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe in einem Abkommen auch handelspolitische Fragen regeln wollte, verwies die Europäische Gemeinschaft darauf, daß jenem die einschlägige Kompetenz fehle. Tatsächlich strebte sie deshalb ausschließlich bilaterale handelspolitische Abkommen an, weil sie die Position der Sowjetunion gegenüber den kleineren Mitgliedsstaaten des Rates nicht stärken und deren handelspolitische Bindung vermeiden wollte. Nach Gorbatschows Amtsantritt ergriff der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe Mitte der achtziger Jahre eine neue Initiative. In zwei Briefen schlug dessen Generalsekretär im Juni und September 1985 vor, Beziehungen beider Organisationen anzuknüpfen und eine gemeinsame Grundsatzklärung zu verabschieden. Gegen die von der Europäischen Gemeinschaft gewünschten bilateralen Handelsabkommen scheinen keine unüberwindlichen Einwände mehr zu bestehen. Im Januar 1986 erklärte die Europäische Gemeinschaft dann immerhin ihre Bereitschaft, in einen Dialog über die Herstellung von Beziehungen und eine gemeinsame Grundsatzklärung einzutreten. Zugleich verwies sie darauf, daß parallel separate Kontakte mit den europäischen Mitgliedsstaaten des Rates zur Normalisierung der Beziehungen aufgenommen werden. Im Sommer 1986 lagen deren Antworten vor. Im Herbst fand dann ein erstes Expertengespräch zwischen Europäischer Gemeinschaft und Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe statt. Mitten in der politischen Konfrontation des zweiten Kalten Krieges zwischen Vereinigten Staaten und Sowjetunion scheint nun der bislang in einem rahmenvertragslosen Zustand stattfindende europäische Handel zwischen Ost und West vertraglich geregelt werden zu können.

Die Interessen innerhalb des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe sind unterschiedlich. Die Energieexporte der Sowjetunion wären auch ohne vertragliche Regelung weiter möglich. Ihr ökonomisches Interesse dürfte vor allem auf technologisch interessante wirtschaftliche Kooperation gerichtet sein. Politisch fällt vielleicht noch eine deutlicher zu Tage tretende Interessendivergenz zwischen Europäischer Gemeinschaft und Vereinigten Staaten ab. Die meisten kleineren Staaten des Rates dürfte ein

Abbau der Zölle und Kontingente interessieren, die den Export ihrer Konsumgüter behindern. Die Deutsche Demokratische Republik dürfte vorrangig bemüht sein, die Möglichkeiten nicht zu verlieren, die ihr seit Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mit dem einschlägigen Protokoll im innerdeutschen Handel weiter garantiert wurden. Ihre Antwort beschränkt sich demnach auf den Wunsch nach Beziehungen. Auch die Interessen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft sind verschieden. Da bestimmte Mitgliedsstaaten des Rates gegenwärtig einen Handelsüberschuß gegenüber der Europäischen Gemeinschaft erzielen, dürfte der Wunsch verbreitet sein, die eigenen Lieferungen zu steigern. Auf die Bundesrepublik richten sich aus mehr als einem Grund die Blicke. So ist sie der größte Exporteur in den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe. Zudem bestehen zwischen ihr und der Deutschen Demokratischen Republik mit dem innerdeutschen Handel besondere und gelegentlich ungern gesehene Bedingungen.

Für die Sozialdemokratie in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) stellt sich in dieser Situation die Aufgabe, in ihrem Konzept der Entspannung neben dem politischen und dem militärischen Element auch das ökonomische wieder stärker zu akzentuieren. Bestehende Probleme dürfen dabei nicht von einem vagen Bekenntnis zur ökonomischen Kooperation verdeckt werden. So muß die bisherige Haltung einiger Staaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe aufgegeben werden, daß Berlin (West) nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehöre. Darüberhinaus muß Berlin (West) endlich in angemessener Weise in den Handel zwischen Ost und West einbezogen werden. Ferner muß vermieden werden, daß der ohnehin mit Problemen ringende innerdeutsche Handel Schaden nimmt. Hier müssen die beiden deutschen Staaten ihr gemeinsames Interesse in beiden Organisationen wahren. Sollte sich der Handel zwischen den Staaten der Europäischen Gemeinschaft und des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe auf vertraglichen Grundlagen positiv entwickeln, ist ein verschärfter Interessenkonflikt zwischen Europäischer Gemeinschaft und Vereinigten Staaten nicht auszuschließen. Das Interesse der Staaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe, technologisch entwickelte Produkte zu beziehen, und das der Staaten der Europäischen Gemeinschaft, genau diese in einen sich erweiternden östlichen Markt zu liefern, ist derzeit kaum mit dem Interesse der Vereinigten Staaten zu vereinbaren. Diese versuchen seit einiger Zeit mit Erfolg, die militärisch begründeten Exportrestriktionen über das Coordinating Committee for East-West Trade Policy (Cocom) immer stärker auszuweiten. Auch hier stößt das Konzept der Entspannung, diesmal mit seinem ökonomischen Element, auf den erbitterten Widerstand der kalten Krieger.

Günther Baechler und Christiane Rix

Abrüstung oder Abschreckung?

Zum Streit in der Nato über die »Null-Lösung«

Als sei nichts passiert in den vergangenen Jahren, als habe es nie millionenfachen Protest in den Ländern der NATO gegen die Atombewaffnung gegeben, äußern sich die westeuropäischen Regierungen, allen voran die Bundesregierung, bestürzt über die Aussicht, ohne Mittelstreckenwaffen auskommen zu müssen.

Seit Reykjavik ist das Stichwort »Null-Lösung« Grund für viel Streit in der NATO. Dabei geht es einmal mehr um das non plus ultra der NATO-Strategie: die Abschreckung. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um die Frage, welche Rolle den nuklearen Waffen bei der Eskalations-Strategie der NATO zukommt. Es geht mit anderen Worten um die Frage der Bereitschaft der USA, zur Verteidigung Europas ggf. auch die eigene Vernichtung zu riskieren, und durch dieses Risiko die Abschreckung für den potentiellen Aggressor (der für die NATO klar ist) glaubwürdig zu machen.

Eine Null-Lösung, d.h. also der Abzug von Pershing II, Cruise Missiles und SS 20 aus Europa, weckte bei den westeuropäischen Regierungen die Befürchtung, daß die Sicherheit Westeuropas von der Sicherheit der USA losgelöst würde. Alte westeuropäische Ängste, die Amerikaner könnten sich vom Risiko, in einen militärischen Konflikt in Europa auch territorial miteinbezogen zu werden, abkoppeln, gewannen neue Aktualität. Die Stärkung einer glaubwürdigen Abschreckung behielt von daher, und dies wurde insbesondere bei der Sitzung der Außenminister der NATO in Brüssel im November 1986 deutlich, den Vorrang gegenüber jeder möglichen Abrüstung im atomaren Bereich.

Alter Streit in der NATO

Bundeskanzler Kohl nannte zwei Grundsätze für Abrüstungsvereinbarungen: 1. Kriege in Europa dürften nicht führbar werden, und 2. die Sicherheit Westeuropas dürfe nicht von der Sicherheit der USA abgekoppelt werden. Wenn alle Mittelstreckenraketen abgezogen würden, wären aber diese Grundsätze verletzt.¹

Ähnlich äußerte sich Manfred Wörner nach der Herbsttagung der NATO-Verteidigungsminister. Er betonte die gemeinsame Haltung zu den »Eckwerten der NATO-Strategie«. Dazu gehöre auch die Überzeugung, »daß alle Elemente der Triade (konventionelle Waffen, taktisch operative und strategische Atomwaffen) wirksam bleiben müssen.«² Das sei aber nur möglich, wenn das »Kontinuum der Abschreckung« und die Verzahnung aller Waffensysteme gewährleistet sei.

Noch 1981 hatten die Verteidigungsminister eine Null-Lösung als Möglichkeit zugestanden, sich zum Verzicht auf die Stationierung atomarer Mittelstreckenwaffen bereitzuerklären, falls die Sowjetunion ihrerseits die SS 20 beseitigen würde. Mittlerweile

ist allerdings auch in der FAZ nachzulesen, daß das Angebot einer Null-Lösung für die Öffentlichkeit gedacht und im Vertrauen darauf ausgesprochen worden war, daß Moskau nicht bereit wäre, seine Mittelstreckenraketen total zu beseitigen. Gleichzeitig war die sogenannte Nachrüstung argumentativ mit der Existenz der SS 20 verbunden worden, ohne daß jemals ein ursächlicher Zusammenhang zwischen Pershings, Cruise Missiles und SS 20 bestand.³ Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund gibt es auch keinen Widerspruch zwischen dem Null-Lösungsangebot der NATO von 1981 und der gegenwärtigen Angst zumindest der westeuropäischen Regierungen vor seiner Realisierung. In jedem Fall dreht es sich um das Problem der Glaubwürdigkeit bzw. der Relativierung der nuklearstrategischen Sicherheitsgarantie der USA.

Die hinter dem Stichwort »Sicherheitsgarantie« stehenden Konflikte innerhalb der NATO gründen sich auf unterschiedliche sicherheitspolitische Interessen und verschiedene Interpretationen der NATO-Strategie der flexiblen Antwort bzw. flexible response.

Die NATO-Strategie sieht drei militärische Reaktionsformen vor: Direktverteidigung, vorbedachte Eskalation und allgemeine nukleare Reaktion.⁴ Im Rahmen der nuklearen Ersteinsatzoption der NATO können bereits auf der ersten Stufe der Direktverteidigung auch atomare Mittel mit dem Ziel der schnellen und frühzeitigen Kriegsbeendigung eingesetzt werden. Die politische Formulierung einer einheitlichen Militärstrategie der Allianz kann aber das Problem, daß mit der geographischen Trennung der NATO durch den Atlantik zusammenhängt, nicht lösen. Die atomar gestützte Sicherheitspolitik befindet sich in dem Dilemma, daß auf dem europäischen Kontinent vernichtet würde, was verteidigt werden soll, während das Territorium der USA aus dem unmittelbaren Kriegsgeschehen herausgehalten werden könnte. Aus diesem Grund gab und gibt es unterschiedliche Interpretationen der Militärstrategie der NATO diesseits und jenseits des Atlantiks.

Hinter der amerikanischen Strategieauslegung steht das Interesse, selbst nicht, oder zumindest nicht frühzeitig, in einen atomaren Konflikt in Europa hineingezogen zu werden. Daraus resultiert die Forderung an die westeuropäischen Verbündeten, die konventionellen Streitkräfte in Europa zu stärken, um die Einsatzschwelle für Atomwaffen möglichst hoch zu halten.⁵ Zusätzlich gab es keinen Zeitpunkt in den vergangenen Jahrzehnten, an dem die Suche nach einem Waffensystem, die eine regionale Begrenzung eines Krieges und einen selektiven Einsatz aller zur Verfügung stehenden Potentiale ermöglichen, gestattet worden wäre. Die Bemühungen um die Begrenzbarkeit von Nuklearkriegen ging unablässig weiter.

Die Suche nach begrenzbaren Kriegsführungsoptionen, wie sie sich in der amerikanischen militärstrategischen Planung nachweisen läßt, verträgt sich nicht mit einem Abschreckungsverständnis, wie es für die Westeuropäer, allen voran für die Bundesrepublik charakteristisch ist. Die westeuropäischen NATO-Staaten vertreten die Ansicht, daß die Mitglieder des Warschauer Paktes am wirksamsten von einem konventionellen und/oder atomaren Angriff abgeschreckt werden könnten, wenn die atomare Schwelle möglichst niedrig angesetzt wird. Mit einer schnellen und unberechenbaren Eskalation, angefangen vom Ersteinsatz taktischer Atomwaffen bis hin zu strategischen Inter-

kontinentalraketen der USA, soll der Gegner durch die Androhung eines für ihn unannehmbaren Schadens abgeschreckt werden. Charakteristisch ist für diese Interpretation, daß die Nuklearwaffen als politische Waffen verstanden werden und ihre bloße Existenz sowie die für den Gegener unkalkulierbare Einsatzbereitschaft für abschreckend genug gehalten wird.

Die Unterschiede zu der amerikanischen Interpretation der NATO-Strategie der flexiblen Antwort als einer Kriegsführungsstrategie sind offensichtlich. Sie läuft auf das Bemühen um die Fähigkeit zu einer lang andauernden Kriegsführung auch auf den unteren Eskalationsstufen und die Entwicklung eines differenzierten, für alle militärischen Lagen passenden Spektrums überlegener militärischer Optionen hinaus. An die Stelle einer Bereitschaft zur vorgedachten Eskalation tritt das Bemühen um »Schadensminderung« für die eigene Sicherheit und territoriale Unversehrtheit und damit auch der geographischen Begrenzung des Krieges. Manfred Wörner sagte zu den im Kern unvereinbaren Interpretationsvarianten der NATO-Strategie, als er noch nicht Verteidigungsminister war:

»Es gibt, das ist unstreitig, einen natürlichen Interessensunterschied zwischen den NATO-Partnern diesseits und jenseits des Atlantiks: Während die USA verständlicherweise daran interessiert sind, für den Fall des Versagens der Abschreckung in Europa den militärischen Konflikt möglichst lange begrenzt zu halten — also nicht zu eskalieren und den Konflikt unter Ausklammerung des eigenen Territoriums zu bewältigen —, liegt es im Interesse der Europäer, das Risiko für den Angreifer dadurch hochzuschrauben, daß verhältnismäßig schnell eskaliert werden kann und der Konflikt damit qualitativ und geographisch eine neue Dimension erhält. Dieser Interessenskonflikt ist unauflösbar.«⁶

Da die offensichtlich so stark divergierenden Interessen und Interpretationen der NATO-Strategie über lange Zeit im Bündnis koexistieren konnten, stellt sich die Frage, auf welcher Grundlage entweder ein Kompromiß oder ein Offenhalten der Differenzen stattgefunden hat. Wesentlich für die Kompromißfähigkeit der militärstrategischen Interpretationen dürfte gewesen sein, daß die Militärstruktur der NATO nicht eindeutig (und d.h. auch: nicht widerspruchsfrei) auf entweder die Eskalations- oder die Kriegsführungsinterpretation hin ausgerichtet und weder in der einen noch in der anderen Reinform rüstungstechnologisch und operativ instrumentiert wurde. Beide Seiten konnten sich trotz unterschiedlicher Sicherheitsinteressen und darauf basierender militärstrategischer Vorstellungen in der NATO-Rüstungs- und Militärpolitik — zumindest über lange Zeit — in für sie akzeptabler Weise wiederfinden. Der Konsens, beispielsweise über das quantitative Verhältnis von konventionellen Potentialen oder Truppenstärken zu taktisch-nuklearen Systemen, war politisch definiert.

Die Verdeckung und (zeitweilige) Stilllegung militärstrategischer Differenzen durch politischen Konsens wird zusätzlich dadurch erleichtert, daß der Zusammenhang zwischen konkreten Rüstungsmaßnahmen und militärstrategischen Konzepten nicht eindeutig und stringent sein muß. Ein und dieselbe Rüstungsmaßnahme läßt sich gemeinsam beschließen und vertreten, obgleich ihr kontroverse militärstrategische Optionen zugrundeliegen. Dadurch werden auch im Rüstungsbereich *politische* Handlungsspielräume geschaffen. Daß, was eine Rüstungsmaßnahme militärisch bedeutet, läßt sich deshalb nicht hinreichend aus ihrer technischen Qualität erschließen, sondern

erhält erst im politischen Kontext ihre wirkliche operativ-taktische Bedeutung. Die »Nachrüstung« ist ein Beispiel hierfür. Auf einer engen technisch-militärstrategischen Betrachtungsebene ließe sich zeigen, daß die »Nachrüstung« sehr wohl (wie von Helmut Schmidt seinerzeit) als eine *Ankopplung* des US- strategischen Potentials verstanden werden kann. Ein Waffeneinsatz von Westeuropa aus fände unterhalb der Schwelle des nuklearstrategischen Potentials. Weite Teile des europäischen Teils der Sowjetunion würden so in das atomare »Vollrisiko« einbezogen, auch wenn dies auf der Basis gezielter selektiver Schläge gegen vorwiegend militärische Ziele (counterforce) und mittels euro-strategischer (also nicht interkontinentalstrategischer) US-Waffen geschähe.

Die unmittelbare Bedrohung des sowjetischen Territoriums mit eurostrategischen Waffen bliebe so bestehen, ohne daß diese Drohung aber von amerikanischem Territorium selbst ausginge. Umgekehrt wäre das Risiko für die USA, im Falle einer nuklearen und sogar nuklearstrategischen Eskalation mit ihrem eigenen Territorium in einen Schlagabtausch einbezogen zu werden, aus dieser Logik heraus vermindert. Der »Schaden« für die Vereinigten Staaten wäre »begrenzt«.

Dieses Denkgebäude erklärt zum Teil, warum die »Nachrüstung« auf bundesdeutscher Seite vehemente Verfechter findet. Die Stationierung der Pershing II und Cruise Missiles wird von daher als Verbesserung der Glaubwürdigkeit der Abschreckung der NATO durch die erhöhte Bereitschaft der USA zum nuklearen Ersteinsatz verstanden. Innerhalb der Logik einer Abschreckung, die sich als politische Kriegsverhütungsstrategie versteht, erhöht sich die Sicherheit der westeuropäischen NATO- Mitglieder in dem Maße, indem die Bereitschaft zur nuklearen Eskalation steigen kann, weil das amerikanische Schadensrisiko sinkt. Die Mittelstreckenwaffen Pershing II und Cruise Missiles sind aus westeuropäischer Sicht Waffen mit einem hohen politischen Drohgehalt und deshalb geeignet, eine Brücke zwischen den taktischen Streitkräften für Europa und den strategischen Waffensystemen in den USA zu schlagen.

Die US-Regierung verbindet ihrerseits mit dem Aufbau dieser Systeme alles andere als das Interesse einer Verkopplung von taktischer und strategischer Ebene. Wie die Bezeichnung eurostrategische Waffen schon ausdrückt, wird die strategische Nukleargarantie der USA auf US-eigene Waffen übertragen, die nicht mehr in den Vereinigten Staaten, sondern in Westeuropa bzw. in der Bundesrepublik stationiert sind. Eurostrategische Atomwaffen bilden nach diesem Verständnis eine Barriere dagegen, daß im Falle einer bewaffneten Eskalation des Ost-West-Konflikts in Europa das Territorium der USA mit einbezogen wird.

Vor diesem Hintergrund ließe sich deshalb leicht nachzeichnen, daß diejenigen irren, die mit der »Nachrüstung« eine *Ankopplung* der USA an das Kriegsrisiko in Europa anstreben. Genauso gut ließe sich nämlich begründet behaupten, daß die »Nachrüstung« eine *Abkopplung* der USA vom Kriegsrisiko bedeutet. Mit ihr werden Kriegsführungsoptionen durch die technischen Fähigkeiten der Mittelstreckenraketen geschaffen (Schnelligkeit, Zielgenauigkeit und Zerstörungskraft), die es ermöglichen sollen, die vertikale Eskalation zu stoppen und einen Sieg unterhalb der strategischen Ebene zu erzielen.

In der Logik eines Abschreckungsverständnisses, das auf Kriegsführungsfähigkeit zielt, steigt der militärische Abschreckungswert der Mittelstreckenwaffen in dem Maße, wie diese immer mehr für taktische oder operative Aufgaben, wie konventionelle Waffen, eingesetzt werden können (integriertes Gefechtsfeld). Im Gegensatz dazu schwindet jedoch für die Bundesrepublik Deutschland als einzigem Stationierungsland von Pershing II Raketen der politische Drohgehalt dieser Waffen — und damit ihr Abschreckungscharakter im Sinne einer politischen Kriegsverhütungsabschreckung. Es läßt sich nicht glaubwürdig mit dem Einsatz von Waffen drohen, wenn mit dieser Androhung gleichzeitig die Ankündigung der Selbstvernichtung verbunden ist.

Zusammenfassend gibt es auf westeuropäischer Seite verschiedene Zugänge zu dem Problem, die Abkopplung der Sicherheit Westeuropas von der »Festung Amerika« zu verhindern. Sie alle laufen hinaus auf die Gewährleistung eines Risikoverbundes zwischen den USA und Westeuropa, und sie alle implizieren die Ablehnung der Null-Lösung ohne Aufrüstung in anderen Bereichen.

Die einen argumentieren, daß die Abschreckung der NATO um so glaubwürdiger wird, je geringer das Risiko für die USA ist, daß ihr Territorium im Falle eines Krieges in Europa betroffen wird. Abschreckung als Kriegsverhütung heißt hier also, Erhöhung der Bereitschaft der USA zum Einsatz ihres nuklearstrategischen Potentials in Europa und damit Erhöhung der politischen Abschreckungswirkung der strategischen Nuklearwaffen.

Aus amerikanischer Sicht spricht deshalb für ein System zur Abwehr ballistischer Raketen, wie SDI es werden soll, daß Mittelstreckenwaffen dann überflüssig würden, wenn es gelingen sollte, mit einer Mischung von offensiven und defensiven Systemen die strategische Kriegsführungsabschreckung zu optimieren. Dabei interessiert nicht so sehr die Gesamtwirksamkeit eines mehrschichtigen strategischen Verteidigungssystems im Sinne eines 100 %igen Schutzes. Um die Abschreckungswirkung zu erhöhen, würde es aus dieser Sicht ausreichen, »genügend Unsicherheit bei einem potentiellen Aggressor hinsichtlich der Erfolgsaussichten des Angriffs zu schaffen«. ⁷

In der Entwicklung der NATO-Militärpolitik läßt sich beobachten, daß die USA immer dann, wenn sie sich strategisch der Sowjetunion unterlegen fühlten (was faktisch einem Gleichgewicht nahekommen konnte), großen Wert auf die Stationierung von forward-base-systems oder Mittelstreckensystemen in Westeuropa legten. Dies geschah z.B. infolge des SALT-Prozesses, als in den USA ein Glaubwürdigkeitsverlust der atomaren Drohung wahrgenommen wurde. Als sich die USA strategisch sicherer oder sogar überlegen fühlten, wurden hingegen die Mittelstreckensysteme als potentielle Gefahrenquelle angesehen, weil sie als Brücke zwischen der taktischen und strategischen Ebene die USA selbst in eine von Europa ausgehende nukleare Eskalation hineinziehen könnten. So geschehen z.B. Ende der 60er Jahre, als weitreichende Mittelstreckenraketen ohne entsprechende Gegenleistung der Sowjetunion abgezogen wurden. ⁸ Mit SDI könnte sich eine ähnliche Situation wiederholen, vorausgesetzt, daß für die USA ein Stück Selbstabschreckung dabei entfielen.

Null-Lösung nur als Aufrüstungsstrategie!

Die Angst der westeuropäischen Regierungen — allen voran der Bundesregierung — vor der Null-Lösung zeigt, daß unsere Analyse der amerikanischen Interessenlage von offizieller Seite geteilt wird. Die Bedingungen für eine Zustimmung zu einem Abzug der Mittelstreckensysteme in Europa weisen darauf hin, daß insbesondere die Bundesregierung nichts mehr fürchtet, als daß die Großmächte unter Vernachlässigung des »Gesamtzusammenhangs« der NATO- Abschreckungsstrategie zu einer Übereinkunft auf Kosten Westeuropas kommen könnten. Die Bundesregierung hält eine Null-Lösung vor allem dann für problematisch, »wenn man auch die strategischen Waffen wegnehme und bei den Raketen kürzerer Reichweite (unter 1000 km) dem Westen nicht das Recht eines Ausgleichs in Form einer Aufstockung auf das sowjetische Niveau bis zu einer gleichen Obergrenze zubilligen würde.⁹

Mittlerweile ist aus verschiedensten Äußerungen offizieller Regierungsvertreter zu entnehmen, daß ein Abzug der Mittelstreckensysteme in Europa für die Bundesregierung nur in Frage kommt, wenn gleichzeitig eine »Nachrüstung« im Bereich der atomaren Kurzstreckenraketen sowie im konventionellen Bereich beschlossen würde. Ferner könnte ein Glaubwürdigkeitsverlust der Abschreckung aus dieser Sicht durch eine engere westeuropäische sicherheitspolitische Kooperation (»deutsch-französische Achse) kompensiert werden. Eine Null-Lösung würde sich auf diese Weise als Umstrukturierungsmaßnahme entpuppen, die durchaus mit den neueren Entwicklungen in der NATO verträglich wäre. Unter diesen Bedingungen könnte auf die Pershing II, so wie sie jetzt dasteht, verzichtet werden, hat sie doch auch in den Augen der Militärs einen Mangel: sie ist leicht verwundbar und ein »Schutz« dieser Waffen durch eine Raketenabwehr ist erst nach einem erfolgreichen Abschluß der ersten Forschungsphase von SDI zu erwarten. Deshalb soll neben der konventionellen Aufrüstung der Schwerpunkt auf den Ausbau der taktischen Nuklearsysteme (bis 1000 km) und eine taktische Raketenabwehr als Teil einer erweiterten NATO-Luftverteidigung gelegt werden. Viele dieser NATO-Projekte dürften allerdings schon an der Finanzierung scheitern, so daß sich aus der Sicht der Bundesregierung vorerst für eine Null-Lösung sowieso keine Kompensationsmöglichkeiten anbieten.

Schlußfolgerung

Die jüngste Auseinandersetzung um die Null-Lösung zeigt, daß die An- oder Abkoppelung der USA an die Sicherheit Westeuropas eine Frage des Standpunktes des Betrachters ist. Die Pershing II-Rakete kann von den Westeuropäern als Ankopplungswaffen gewollt sein. Das hindert die Amerikaner allerdings keineswegs daran, sie als Abkopplungswaffen zu verstehen. Erst die Praxis — sprich: der Krieg — würde zeigen, wer seine Interessen durchsetzen konnte.

Wir ziehen aus der Analyse der Null-Lösung den Schluß, daß die An- und Abkoppelung eine Diskussion der Regierenden in den NATO-Staaten ist und in der Konsequenz für eine Auf- oder »Nach«-rüstung in Westeuropa instrumentalisiert wird. Die Ver-

kopplungsdebatte kann u.E. nicht im Sinne einer neuen Friedenspolitik fruchtbar gemacht werden. Nicht das Bestehen von »Zonen unterschiedlicher Sicherheit« in der atlantischen Allianz — die gibt es seit ihrer Gründung — ist das Problem für die Sicherheit in Europa, sondern die Unsicherheit, die mit dem System der nuklearen Abschreckung verbunden ist. Solange diese erhalten bleibt, wird Westeuropa schon auf Grund der Nachkriegsordnung und der geographischen Lage immer ein größeres Risiko zu tragen haben als die USA.

Das heißt nicht, daß die vorhandenen Widersprüche in der NATO nicht für eine friedenspolitische Strategie genutzt werden können. Nur müssen sie konkret benannt werden, damit zum einen dies ihnen zugrundeliegende Sicherheitsrisiko (durch Konventionalisierung, usw.) erkannt werden und zum zweiten Konsequenzen für eine die Sicherheitsinteressen Europas berücksichtigende Politik entwickelt werden kann. Das wichtigste dabei ist und bleibt allerdings: eine Perspektive der Überwindung der Abschreckung muß unmittelbar damit verbunden sein.

Anmerkungen

- 1 FR v. 24.11.86: »Streit über die »Null-Lösung«
- 2 FAZ v. 5.12.86: »Die NATO sucht Ersatz für die Pershing«
- 3 FAZ v. 20.10.86: »Mit Null-Lösung ist nicht zu spaßen«
- 4 Vgl. z.B. Bundesminister für Verteidigung (Hrsg.), Weißbuch 1983, 271, 272, 148
- 5 Vgl. zu den unterschiedlichen Strategieauslegungen exemplarisch die Studie von US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger: »Improving NATO's Conventional Capacities«. A report to the Congress. June 1984, 10ff.
- 6 Wörner, Manfred, Taktische Nuklearwaffen und die Verteidigung Europas. In: Europäische Wehrkunde 12/1977, 600ff., Hier 601
- 7 So Rühle, Hans, An die Grenzen der Technologie. In: Der Spiegel Nr. 48/1985, 157
- 8 Vgl. FAZ v. 22.10.86
- 9 Vgl. die Äußerung von Kanzlerberater Teltschik nach FAZ v. 18.10.86

Gewerkschaften

Helmut Schauer

Gepflegte Unübersichtlichkeit

»Die IG Metall rüstet für den Kampf um die 35-Stunden-Woche, die Arbeitgeber bleiben bei ihrem strikten Nein. Kommt es zum Streik um kürzere Arbeitszeiten?« So konnte der *Spiegel* schon im Juni 1983 fragen, als er die ersten Informationen über die anlaufenden Vorbereitungen zur Tarifrunde 1984 auf den Markt brachte. Nach jahrelanger Beschwörung ihres 40-Stunden-Tabus rieben sich die Arbeitgeber damals zunächst verdutzt die Augen, als die IG Metall in die rechte Euphorie der gerade vollzogenen politischen Wende hineinplatzte und spätestens im Sommer 1983 zu erkennen gab, daß sie die 35-Stunden-Woche mit allen Mitteln, nötigenfalls auch mit dem des Streiks, angehen würde. Das Blümsche Vorruhestandsmanöver hatte von vornherein keine Chance, den Konflikt wegzudrücken. Und bald tönte Gesamtmittel-Geschäftsführer Kirchner: Keine Minute unter die 40, besser 6 Wochen Arbeitskampf. Der Zusammenprall der Lokomotiven war früh schon vorprogrammiert: — alles klar.

Diesmal ist alles anders. Gesamtmittel hat sich — ganz im Trend der Zeit — bisher auf eine Taktik gepflegter Unübersichtlichkeit verlegt. Dazu hat man die Trümmerstücke zusammengekehrt, in die das Arbeitszeit-Tabu 1984 vom Streik zerschlagen wurde, hat sie mit etwas aktueller Politur aufgemischt und legt sie nun Stück für Stück mit viel Zeit auf den Verhandlungstisch: Kein kategorisch-unbedingtes Nein, aber Widerspruch in allen Punkten, erst mal verzögern, hinhalten und dabei immer mal wieder mit dem Kompromiß von 1984 winken: Arbeitszeitverkürzung für Arbeitszeitflexibilisierung.

Der Initiative der IG Metall wird erst einmal ein Wattebausch vorgehalten, der sie dämpfen, in dem sie sich womöglich verfangen soll. Sicherlich wird es mit dieser Politik, den Konflikt in ruhigem Wasser vor sich hindümpeln zu lassen, zu Ende sein, wenn die IG Metall im März mit Aktionen und Warnstreiks antritt.

Mit ihrer Taktik der gepflegten Unübersichtlichkeit passen sich die Arbeitgeber aber auch den allgemeinen politischen Unwägbarkeiten an, von denen diese Tarifrunde in besonderem Maße geprägt ist.

1984 war es ihnen schon relativ früh gelungen, die 35-Stunden-Woche und die sie vertretenden Gewerkschaften in der Öffentlichkeit und bis hinein ins gewerkschaftliche Lager selbst mit dichtem propagandistischen Sperrfeuer zu belegen und entsprechend politisch einzuschnüren. Heute, nach den positiven Erfahrungen mit der 38,5-Stunden-Woche, aber auch wegen des schleichenden Verschleißes konservativer Rezepte und Versprechungen — nicht zuletzt derer auf Bekämpfung der Arbeitslosigkeit —, ist die

Ausgangslage für die Gewerkschaften weitaus günstiger, müßte eine schroffe Ablehnungspolitik der Arbeitgeber mit entsprechenden Gegenreaktionen rechnen. Hinzu kommt nun noch, daß sich das Regierungslager nach der Wahl mit seinen inneren Konflikten herumschlägt und diesmal jedenfalls kaum fähig und interessiert sein dürfte, die Auseinandersetzung um die Arbeitszeit selbst noch dumm und töricht anzuheizen.

Ist also mit einem Kompromiß am Verhandlungstisch und ohne Arbeitskampf zu rechnen? Diese Hoffnung wird von manchem Journalisten, aber auch von Arbeitgebervertretern mit dem Hinweis auf einen möglichen Tausch von Arbeitszeit-Verkürzung gegen Arbeitszeit-Flexibilisierung genährt. Tatsächlich ist die substanzielle Manövriermasse hier nicht so groß, da die Flexibilisierung, wie sie die Arbeitgeber wollen, letztlich Abstriche vom Ziel der allgemeinen Arbeitszeitverkürzung bedeutet und wie die Einführung unterschiedlich langer Arbeitszeiten oder gar die Ausweitung der Wochenendarbeit auf grundsätzlichen Widerspruch der IG Metall stößt, der von den Arbeitnehmern ganz massiv gestützt wird.

Darüber hinaus ist ein auf Flexibilisierung begründeter Kompromiß auch deshalb zweifelhaft, weil dieser in erster Linie im Interesse der Großindustrie liegt, aber — wie sich an den Ergebnissen des Leber-Kompromisses ablesen läßt — für die klein- und mittelständische Arbeitgeber-Klientel weniger attraktiv ist, die zugleich den harten Kern der Arbeitszeitverkürzungs-Gegner im Arbeitgeberlager stellt.

Es bleibt dabei: Auch dieser Tarifkonflikt wird nicht als Tauschgeschäft, sondern nach politischen Machtverhältnissen entschieden. Und hier könnte man salopp sagen: Ob es zum Arbeitskampf kommen muß, entscheidet sich hauptsächlich daran, ob es zum Streik kommen kann.

Die Arbeitgeber haben ja mit der Änderung des § 116 AFG ihre 1984 gescheiterte Tabupolitik wieder einmal machtpolitisch wiederherzustellen versucht. Sie rechnen heute mit dem stillen ökonomischen Druck, den die Verweigerung von Kurzarbeitergeld bei kalter Aussperrung auf Arbeitnehmer und Gewerkschaft ausübt. Das erleichtert ihre »zurückhaltende« Taktik und vermindert mit ihrer Kompromißbereitschaft auch die Chancen eines tragfähigen Verhandlungsergebnisses.

Für die IG Metall war von Anbeginn klar, daß die Einschränkung der gewerkschaftlichen Streikfähigkeit mit dem neuen § 116 AFG wasserdicht konstruiert ist, Anpassung daran hätte nicht Unterlaufen, sondern Preisgabe von Zielen und Positionen selbst bedeutet. Deshalb war von Anbeginn klar, daß sie sich notfalls den neuen, schlechteren Bedingungen würde stellen müssen. Selbstverständlich ist sie unter diesen Bedingungen erst recht daran interessiert, ohne Arbeitskampf zu einem befriedigenden Ergebnis zu kommen. Die Chancen dazu hängen jedoch nicht zuletzt davon ab, daß sie ihre Streikfähigkeit auch unter den Bedingungen des § 116 AFG nachweist — und das heißt, daß sie sich auf die Möglichkeit eines solchen Arbeitskampfes vorbereitet.

Das bedeutet: umfassende betriebliche und öffentliche Mobilisierung für Warnstreiks zur Wahrung aller Chancen für ein tragfähiges Verhandlungsergebnis und zur Vorbereitung eines Streiks im Falle des Scheiterns der Verhandlungen; Vorbereitung zur Abwehr kalter Aussperrung, die diese Betrieb für Betrieb als Willkür- und Herrschaftsakt der Arbeitgeber verdeutlicht; Vorbereitung eines Streikkonzeptes, das die

kalte Aussperrung ohne Illusion auf ihre Verhinderung einzudämmen und überschaubar zu machen sucht; Vorbereitung einer breiten sozialen Solidaritätsbewegung für kalt Ausgesperrte.

Was ein Scheitern der IGM in dieser Tarifrunde bedeuten würde, ist klar. Eine angeschlagene IG Metall wäre nicht nur eine fundamentale Schwächung autonomer Gewerkschaftspolitik, sondern ein Erdbeben in der politischen Geographie der Bundesrepublik, von dem alle sozial-progressiven Kräfte mitgerissen würden. Die Unübersichtlichkeit des Anfangs darf nicht über die existenziellen Probleme hinwegtäuschen, um die es auch diesmal für die Gewerkschaften geht. Die Einschränkung der gewerkschaftlichen Streikfähigkeit durch den AFG 116 ist ohne tatkräftige Solidaritätsbewegung aller Gewerkschaften, aller sozialen Kräfte kaum aufzubrechen.

Die Regierungskoalition hat mit der verfassungsmäßig umstrittenen Änderung des § 116 AFG die Kompromißbereitschaft der Arbeitgeber selbst noch herabgemindert. Sollte es zu einem Arbeitskampf kommen, dann wäre die Koalition einer der Mitverursacher, dann würde sich dieser gegen ihr Gesetz zur Verweigerung von Kurzarbeitergeld für kalt Ausgesperrte richten. Sollte sich der Tarifkonflikt um die Arbeitszeitverkürzung auch diesmal verschärfen, dann wird er wiederum zur ersten innenpolitisch-sozialen Auseinandersetzung nach der Wahl und damit zum ersten Prüfstein für die tatsächliche Machtverteilung in dieser Legislaturperiode werden.

Eine Solidaritätsbewegung zur Ächtung der Aussperrung und zur Hilfe für kalt Ausgesperrte kann nur wirksam sein, wenn sie von der gesamten sozialen Opposition getragen wird. Sie kann nur zustande kommen, wenn diese jetzt die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche zu ihrer Hauptaufgabe macht.

Sabine Kryszon

Andere Jugend — Andere Politik?

Neuere Studien und gewerkschaftliche Konsequenzen*

Als die Gewerkschaftsjugend von 1981 bis 1984 108.000 Mitglieder verlor (= 8,8%), obwohl das Organisationspotential um 200.000 Personen anstieg, begann hier die Diskussion um die »Zukunft der gewerkschaftlichen Jugendarbeit«. Sie hält trotz mittlerweile wieder ansteigender Mitgliederzahlen mit erwartungsgemäß differierenden Positionen weiter an. Denn: Numerische Mitgliederstärke ist ein trügerischer Indikator für Kampfkraft oder umfassende Präsenz.

* Dieser Beitrag führt die in *spw* begonnene Diskussion fort: vgl. Roland Kunkel: Gewerkschaftsarbeit mit Jugendlichen, in: *spw* 33, 9. Jg. Dez. 86, 488ff.

Heutige Jugendliche sind in der kapitalistischen Krise aufgewachsen. Einen 12 %-Wert verbinden sie eher mit der Arbeitslosenquote denn mit einer Lohnforderung. Ihre gesellschaftlichen und politischen Sozialisationsbedingungen haben sich grundlegend gewandelt. Darauf basieren veränderte Lebens- und Arbeitseinstellungen. Konsequenzen für die Organisation gewerkschaftlicher Gegenwehr sind zu ziehen. Gewerkschaftliche Jugendpolitik muß sich vor dem Hintergrund struktureller und technologischer Veränderungen in der Arbeitssphäre auf gewandelte Organisationsbedingungen und -potentiale einstellen. Dies genügt allein jedoch keineswegs, um die Jugendorganisation attraktiver zu machen ...

Andere Jugend ...

Kinder werden früher Jugendliche — Jugendliche erreichen später den Erwachsenenstatus. Dies belegen unabhängig von der Arbeitsmarktlage rückläufige Erwerbsquoten ebenso, wie der Altersdurchschnitt der Auszubildenden. Er stieg von 1970 bis 1984 von 16,6 auf 18,1 Jahre. Während 1970 nur 22 % der Auszubildenden über 18 Jahre alt waren, betrug dieser Anteil bei einer Gleichverteilung der Geschlechter 1984 bereits 60 %. Heute verfügen 53 % aller Auszubildenden über Realschulabschluß oder Abitur.¹

Eine verlängerte Jugendphase, ein durchschnittlich höheres Bildungsniveau und somit höhere soziale Mobilität sind Ergebnisse irreversibler gesellschaftsstruktureller Veränderungen. Sie werden begleitet von der Auflösung proletarischer Sozialmilieus durch die Anhebung des Lebensstandards.² Dabei stellt der »Bildungsschub« einen zusätzlichen generativen Faktor bei der Auflösung ehemals traditioneller proletarischer Wohn- und Lebensformen dar: Jugendliche entwickeln Ansprüche und Einstellungen über das Niveau ihrer familiären Herkunft hinaus. Sie tragen so unwillkürlich bei zur Zersetzung politisch-kultureller, aber auch sozial-moralischer Milieus. Mit deren Dekomposition gehen traditionelle gewerkschaftliche Integrationsmechanismen verloren. 59 % der befragten Jugendlichen einer »gewerkschaftseigenen« Auftragsstudie (im folgenden SOFI-Studie) gaben an, daß im Elternhaus gewerkschaftliche Themen allenfalls beiläufig erwähnt werden.³ Die Studie kommt zu dem Ergebnis, daß mit einer automatischen Sozialisation hin zur Gewerkschaft selbst bei längerer Arbeits- und Konflikterfahrung nicht mehr zu rechnen sei. Der spätere Eintritt in die Arbeitssphäre ist hierbei besonders bedeutend:

»Politische und soziale Orientierungen werden zumeist vor Eintritt in die Arbeitswelt angeeignet, ohne daß konkrete Erfahrungen mit der Lohnarbeit eingeflossen wären. An die zeitliche Stelle des (auch körperlich) erfahrbaren Gegensatzes von Arbeit und Kapital tritt die sogenannte Jugendkultur.«⁴

Diese ist eben keine identitätsstiftende Klassenkultur mehr, sondern eine klassenübergreifende.

Andererseits führt ein durchschnittlich höheres Bildungsniveau zu ausgeprägteren Persönlichkeiten bei Arbeitsbeginn, sowie zur verstärkten Entwicklung *qualitativer Lebensansprüche*: Die »klassische« Zweiteilung des Lebens in Arbeit und Freizeit wird nicht mehr akzeptiert; Jugendliche fordern heute mehrheitlich Sinnstiftung und

Sinnerfüllung in beiden Bereichen. Die SOFI-Studie macht hier einen »historisch neuen Stand des Arbeitsverständnisses« aus.

Konkreter seien nach Winfried *Kruse* gestiegene Lebensansprüche Voraussetzung für die Entwicklung arbeitsinhaltlicher Ansprüche. Erst, wenn alle Bereiche des Lebens als gleich wichtig erscheinen, gerate die persönliche Bedeutung der Arbeit voll in den Blick.⁵

Auf Einstellungsänderungen durch mehr frei verfügbare Zeit wies bereits Karl *Marx* hin:

»Die Einsparung von Arbeitszeit gleich Vermehrung der freien Zeit, d.h. Zeit für die volle Entwicklung des Individuums, die selbst wieder als größte Produktivkraft rückwirkt auf die Produktivkraft der Arbeit ... die freie Zeit hat ihren Besitzer natürlich in ein anderes Subjekt verwandelt und als dies andere Subjekt tritt er dann auch in den unmittelbaren Produktionsprozeß.«⁶

In diesem Prozeß haben sich erweiterte Arbeitsansprüche über die auf äußere Bedingungen der Reproduktion bezogenen Lohn- und Arbeitszeitinteressen hinaus entwickelt. *Nur* auf der Basis einer materiellen Sicherheit bezieht sich diese Erweiterung auf Arbeitsinhalte und -organisation, auf die Gebrauchswertseite der Produktion und der Erwerbsarbeit allgemein — also auf das Wie, Wo, Was arbeiten — und auf den Betrieb als Feld sozialer Beziehungen. Somit treten neben der Verteilung des Neuwertes weitere Komplexe in den Mittelpunkt der sozialen Klassenbeziehungen.⁷

Zur *Einlösung* würden Jugendliche laut SOFI-Studie auf persönliche Anstrengungen wie Weiterbildung oder Neuorientierung auf dem Arbeitsmarkt setzen. Diese starke Individualitätsoption erschwere es angeblich, kollektive Interessen zu organisieren. Ulf *Kadritzke* hingegen verdeutlicht, daß persönliche Entfaltungsbedürfnisse nicht vorschnell als Ausdruck individualistischen, kollektiven Interessen entgegengesetzten Denkens abgetan werden dürfen. Ihre Erfüllung verspricht unsere Gesellschaft eben nur in Form des beruflichen Aufstiegs: Wenn man beruflich weiterkommen will, ist man im gegebenen System der Leistungskonkurrenz eben *selbst* dafür verantwortlich.⁸

Das »klassische« Karrieredenken findet sich jedoch nur noch bei einer Minderheit männlicher Jugendlicher. Vielmehr dienen die individuellen Lebensvorstellungen als *Handlungskompaß* — auf jeder Stufe bleibe es ein Abwägen, ob persönliche Optimierungsanstrengungen wie Leistungsbereitschaft oder Wohlverhalten den Preis wert seien.⁹ Bei diesem rationalen Kosten-Nutzen-Kalkül wird die Gewerkschaft immer unbedeutender.

Einstellungen zur Gewerkschaft

66 % der Befragten der SOFI-Studie gaben keine oder nur formale Erfahrungen mit der Gewerkschaft an. Die Mehrheit fände keine gewerkschaftlichen Interessenvertretungsstrukturen in ihrem Arbeitsbereich vor. Mangels praktischer oder vermittelter Erfahrungen zeichnen 4 von 10 Jugendlichen ein auch von den Massenmedien verbreitetes Bild einer anonymen, bürokratischen Großorganisation.

Eine Ursache liegt in der verschobenen Beschäftigtenstruktur hin zum Kleinbetriebs-, Angestellten- und Dienstleistungsbereich. Die »gewerkschaftseigene« Infas-Studie formuliert:

»Jugendliche sind deshalb in den Gewerkschaften unterrepräsentiert, weil sie überdurchschnittliche Anteile in Beschäftigungssegmenten haben, die für eine gewerkschaftliche Organisation ungünstig sind.«¹⁰

Auch werden Gewerkschaften in Weltanschauungen nachträglich eingeordnet — und mit deren Hilfe bewertet —, die in »gewerkschaftsfreien« Räumen entstanden sind. Die Infas-Studie verortet Vertrauensverluste in die Gewerkschaften nach Parteipräferenz und politischen Grundwerten. Danach haben sie von 1981-84 bei den Jugendlichen insgesamt an Vertrauen verloren (von 57 % zu 46 %). Gravierende Verluste (minus 20 %) erlitten sie im grün-alternativen Lager, dessen Unterstützung 1984 ähnlich stark wie die der jungen CDU/CSU-Anhänger mit 34 % sei. Insgesamt halten 90 % der Jugendlichen Gewerkschaften jedoch für notwendig mit Begründungen wie »Gegengewicht zum Arbeitgeber« oder »notwendiges Regulativ«, daraus resultiert aber keine Handlungsverbindlichkeit im Sinne einer (aktiven) Mitgliedschaft. Bei den organisierten Jugendlichen (ca. 23 %) herrscht eine Versicherungsmentalität vor. Freilich ist ihnen wohl auch der »soziale Gehalt der Kampforganisation Gewerkschaft« (*Strasser*) nicht hinreichend vermittelt worden.

Die 87er Studie »Arbeiterjugendliche heute — vom Mythos zur Realität« fand die *Selbsteinschätzung* und *Handlungsbereitschaft* Jugendlicher vor, sich an betrieblichen Entscheidungen wie Personalplanung, Arbeitsorganisation oder Umweltverträglichkeit beteiligen zu wollen. So seien zwar wichtige Elemente gewerkschaftlicher Orientierung vorhanden, jedoch kein »roter Faden«, der diese sinnvoll und handlungsmotivierend verknüpfe. Die Gewerkschaft als eigentlicher Träger o.g. Interessen bleibe den Jugendlichen wie ein »weißes Blatt«.¹¹

Strukturelle und konzeptionelle Defizite

Bei der Realisation subjektbezogener Interessen wie Teamarbeit, sozial-kommunikativer Ansprüche oder Selbstbestätigung in der Arbeit stehen die Gewerkschaften vor neuen Aufgaben. Sie übersteigen die Reichweite bisher nur halbherzig betriebener Humanisierungspolitik, die auf Belastungsreduktion, nicht aber auf Sinnerfüllung in der Arbeit zielt. Die Gewerkschaften haben dieses Terrain gewissermaßen noch nicht besetzt, ähnlich, wie sie das Terrain der Lebensinteressen außerhalb der Arbeit noch nicht besetzt haben, führen *Pellul/Vöskamp* aus: sie müßten das ihnen zugeordnete Mandat der Sicherung *ausschließlich* materieller Interessen durchbrechen, wollen sie bei den Jugendlichen »überhaupt noch ein Bein auf den Boden bekommen«.¹²

Die Gewerkschaften werden nicht mit dem zentralen Bereich der Arbeits- und Lebensqualität verbunden. Angelika *Paul-Kohlhoff* entwickelt einen Erklärungsansatz für die inhaltliche Distanz Jugendlicher: Schwerpunkt bisheriger Gewerkschaftsjugendpolitik sei eine quantitative Berufsbildungspolitik gewesen, die auf mehr Ausbildungsplätze und die Übernahme nach der Ausbildung abhob. Die betriebene qualitative

Berufsbildungspolitik verlief am »grünen Tisch« und ohne Mobilisierung Betroffener. Um qualitative Elemente, die sich auf das unmittelbare Ausbildungsgeschehen beziehen (was lerne ich bei wem und wo), kümmerte man sich zu wenig oder gar nicht.¹³

Beim bisherigen Schwerpunkt aber wurde bis auf wenige regionale Lichtblicke eine profilbildende Kampagnenfähigkeit nicht erreicht. Hier stand die Gewerkschaftsjugend von Beginn an vor dem Problem, beschäftigte Jugendliche für andere mobilisieren zu müssen, was auf die Dauer offensichtlich nicht handlungsmotivierend ist.

Autonomieverluste nach außen bedingen solche nach innen. So beklagt das für Jugend zuständige DGB-Bundesvorstandsmitglied Ilse *Brusis*: Die Jugend sei zu wenig unbequem und zu wenig Motor für Initiativen und Diskussionsanreize in der Gesamtorganisation.¹⁴ Zudem führen Profilverluste dazu, daß Jugendliche das Erscheinungsbild des DGB auf die Jugendorganisation übertragen. Z.B. benennt der DGB-Bundesjugendsekretär *Klaus Westermann* 1984 den Schaden des Neue-Heimat-Skandals für die Jugendarbeit.¹⁵ Eine offensive und effektive Gegensteuerung fand jedoch nicht statt, so daß das »86er Skandalfinale wohl noch wesentlich mehr geschadet haben dürfte. Jugendlichen wurde es allzu schwer gemacht, Unterschiede zwischen einer gewerkschaftlichen Großorganisation und einem kapitalistischen Großkonzern zu lernen.

Hinzu kommen personelle und strukturelle Probleme. Die Anzahl und Größe der Jugendvertretungen hat erheblich abgenommen. Immer mehr Auszubildende wachsen aus dem gesetzlich vorgeschriebenen Wahlalter heraus. Daß eine Jugend- und Auszubildendenvertretung nötig ist, wird mittlerweile von mehreren Bundestagsfraktionen mit unterschiedlichen Motiven anerkannt. In den Betrieben stehen unterdessen die Betriebsräte in Abwehrkämpfen gegen Entlassungen oder Personalinformationssysteme, die Ausbildungsfragen oft sekundär erscheinen lassen. (Noch) unzureichend erkannt wird hier, daß deren Aufwertung die Jugendlichen aktivieren und so die Betriebsratsarbeit unterstützen kann.

Neben den gewerkschaftlich unterrepräsentierten Gruppen (Angestellte, Frauen, ausländische Beschäftigte) nehmen »gewerkschaftsverdünnte Zonen« im Kleinbetriebs- und Dienstleistungsbereich, aber auch bei außerbetrieblichen Ausbildungsstätten zu. Überwölbt ist dieser Prozeß durch zahlreich differenzierte Arbeitsformen (Teilzeit- und Heimarbeit, befristete Arbeitsverträge), die Solidarität hemmen und Organisation erschweren.

Unter derart diffizilen strukturellen und jugendspezifischen Änderungen wieder in die politische Offensive zu kommen, kann auch der größten Jugendorganisation im Lande angesichts massiven Einflusses neokonservativer Ideologien nicht leicht fallen.

Sechs Thesen für eine andere Politik

1. Ansprüche an Arbeitsinhalte hängen vom Bildungsniveau und von eigener Krisenerfahrung ab. Daher darf sich Jugendpolitik nicht nur auf die Träger eines »neuen Arbeitsverständnisses« orientieren. Dies könnte zu einer neuen Variante von Amerikanisierung der Gewerkschaftspolitik führen. Vielmehr gilt es, die Vorstellung von sinnvoller und interessanter Arbeit zu initiieren und zu fördern. Notwendig ist eine *ein-*

heitliche *Qualitätspolitik* in der beruflichen Bildung, aber auch — entsprechend der materiellen Lage Auszubildender — eine deutlich aufgewertete *Jugendtarifpolitik* mit Entscheidungseinflüssen Betroffener.

2. Interessenbezogene und ergebnisorientierte *Beteiligungsangebote* für Jugendliche z.B. bei der Neuordnung von Berufsbildern und deren betrieblicher Umsetzung werden für die Gewerkschaften zur Kernfrage bei der künftigen Ausbildungsgestaltung, da die Unternehmenseite auf eine den modernen Verwertungsbedingungen angepaßte, selektive *Qualitätspolitik* setzt.

Die Ausbildung muß aus dem Schein sachnotwendiger Lösungen geholt werden. Es geht um die engere Verkopplung von Berufsbildungspolitik und gewerkschaftlicher Jugendarbeit als Motor für einen steigenden Aktivitäts- und Organisationsgrad.

Dabei ist das benannte Kosten-Nutzen-Kalkül der auf vielfältige Art verletzbareren Auszubildenden zu berücksichtigen: Voraussetzung ist repressionsfreie Beteiligung z.B. auf Jugendversammlungen, durch von Betriebsvereinbarungen abgesicherte Qualitätszirkel oder betriebsübergreifende Arbeitsgruppen.

3. Bei Fortschritten in der qualitativen Berufsbildungspolitik ist die Jugendorganisation im Unterschied zu Themenfeldern wie Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit oder gegen die Verschlechterung des Jugendarbeitsschutzgesetzes angewiesen auf eine unterstützende und vitalisierte Gesamtorganisation. Fortschritte hängen vor allem ab vom Kräfteverhältnis im Betrieb, von starken Betriebsräten und solchen, die um die Potenz von Jugendarbeit wissen. Qualitative Arbeitsinhalte setzen sichere Arbeitsplätze, den Abbau der Arbeitslosigkeit und mehr betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung voraus.

4. Ein steigender Anteil frei verfügbarer Zeit (späterer Berufseintritt, kürzere Wochen- und Lebensarbeitszeiten) bedeutet, daß das Bewußtsein vieler Beschäftigter zunehmend außerhalb der Arbeit geprägt wird. Die Gewerkschaften müssen sich deshalb am »Hegemonialkampf um die Freizeit« (*Steinkühler*) aktiv beteiligen.

Vorstellungen, durch konkrete Serviceangebote im Freizeitbereich wie Sprachkurse, kostenlose Computerkurse oder Hausarbeitshilfen für Schüler neue Mitgliederpotentiale zu gewinnen, können jedoch höchstens einen ergänzenden Charakter besitzen. Solche betreuungsintensiven Vorhaben binden Funktionäre, profilieren jedoch die Gewerkschaft nicht als solche. Jede Volkshochschule macht diese Angebote.

Soll sich die Gewerkschaftsjugend entsprechend dem auf der DGB-Bundesjugendkonferenz 1985 beschlossenen Antrag »Rahmenbedingungen gewerkschaftlicher Jugendarbeit« (E1) »an Brennpunkten gesellschaftlicher Auseinandersetzung als aktive Interessenvertretung der arbeitenden und lernenden Jugend«¹⁶ erweisen und individuelle Lebensinteressen aufgreifen, bieten sich konzeptionelle Konsequenzen an, die z.B. Winfried Kruse zieht:

»Wenn die Gewerkschaften nun aber auch stärker als bisher auf die deutlich ganzheitlicheren Lebenskonzepte Jugendlicher setzen wollen, dann müßten sie zu einer integrierten Jugend-, Ausbildungs- und Arbeitspolitik gelangen, die auch die materielle Lage der Jugendlichen, Fragen der Arbeits- und Familienorganisation, der Wohnlage, progressiv aufzunehmen in der Lage wäre.«¹⁷

5. Nach jahrzehntelanger faktischer gesellschaftspolitischer Abstinenz und weitgehender Delegierung von Arbeitnehmerinteressen außerhalb der Arbeit an die Sozialdemokratie ist eine beginnende programmatische Umorientierung hin zu einer Interessenvertretung als umfassende soziale Aufgabe zu begrüßen. Dazu Franz *Steinkühler*: »Die Gewerkschaften können es sich nicht erlauben, sich auf die Vertretung von Arbeitnehmerinteressen im Betrieb zu konzentrieren und die darüber hinausgehenden Interessen der Arbeitnehmer von anderen vertreten zu lassen, oder noch schlimmer, in Kauf zu nehmen, daß sie überhaupt nicht vertreten werden.«¹⁸

Dieser umfassende Vertretungsanspruch trifft allerdings auf von außerparlamentarischen — und eben auch außergewerkschaftlichen — (Jugend)Bewegungen »besetzte« Aktionsfelder. Die Gewerkschaften haben noch keine Klarheit, ob in dieser Situation neben-, mit- oder gegeneinander marschiert werden soll.

Gewerkschaftsjugend wird um so attraktiver und glaubwürdiger, je mehr sie erkennbar dazu beiträgt, Interessen an mehr Lebensqualität durchzusetzen. Während sie im Betrieb konkurrenzlos ist, konkurriert sie hierbei mit anderen Bewegungen. Wer Gewerkschaft als soziale Bewegung will, muß sich zwangsläufig mit anderen über Weg, Mittel und Ziel verständigen.

6. Die heutigen Abwehrkämpfe der Gewerkschaften und eine über Jahre am »wirtschaftlich Machbaren« ausgerichtete Politik stellen politische Maximen dar, »von denen logischerweise keinerlei Faszination auf Menschen und Gruppen ausgeht, die — neben der möglichst optimalen Bewältigung der Tagespolitik — auch die Orientierungsmarken »konkrete Utopie, Perspektive und Veränderung« besetzt sehen wollen.«¹⁹ Es beginnt die Einsicht zu wachsen, daß zur Entwicklung von Gegenmacht diese Orientierungsmarken benannt werden müssen.

Perspektiven brauchen aber nicht erfunden zu werden; sie sind vielmehr als Negation des »Schlechten« eingeschrieben in die Abwehrkämpfe auch der Gewerkschaftsbewegung. Ihre Aufgabe ist es, eine praktische und theoretische Verbindung von aktuellen Widerstandsaktionen und realisierbaren, über den gegenwärtigen Zustand hinauszeigenden, offensiven Zielen zu schaffen. Wenn sie politische Orientierungen im Sinne eines umfassenden Zukunftsentwurfes vermittelt, wird sie so attraktiv, wie sie sich als Instrument seiner Einlösung anbietet und damit Hoffnungsträger wird. Es geht darum, die Fähigkeit zur Utopie (wieder-)zu gewinnen. Gerade Jugendliche, denen ein großer Teil ihres Lebens noch bevorsteht, haben ein größeres Eigeninteresse und sind begeisterungsfähiger für Zukunftsentwürfe einer egalitären Gesellschaft.

Dies übersteigt gegenwärtig noch die Kräfte der aktiven Gewerkschaftsjugendlichen vor Ort. Eingeleitete Aktivitäten aktivieren jedoch vorhandene und gewinnen neue Mitglieder. Horst *Richter*, IGM-Jugendsekretär, weist darauf hin, daß hier ein vorbildliches Verhalten der Gesamtorganisation nötig ist:

»Denn Frechheit fördern, und bei symbolischen Betriebsbesetzungen kneifen, entwickelt bei Jugendlichen eher 'Frust statt Lust'.«²⁰

Anmerkungen

- 1 Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 1986, Bad Honnef 1986, vgl. 42ff.
- 2 Vgl. Müller-Jentsch, Walther: Klassen- Auseinander-Setzungen. Lesart über die Arbeitskonflikte der 70er Jahre und Mutmaßungen über die Zukunft der Gewerkschaften, in: *Prokla* Nr. 54, März 1984.
- 3 Baetge, M./Hantsche, B./Pellul, W./Voskamp, U.: Arbeit und Gewerkschaften — Perspektiven von Jugendlichen. Erste Ergebnisse des Projektes Jugend und Krise, Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen (Hrsg.) vervielf., Göttingen, 1985.
Kryszon, Sabine: Arbeiterjugend und Gewerkschaften — ein Anachronismus?, in: *Solidarität*, Monatszeitschrift für gewerkschaftliche Jugendarbeit, Heft 1/2 '85, 8.
- 5 Kruse, Winfried: Jugend, Arbeit und Gewerkschaften, in: Zukunft der gewerkschaftlichen Jugendarbeit, DGB-Landesbezirk NRW, Abt. Jugend (Hrsg.), Düsseldorf, o.J. (1986), vgl. 17.
- 6 Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin (DDR), 1953, 599.
- 7 Vgl. Rossmann, Wittich: Produktion, Klassenstruktur und Lebensweise im Umbruch, in: Zur Zukunft der Gewerkschaften, IMSF (Hrsg.), Frankfurt/M. 1985.
- 8 Kadritzke, Ulf: »Angestelltenbewußtsein« und Anknüpfungspunkte für gewerkschaftliche Angestelltenarbeit, in: *WSI-Mitteilungen*, 5/85.
- 9 Kruse, W., a.a.O., vgl. 23.
- 10 Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.): Jugendliche und Gewerkschaften. Strukturen, Motive, Zeitströmungen. Eine Langzeitanalyse des Infas, Bad Godesberg, Graue Reihe Nr. 27, Düsseldorf, o.J. (1985).
- 11 Forschungsgruppe der Arbeitsgemeinschaft außerschulische Bildung e.V. (Hrsg.): Arbeiterjugend heute — vom Mythos zur Realität, im Erscheinen. Vorabdruck in: Frankfurter Rundschau vom 29.08.86.
- 12 Pellul, W./Voskamp, U.: Ernüchternd und immer noch zu optimistisch — »Jugend und Krise« — DGB-Studie im Gespräch, in: *Express*, 4/86.
- 13 Paul-Kohlhoff, Angelika: Die betriebliche Berufsausbildung und deren Gestaltung als Ansatzpunkt für gewerkschaftliche Jugendarbeit, in: Zur Zukunft der gewerkschaftlichen Jugendarbeit. Analysen, Perspektiven, Hintergründe, DGB-Landesbezirk NRW, Abt. Jugend (Hrsg.), Düsseldorf, o.J. (1986).
- 14 Die beste Werbung ist eine gute Politik, Interview mit Klaus Westermann und Ilse Brusis, in: *Sozialismus*, 2/86.
- 15 Westermann, Klaus: Laufen den Gewerkschaften die Jugendlichen davon?, in: *Solidarität*, 11/84.
- 16 DGB-Bundesvorstand, Abt. Jugend (Hrsg.): Protokoll der 12. Bundesjugendkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Düsseldorf, 1986, 518.
- 17 Kruse, W., a.a.O., 31.
- 18 Steinkühler, Franz, in: *Altwater*, u.a., Arbeit 2000, 235.
- 19 Götz, Christian: Wieder »gesellschaftlicher Hoffnungsträger« werden, in: *Vorwärts* 9/85 vom 23.02.85.
- 20 Richter, Horst: Rahmenbedingungen und Situationen gewerkschaftlicher Jugendarbeit, in: Zur Zukunft der gewerkschaftlichen Jugendarbeit. Analysen ..., a.a.O., 38.

Jusos

Michael Guggemos/Uwe Kremer

Erneuerung der Jusos — Fortschritte und Blockaden

Antwort auf Malte Ristau und Martin Gorholt in *spw* 33

Die Jusos stehen heute erst am Anfang eines grundlegenden Erneuerungsprozesses, in dem sie sich die veränderten Bedingungen sozialdemokratischer und sozialistischer Politik aneignen und sich selbst zu einer anspruchsvollen und modernen sozialistischen Jugendorganisation entwickeln müssen. Angesichts der fehlenden Ernsthaftigkeit und Borniertheit im politischen Herangehen, des Provinzialismus und Fraktionismus in unserem Verband, kann es nicht verwundern, wenn sich dieser Erneuerungsprozeß durch einen Wust von Unverständnis und Blockaden hindurcharbeiten muß. Um so wichtiger ist es, die begonnene Debatte über die strategischen und konkret-praktischen Perspektiven weiterzuführen und dabei die entscheidenden Probleme nicht unter den Teppich zu kehren, sondern diese deutlich auszusprechen. Vor diesem Hintergrund möchten wir auf die Überlegungen von Gorholt/Ristau antworten.¹

I.

Gorholt und Ristau haben recht, wenn sie die »Gemeinsamkeit in der Praxis« (X)² einfordern. Grundlage hierfür kann aber nur das einmütig beschlossene Bundesarbeitsprogramm von Hagen sein, aus dem sich Gorholt und Ristau — immerhin zwei Bundessekretäre! — mit der Unterstellung verabschieden, daß es für die Verbandspraxis nicht relevant sei, denn bei seiner Erstellung sei es nicht um »die Herstellung von Handlungsfähigkeit, sondern um die Legitimation für eine Mehrheit« gegangen (VII). Für diese fraktionelle Sichtweise spricht im übrigen, daß alternativ immer wieder auf »undogmatisch« reklamierte Arbeitsansätze verwiesen, dem Arbeitsprogramm im allgemeinen und der jugendpolitischen Orientierung im besonderen hingegen mit einer außerordentlichen Distanz begegnet wird. Wir möchten demgegenüber klarstellen: die proklamierte »Gemeinsamkeit in der Praxis« ist nur auf der Grundlage des Bundesarbeitsprogramms und der darin enthaltenen Projektorientierung zu haben. Die Ausführungen von Gorholt und Ristau lassen in dieser Hinsicht — gelinde gesagt — Klarheit vermissen und zielen wohl eher darauf, Distanzierungsprozesse zu verstärken, um dann am Ende im Sinne einer »selffullfilling prophecy« recht gehabt zu haben. Wie anders ist im übrigen die Polemik gegen »einen durchgeplanten Verband« (VII) oder gegen erste Gehversuche auf dem Weg zur jugendpolitischen Kampagnenfähigkeit zu verstehen?

II.

Hierin wird auch die Distanz zur »jugendpolitischen Orientierung« — wie sie auf dem Hagener Bundeskongreß beschlossen worden ist — sehr deutlich. Der in These VI enthaltene flapsige Hinweis darauf, daß eine solche Orientierung alle Jahre wieder ausgeben werde und daß Gerd Schröder dies 1979 mit dem Begriff der »Konsolidierung« verbunden habe, beweist zum einen, daß die Autoren nicht vollständig begriffen haben, worum es gegenwärtig eigentlich geht. Es geht um nicht weniger als um eine *Erneuerung* des Verbandes, die den Veränderungen in den Klassenverhältnissen, den Lebensweisen und Anspruchshaltungen gerecht wird und dort ansetzt, wo diese Veränderungen am stärksten wirksam sind, nämlich in der nachwachsenden Generation. *Die Erneuerung als sozialistischer Richtungsverband ist heute unmittelbar mit der jugendpolitischen Erneuerung verknüpft.*

Wenn Gorholt und Ristau zum anderen meinen, die Zusammenarbeit zwischen den süddeutschen Bezirken und dem Hannoveraner Kreis habe lediglich ein Motto und zwei Farben zur Grundlage, so unterschätzen sie sowohl die *politischen* Hintergründe der veränderten Symbolik als auch die Stabilität jener Zusammenarbeit. Gerade im jugendpolitischen Bereich verfügen süddeutsche Bezirke und Hannoveraner Kreis über einen soliden Grundstock an Gemeinsamkeiten: Soziale Lage, »Ausbildung« und »Beruf« als Ausgangspunkte eines ganzheitlichen Jugendkonzepts; zentrale Rolle von Reformpolitik und Interessenvertretung in diesem Konzept; entwickelte Ansprüche an die Arbeit und das Leben als übergreifender Bezugspunkt der jugendpolitischen Erneuerung. Niemand spricht sich gegen ein ganzheitliches Herangehen an die Lebenswelten von Jugendlichen aus — wie dies Gorholt und Ristau fälschlicherweise suggerieren. Allerdings müssen die Grundlagen für ein entsprechendes Herangehen geklärt sein. Die abwechselnde »undogmatische« Polemik gegen den »Ökonomismus« der Süddeutschen, die »Stellvertreterpolitik« des Hannoveraner Kreises und — neuerdings — auch gegen das »outfit« einiger angeblicher »New-Wave-Jusos« (vgl. SP-Info 1/87) zeigt eine gewisse Beliebigkeit in der jugendpolitischen Diskussion, mit der wir zugegebenermaßen nur schwer umgehen können. Nur ein Hinweis: Das *Projekt der Erneuerung* ist auf einen gewissen Mut und auf Experimente angewiesen, dazu gehören auch die Veränderungen des »outfits«, das »Zukunfts- und Aktionsprogramm«, die Jugendkampagne. Wir haben dazu viele Anregungen aus der eher »undogmatisch« inspirierten Mädcheninitiative erfahren und keine Scheu, dies auch auszusprechen. Wir warnen umgekehrt aber auch davor, dieses Experimentieren für billige fraktionspolitische Polemik zu nutzen (vgl. VI). Da wäre uns eine gehaltvolle Grundsatzkritik (bei praktischen Gemeinsamkeiten in den beschlossenen Projekten) schon erheblich lieber.

III.

Uns stört in diesem Zusammenhang auch der Umgang mit den vor uns liegenden reformpolitischen Aufgaben und unseren entsprechenden Aufgaben als Richtungsorganisation und Bestandteil der Sozialdemokratie. Auch hier hilft die Polemik gegen »das Gemisch aus nachwachsenden 'jungen Sozialdemokraten' und Minimal-Konsens-Funktionären bei gleichzeitigem Versteckspielen vieler Hannoveraner« (V) überhaupt

nicht weiter, sondern dokumentiert mangelnde Ernsthaftigkeit beim Umgang mit den Fragestellungen, die in Bayern zur Diskussion des »Politisch-ökonomischen Minimalkonsenses« oder beim SHB zur Debatte um die »Koalition der Vernunft« führten (vgl. V). Dies gilt umso mehr, wenn darüberhinaus nur vollmundig mit Begriffen wie »Doppelstrategie«, »antikapitalistische Strukturreformen« und »demokratischer Sozialismus« hantiert wird (vgl. IX), ohne auch nur anzudeuten, was diese altherwürdigen Begriffe aus den 70er Jahren im Übergang zu den 90er Jahren eigentlich konkret und strategisch aussagen sollen. Gegenüber der konservativen Vormachtstellung stehen wir heute vor einem doppelten Problem:

- einerseits geht es darum, den Zusammenhang von wissenschaftlich-technischer Entwicklung, sozialstaatlich-kollektiven Regelungen und individuellen Ansprüchen und Entfaltungsspielräumen neu zu entwickeln (wichtige Grundlagen bieten hierfür die Bundeskongreßbeschlüsse zur »jugendpolitischen Orientierung«, zur »Aufbrechung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung« und zur »sozialen Gestaltung von Arbeit und Technik«);
- andererseits geht es darum, das Bewußtsein von den globalen Krisenprozessen in greif- und realisierbare Lösungsansätze umzusetzen und darüber realpolitisch wirksam werden zu lassen (erste Ansätze gibt es dafür in unserer friedens- und umweltpolitischen Beschlußlage, der allerdings noch ein zusammenhängender Zugang zu den globalen Perspektiven fehlt).

Wir müssen die reformpolitische Debatte vor allem auf diese Problemstellungen beziehen. Dies setzt voraus, daß die Durchbrechung der konservativen Hegemonie als Schlüsselfrage angesehen wird. Innerparteilich besteht unsere gegenwärtige Hauptaufgabe darin, die Auseinandersetzung mit den Grundlagen und Perspektiven des Neokonservatismus voranzutreiben und darüber den Zugang zu einer neuen Reformpolitik zu eröffnen. Diese — hier nur angedeuteten — Zusammenhänge zwischen der neokonservativen Herausforderung, konkreten gesellschaftlichen und globalen Problemstellungen und ihrer sozialdemokratischen Verarbeitung spielen für Gorholt / Ristau kaum eine Rolle. Statt dessen wird real- und reformpolitische Unklarheit auf »undogmatischer« Seite durch vollmundige Begrifflichkeit überdeckt. Diese Gruppierung bleibt hin- und hergerissen zwischen einem realistischen Reformprogramm und so herrlich »provokativen« Losungen wie »Raus aus der NATO« und »Technikboykott«. Hiermit sollten sich die Autoren zuallererst beschäftigen, bevor sie sich zu Gralshütern der historischen Juso-Identität aufspielen.

IV.

Bedenken haben wir auch gegenüber dem ideologischen und strategischen Konzept von Gorholt und Ristau. Wir stimmen damit überein, »daß es nicht nur *eine* bestimmende Ursache gesellschaftlicher Ungleichheit gibt, woraus alle anderen ableitbar sind.« (III) Nur: die Schwierigkeiten fangen hinter diesem Satz an, wo sich bei den Autoren alles in einem undefinierbaren Brei aus gleichberechtigten und gleichwertigen Subjekten gesellschaftlicher Veränderung auf der Grundlage mehrerer Ursachen und mit dem Ziel eines pluralistischen Reformprojekts auflöst (vgl. III und IX). Die größte »undogmati-

sche« Entdeckung ist anscheinend Buci-Glucksmanns Definition von Sozialismus als »eine Befreiung von allen Formen der Ausbeutung und Unterdrückung« (X). Diese Definition sei die Voraussetzung für den Wiederaufstieg der Jusos (vgl. ebd.)! Das Zitat finden wir gut, erlauben uns aber trotzdem, einige Gedanken auf die zukünftige Rolle der Klassenauseinandersetzungen und der Arbeiterbewegung zu verwenden. Wir bestehen weiterhin darauf, von *der* zentralen Rolle der Arbeiterbewegung zu sprechen, weil es in erster Linie von *ihrer* Entwicklung und ihrer Stärke abhängt, ob wir uns von *allen* Formen der Ausbeutung und Unterdrückung befreien können. Dies schließt eine grundlegenden Veränderung und Erneuerung der Arbeiterbewegung ein. Im Mittelpunkt steht ihre Feminisierung, die sich von den sozialen und organisatorischen Strukturen bis hin zur Anspruchs- und Persönlichkeitsentwicklung erstrecken muß. Die Zusammenhänge zwischen der Entwicklung der Arbeiterbewegung, sozialstaatlich-gewerkschaftlichen Erfolgen, Frauenemanzipation und veränderten Lebensweisen, neuen Ansprüchen und emanzipatorischen Bedürfnissen waren in der Vergangenheit strategisch entscheidend. Diese Dynamik muß immer wieder neu entwickelt werden, denn sie bleibt auch entscheidend für die Zukunft der Klasse, der Frauen und der Jugend.

Unsere Überlegungen zur jugend- und reformpolitischen Orientierung (s.o.) beruhen auf diesem strategischen Zusammenhang, auf seiner Dynamik und der Frage, was die Jusos dazu beitragen können. Um es anders auszudrücken: Wir finden das »undogmatische« Konzept von Gorholt und Ristau in vielerlei Hinsicht überaus sympathisch, es fehlt aber an einer strukturierten und zielgerichteten Anlage. Insoweit spiegelt der ideologische Ansatz der Autoren eine Realität des Verbandes wider, die wir allerdings im Zuge eines Erneuerungsprozesses spürbar verändern wollen.

V.

Die Erneuerung der Jusos im Übergang zu den 90er Jahren hängt wesentlich von der innerverbandlichen Entwicklung, also auch von der Entwicklung unseres »Fraktionsgefüges« ab. Gorholt und Ristau können unserer stürmischen Unterstützung gewiß sein, wenn sie eine »produktive Streitkultur« fordern (VIII). Nur müssen wir leider — aller »undogmatischen« Selbstkritik zum Trotz — feststellen, daß sich die SP-Fraktion immer noch einer erheblich anderen Streitkultur bedient. Um nur die wichtigsten Punkte zu benennen:

- Statt einer produktiven Streitkultur bedient sich die SP-Fraktion überwiegend des Mittels der Denunziation. Insbesondere das SP-Info ist ein Musterbeispiel dafür, wie auf dem erbärmlichen propagandistischen Niveau der Bild-Zeitung gegen einzelne Personen und Gruppierungen gehetzt wird (alles nach dem Motto: »Stamokap frißt kleines Kind«). Auch innerhalb der Bundesgremien ist dies ein bevorzugter Stil »undogmatischer« Streitkultur.
- Die SP-Fraktion verzichtet keineswegs darauf, die Mutterpartei in Juso-Konflikten einzuschalten — wie dies von den Autoren suggeriert wird (VIII). Daß die Partei z.B. in Mittelrhein gegen den Willen der dortigen Jusos einen »undogmatischen« Juso-Sekretär eingesetzt hat, der dort eifrigst Fraktionsarbeit verrichtet, zeigt im

- übrigen, wer in diesem Verband — »provokativ« hin oder her — noch immer »mama's darling« ist.
- Erneut wird von Gorholt und Ristau der »undogmatische« Versuch aus dem Jahr 1984 gerechtfertigt, ein breit angelegtes jugendpolitisches Aktionskonzept als DKP-gesteuert zu denunzieren, damit die Bündnisbreite durch das eigene Vorgehen einzuschränken, dies dem Hannoveraner Kreis anzuhängen und HK-Genossinnen und Genossen der Partei ans Messer zu liefern (vgl. VIII). Nach wie vor gibt es offenbar keine Sicherheit, daß sich solche verbandsschädlichen Vorgänge nicht wiederholen.

VI.

Wir sehen heute die Gefahr, daß sich zunehmend eine zweite Verbandsstruktur entwickelt, die sich vor allem auf die organisatorisch-logistisch gut ausgestatteten Bereiche SP-Fraktion und Juso-Hochschulgruppen stützt und zudem erheblichen Rückhalt im hauptamtlichen Bereich hat. Kennzeichnend hierfür ist, daß sich sektiererische und fraktionsegoistische Momente der früheren Entwicklung des Hannoveraner und des Göttinger Kreises bei der heutigen SP-Fraktion in einem viel potenzierten und entwickelteren Maße auffinden lassen. Der machtpolitische Druck dieser Gruppierung und ihre Distanz gegenüber der verbandspolitischen Erneuerung stellen in ihrer Kombination das Kardinalproblem für die weitere Entwicklung des Verbandes dar. »Kardinalproblem« meint, daß dadurch die Lösung der anderen, substantiell wichtigeren Probleme unserer Organisation und Politik blockiert wird.

Wir hoffen, daß wir diese sehr skeptische Einschätzung in den nächsten Monaten korrigieren müssen, weil sich rund um das Bundesarbeitsprogramm tatsächlich eine »produktive Streitkultur« und eine »Gemeinsamkeit in der Praxis« entwickeln. Wir haben vom Bundeskongreß den Auftrag bekommen, das Bundesarbeitsprogramm und seine Projekte bis 1988 soweit wie möglich umzusetzen und damit eine Erneuerung des Verbandes einzuleiten. Daran werden wir gegenüber allen Widerständen festhalten. Und wir werden diesen Standpunkt in Zukunft wohl noch deutlicher vertreten müssen, um erreichte Erfolge zu stabilisieren und die Basis der Erneuerung zu verbreitern.

Anmerkungen

- 1 Malte Ristau und Martin Gorholt, 1986: Gemeinsam dem Morgenrot entgegen oder zerstritten-irrelevant in die neunziger Jahre? Überlegungen zur Situation und Perspektive der Jusos. In: spw 33, 430-435.
- 2 Die Zahlenangaben beziehen sich auf die Thesen von Ristau und Gorholt in spw 33.

Kontroverse um Glotz

Diether Dehm

Zwei Philosophien, zu schreiben

Entlarvender Journalismus — unsere Stärke?

Wolfgang Michal hat in *spw* 33 Peter Glotz »entlarvt«. Ausgesprochen rechtzeitig! Michal fand schlußendlich heraus, daß der Bundesgeschäftsführer der SPD »der Ausdruck der SPD« sei. Um dieses Mäuslein zu gebären, kreiste der Berg aber nicht bloß, sondern drehte manch anmutige Sprachpirouette: Feuilletonismus mit der Kürnote »recht lesbar« und der Pflichtnote »längst bekannt«.

Sechs Seiten mit einzelnen sprachlichen Schmutzlecken, in denen sich der *spw*-Leser in der Überlegenheit über Peter Glotz und den Rest der Partei suhlen darf, so wie ein Kohl-Witz dem aufgeklärt-bourgeoisem *Spiegel*-Leser Trost für politische Wirkungslosigkeit verschafft. Solcher Journalismus läßt immer alles beim Alten: Kohl oben, den *Spiegel*-Leser unten, schmutzelnd und untätig. Und den *Spiegel* auflagenstark. Nur: *spw* wird wohl kaum »spiegel-verkehrt« kopieren können. Diese Auflage ist so nicht zu retten.

In diesem Jahr wird Peter Glotz die Geschäftsführung an den Nagel hängen, aber zuvor hat *spw* ihn noch einmal gründlich entlarvt. Zum Beispiel, daß er »Politik« für »Wertreflexion plus Sozialtechnik« hält. Dabei macht sich Michal nicht einmal die Mühe, sich mit diesem Politikbegriff gründlich auseinanderzusetzen. Er spekuliert eher darauf, daß sich der tendenzielle Gesamtlinke hier schon ob des Glotz'schen Terminologiegebrauchs mit einem dreimal Pawlowschen »Bäh« reflexartig schauernd abwendet. Linke rümpfen ihre spitzen Nasen zuweilen wie alte Tanten. Wer dem guten Alten zunahe kommt, ist ungezogen. Und das hat Michal mit Bodo Hombach und der nordrhein-westfälischen SPD-Führung gemeinsam: Peter Glotz ist der Leibhaftige! Michal weiter: Glotz »haßt die romantische Linke«. Also, nee, wie kann der nur. (Mit seiner Ablehnung gegenüber »linken Romantikern« dürfte der Bundesgeschäftsführer neben den Führern der bisherigen Arbeiterbewegung nicht so ganz alleine stehen.)

Es wird die strukturelle Schwäche eines feuilletonistischen Journalismus an Michals Beitrag überdeutlich. Diese Schwäche müssen marxistische Autoren endlich überwinden lernen, wenn sie der II. Feuerbach-These und weniger sich selbst gerecht werden wollen: Es gilt die Welt zu verändern, statt das Nicht-Geänderte nur zu interpretieren und wohldotiert larmoyant oder amüsiert zu entlarven.

Eine andere, bislang noch nicht so verbreitete journalistische Haltung, eine Alternative zur »Entlarvungs-Schreibe«, ist »die Suche im Authentischen«. Diese fragt sich ins Material hinein, steigt von bestimmten philosophischen Prinzipien in die Irritation

noch unentschlüsselter konkreter Details auf und läßt sich so auf eine neue, läuternde Realität ein. Während das »Entlarven« eine Sicherheit suggeriert, die bis ins kleinste, konkrete Detail reicht, gibt dies die »Suche im Authentischen« nicht vor. Während das »Entlarven« alten Vorurteilen gemütlliche Ruhe verschafft, will die »Suche im Authentischen« beunruhigen. Während das »Entlarven« zur Bestätigung seiner Dogmen und Vorurteile Zitate aus dem Zusammenhang reißt und sie polemisch wieder zusammenfügt, geht die »Suche im Authentischen« ehrlich mit dem Material um. Sie zitiert möglichst vollständig, auch wenn es wehtut. Ob sie gut oder böse zitiert, ob sie Lenin oder Glotz zitiert, sie sieht im Zitierten authentisches Spiegel-Zeug der Realität und sucht darin nach Gesamt-Zusammenhängen. Der Zitierende straft nicht den Zitierten für die schlechte Botschaft, die der überbringt. Auch für linken Journalismus gilt, was Brecht forderte: »So was muß Folgen haben.« Welche Folgen aber hat Michals »Entlarvung« von Peter Glotz? Angesichts der monströsen Schwäche der bundesdeutschen Linken suggeriert der Artikel uns eine Überlegenheit über jenen absonderlichen, »von Arbeiterbewegung abweichenden« Intellektuellen-Fall Peter Glotz, als ob solche »Abweichung« nicht typisch sei für nahezu alle traditionellen Deutsch-Links-Intellektuellen. Die »Suche im Authentischen« hingegen ist eine Suche nach Fall-Studien, deren Bilanz ändern helfen soll. Dieser Journalismus ist lehrend und lernend zugleich, ändernd und setzt sich selbst Änderungen aus. Wenn Peter Glotz tatsächlich 6 Seiten in *spw* notwendig macht, dann um uns anhand eines charakteristischen deutschen Links-Intellektuellen produktiv zu irritieren. Und nicht, um uns wieder einmal zu ergötzen und rückzuversichern, wieviel wir ja schon immer besser wußten. Es geht mir also um Veränderungen von Haltungen, der von Glotz, dann auch der von Wolfgang Michal und dann der von mir und Dir. Die Krise der Linken ist auch eine Krise der linken Intellektuellen und drum auch des linken Journalismus und seiner üblichen Methoden.

Peter Glotz — unser Antipath?

Zwei Beispiele, zu welchen Stilblüten »entlarvender Journalismus« führt: Zitat Michal über den Bundesgeschäftsführer: »Der identitätslose Politiker vertritt nicht mehr die Interessen seiner Schicht (? , welche, ? D.D.), seiner Klasse, sondern ... mäßigt unterschiedliche, ja gegensätzliche Interessen.«

Achten wir hier einmal auf die Suggestivkraft des Wörtchens »mehr« und lassen einmal kurz die Ahnengalerie früherer führender SPD-Politiker und Bundesgeschäftsführer (incl. ihres jeweiligen Parteiausschluß-Kontos) Revue passieren. Und dann verkündet uns Wolfgang Michal, der amtierende Bundesgeschäftsführer würde keine Klasseninteressen *mehr* vertreten. Und Michal treibt seine Originalität noch auf die Spitze: »Glotz will die Kooperation mit dem Kapital!!!« »Waaaaa?«, fragt da der erstaunte *spw*-Leser und reibt sich ungläubig die Augen, »ein SPD-Politiker will tatsächlich die Kooperation mit dem Kapital?« »Ja, Herr Lehrer«, vermeldet Michal, »so weit ist es gekommen!« »Nieder, nieder, nieder mit ihm«, rufen wir, »Gralshüter aller Ränder, vereinigt Euch!« Selbstgefällig »widerlegt« Wolfgang Michal den Peter Glotz mit tatsächlich nur einem einzigen Argument: »Daß gerade diese von Otto Bauer und

Rudolf Hilferding in den 20er und frühen 30er Jahren propagierte Strategie gegenüber dem Kapital versagte, scheint Glotz nicht weiter zu beirren.« Von den Niederlagen derer, die in den letzten 70 Jahren jegliche Kooperation selbst mit Teilen des Kapitals verweigerten, läßt sich Wolfgang Michal auch nicht beirren. Aber hatten wir da nicht einmal in den Herforder Thesen Otto Bauer ganz anders zitiert: »Alles zu enteignen würde bedeuten, daß sich die Arbeiterklasse mit Aufgaben belastet, die sie nicht schnell genug lösen kann ..., die Aufgabe kann immer nur die sein, einige wichtige Produktionszweige zu vergesellschaften ..., Großbanken, die konzentrierte Industrie, Großgrundbesitz und gewisse Verkehrsmittel ...« (Herforder Thesen, S. 22). Und wir fügten hinzu: »Daß er, Otto Bauer, eine 'handvoll national und international organisierter Monopole' meinte« (Seite 23). Heißt das nicht logisch umgekehrt, Kooperation mit dem Rest des Kapitals?

Um den »ungeheuren« Vorgang, daß ein SPD-Politiker tatsächlich mit dem Kapital kooperieren möchte, wirklich abgrundtief verstehen zu können, versenkt sich Michal ins Seelenleben des Peter Glotz. Dies fiel ihm nicht schwer, da Glotz mit einer außerordentlich wenig beschönigenden Offenheit seine inneren Zerwürfnisse »als Intellektueller in einem höheren Verwaltungsamt« preisgibt, besonders in seinem Buch »Innenarchitektur der Macht«. Aber Michal wollte eine Leiche im Keller fleddern, und so fleddert er das ohnehin schon von Glotz fein säuberlich Zerlegte noch einmal: »Ein aus Böhmen zugewanderter, akademisch gebildeter Kleinbürger ..., 1939 geborener Sohn eines Handlungsreisenden ..., ohne richtiges Klientel nach alter Väter Sitte ..., mit einer neurotisch zu nennenden Angst vor Verlierertypen ...«, »Mann ohne Eigenschaften«, an dem »die Erwachsenen nur vorbeihuschen«.

Essenz von Michals Beitrag: Peter Glotz vertritt keine Klasseninteressen! Und: Er will die Kooperation mit dem Kapital oder bestimmten Kapitalkreisen. Was natürlich alles nur durch schwere Störungen seiner böhmischen Kindheit erklärbar wird. Ergo: Seht Euch vor vor Leuten, die im Jahr 1939 in Böhmen geboren wurden etc.

Soweit also die Erkenntnisse, die »entlarvender Journalismus« zu fördern weiß. Die Suche im authentischen Material hingegen — und davon liefert Glotz reichlich — würde sich zunächst einmal um Widersprüche bemühen und sich ihnen aussetzen:

- kaum einer war / ist so lange Bundesgeschäftsführer gewesen wie Peter Glotz (in einem Mitarbeiterapparat, der von Speichelleckern, intrigantischen Karrierespekulanten und Anti-Kommunisten wimmelt);
- kaum einer hat in so langer Zeit ein so »dürftiges« Konto an Parteiausschlüssen und Parteiausschlußverfahren vorzuweisen;
- und, was die marxistischen Vertreter im Juso-Bundesvorstand mehrfach bestätigt haben: er wurde schon wegen seiner »zu laschen« Haltung gegenüber linken Jusos von altbekannter Seite her gerügt;
- während seiner Geschäftsführung kam es zur Reduzierung der organisierten Parteien-Rechten und Kanalarbeiter;
- NRW-Landesgeschäftsführer Bodo Hombach und die NRW-Betonmauern gegen Rot-Grün fordern wohl nicht umsonst so medienweit, unter und über der Gürtellinie, den Kopf von Peter Glotz;

- daß Detlev Albers in der *Neuen Gesellschaft* seit geraumer Zeit wie selbstverständlich schreiben darf, ist doch eine Neuerung in der Parteigeschichte. Man erwidere bitteschön nicht, dies sei, weil die SPD in der Opposition ist, denn bislang hat diese Partei in der Opposition ihren rechten Kurs und ihre Parteiausschlüsse von Godesberg bis zu SDS-Unvereinbarkeit immer eher noch verschärft;
- so links wie heute war die SPD in den vergangenen 40 Jahren wohl kaum.

Unsere Mitschuld am »Außenstehenden«

Diese Hinweise sollen zunächst mal ausreichen, um die Mär vom »Finsterling« zu relativieren, der wir »Lichtgestalten« gegenüberstehen. Im Gegenteil: Mit der neuen journalistischen Haltung reden wir uns nicht aus der Totalität der Gesellschaft hinaus, sondern sehen in anderer Leut's Schwächen auch unsere, in den Fehlern von Links-Intellektuellen auch unser Fehlverhalten.

Glottz' Erkenntnisse und Beobachtungen belegen die hohe Suggestivkraft, die das Menschenbild des »dienstleistenden Aufsteigers« in einer besonders durch Ölpreisverfall bedingten Superprosperität verschärften konsumistischen Gesellschaft auf alle Intellektuellen, selbst auf die amtierenden Lohnarbeiter (noch) hat. In diesen Mythen und Menschenbildern der so ungehuer suggestiv-starken Schicht »der Aufsteiger« sollten wir stöbern, als sie von vorneherein abzuhaken. Jede einzelne Metapher (des sonnenbank-gebräunten Aktenköfferchenträgers und ähnlichem) sollten wir als dialektischen Zerrspiegel, die dort bestehenden Wünsche und Beobachtungen als Abbilder einer konsumistischen Kapitalgesellschaft authentisch wahrnehmen. Es einfach mit großer Besserwisseri auszugrenzen oder zu verdrängen, ist hier nicht hilfreich. Daß z. B. Peter Glottz keine sonderliche Vorliebe für Verlierertypen hat — ist das so verwunderlich, so abweichend, hat das wirklich so viel mit traumatischen Kindheitserlebnissen in Böhmen zu tun? Nein, es ist ein Ausweis auch unserer Schwäche, weil wir bislang weder kleinbürgerliche Verlierertypen, noch Gewinnertypen (Nutznießer der Prosperität) historisch zu orientieren gewußt haben.

Daß die SPD-Führer keine Marxisten sind, das wußten wir schon. Daß sie ihre diffuse Ahnung einer Kooperation ins Kapital hinein nicht präzisieren konnten und wollten, ist uns darum auch klar. Aber hier weist sich auch unser Schludern aus. Die Herforder Thesen verzeichnen genau in der Nahtstelle zu den »gehobenen Mittelschichten« erhebliche weiße Flecken, die es noch auszufüllen gilt. Haben wir wirklich unsere Lektion gelernt, unsere Hausaufgaben gemerkt, um den zumeist an diesen Mittelschichten orientierten bürgerlichen Intellektuellen ein Kraftfeld um die gesellschaftliche Linke zu servieren, um wirklich das breite anti-monopolistische Bündnis der Arbeiterbewegung gegen den Hauptfeind zu organisieren? Genau diese Aufgabe liegt noch vor uns. Und sie wird, wenn man den Protokollen etwa der Kommunistischen Partei Italiens glauben darf, sehr viel Kraft kosten.¹

Die ideologische Schwäche der bürgerlichen Intellektuellen und Aufsteigertypen ist also auch Spiegel-Bild eines nur auf Krise eingerichteten Marxismus, der bei der kleinsten Prosperität selbst in die Krise gerät. Wir aber brauchen auch eine Prosperitäts-

Linke neben der bisherigen Krisen-Linken! Der immer von links beklagte Befund, daß sich Genossen auf dem Weg »nach oben« immer vorsichtiger, zaudernder, ja opportunistischer verhalten, eben weil sie von dort oben immer neue Folterinstrumente, Repressions- und Manipulationstechniken einer noch zusammengeschweißten Bourgeoisie erspähen, wird doch sonst nie überwindbar.

Solange sämtliche, dem Kapital inhärenten gesellschaftlichen Schichten und direkt angekoppelten Dienstleister zusammenhalten, bleibt Revolution ein Selbstmordunternehmen. Solche Erkenntnisse kann man natürlich auch mit einem saloppen »Du Feigling« abtun. Dann bleibt aber auch alles beim Alten.

Und genau darum ist für mich ohne jegliche Einschränkung eine auf BRD-Verhältnisse hin aktualisierte Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus mit ihrer modernen Antwort, dem anti-monopolistischen Bündnis, die einzige Chance marxistischen und linken Überlebens, die einzige moderne Antwort auf die westlichen Gesellschaften, die einzige wissenschaftlich begründete Hoffnung, das Kapital auseinanderzuidividieren in Hauptfeind, Nebenfeind und möglichen Kooperationspartner.²

Unsere Lektion

Wenn uns die Einschätzung und Beobachtung führender bundesdeutscher Intellektueller, die eher mit dem Aufsteigertypus der Mittelschichten, als mit dem romantischen Verlierer zu tun haben wollen, etwas lehrt, so ist das eben auch, die Stärken unserer Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus neu zu entdecken. Und dies heißt: Die Breite des anti-monopolistischen Bündnisses gegen die global-mörderischen Großbanken, die Rüstungsmonopole und Giftkonzerne neu zu konkretisieren. Dies gelingt nur mit einem scharf umrissenen Bild des Hauptfeinds von Klasse, Mensch und Menschheit. Haben wir nicht unter den ersten Hieben einer handvoll Anti-Marxisten in den 70er Jahren (mit drei Ausschlußverfahren weiß ich, wovon ich rede) die Diskussion um die sogenannte »Hitliste« zu enteignender und weltmarktprägender Großkonzerne und Großbanken aufgegeben? Haben wir uns nicht zu schnell vom Scheitern des französischen Volksfrontbündnisses in der Frage der »Hitliste« einschüchtern lassen? Ich behaupte: Hätten wir diese »Hitliste« heute und hätten wir sie in den Köpfen der Intellektuellen verbreitet, hätten wir z.B. auf dem Nürnberger Parteitag offensiver mitmischen können, als es um Markt und »Marktwirtschaft« ging. Man kann den ideologischen Kampfbegriff »Markt« nur entschärfen, wenn man die Schwelle kennt, *unter* der Markt möglich und *über* der Planwirtschaft nötig ist. Übrigens: Auch die Konzerne und Großbanken haben ihre globale Planwirtschaft, es geht also ausschließlich um das Erkämpfen einer neuen humanistischen Logik dieser Planwirtschaft. Die Faszinationskraft von Kampfbegriffen wie »Markt« auf Peter Glotz, tausend andere fortschrittliche Intellektuelle und die Mittelschichten werden wir nicht so schnell durchbrechen können. Es wäre also nützlicher, diese Faszinationskraft zu umkämpfen, dabei die Kooperation mit nicht-monopolistischen Kapitalteilen mittels eines ökonomischen Reformprogramms zu erproben und auch sogenannte mittelständische Aufsteigertechniken und -metaphern nicht kampfflos dem Gegner zu überlassen. (Ernst Bloch be-

schwor die Linke einst, das Kleinbürgertum nicht kampflös dem Faschismus zu überlassen) Selbstgefällige Manier der Linken gegenüber dem Kleinbürgertum muß der Vergangenheit angehören. Wie die Mittelschichten auch ästhetisch in die Arbeiterklasse hineinwirken, belegen die oft tragikomischen, gescheiterten Versuche der Weimarer Linken, sich gegen kleinbürgerliche Einflüsse abzuschotten (Vgl. Otto Rühle, Sittengeschichte des Proletariats). Wie »Konsumismus plus Mittelschichten« wirken, zeigen die Wahlergebnisse in den besonders von Kaufkraft »heimgesuchten« Großstädten

Was hier im Sinne einer anti-monopolistischen Ökonomie- und Kulturarbeit ansteht, findet bei Glotz authentisches Anschauungsmaterial, in dem sich die einerseits begründete große Angst vor einer vereinigten Kapitalfront (die sich in einer vereinigten Wagenburg-CDU aus reaktionärster Reaktion plus humanistischen Konservativen widerspiegelt) findet andererseits eine zarte Linkswendung der Partei und alles durchwirkt mit einer durchaus selbstkritisch eingestandenen Fasziniertheit von Aufsteiger-Kulturtechniken des Mittelstands. Statt uns also selbstgefällig darüber lustig zu machen, sind wir aufgerufen, unsere Perspektiven auch durch das authentische Glotz-Material hindurchzuarbeiten, die Programmdiskussion um den »Aspekt Hauptfeind« zu verschärfen und echte Bündnisangebote an die »Mittelschichten« (mit Existenzgarantien bis in den Sozialismus hinein) und ihre Interessen- und Bedürfnislagen zu formulieren. Statt sie zu entlarven: Verändern wir also die Partei, ihre Funktionen und Funktionäre. Sie brauchen es. Um ihrer und unserer und aller Zukunft willen.

Anmerkungen

- 1 »Bis zum 8. Parteitag der IKP blieben besonders 2 Fragen ungelöst. Die IKP forderte und verwirklichte eine Politik breiter Bündnisse seitens der Arbeiterklasse, die geeignet war, die ländlichen und städtischen Mittelschichten in den anti-monopolistischen Kampf einzubeziehen. Diese hätten uns jedoch fragen können: Wir sind einverstanden mit den von Euch (Kommunisten) vorgeschlagenen Forderungen zugunsten von uns Handwerkern, kleinen Gewerbetreibenden und kleinen und mittleren Industriellen hinsichtlich der Bankkredite, des Steuersystems, der Tarife für elektrischen Strom, der Mieten usw. Das sind anti-monopolistische Forderungen, und in der Tat erkennen wir den Widerspruch zwischen unseren Interessen und den Privilegien der Großen, der monopolistischen Unternehmen. Aber was passiert mit uns, wenn der monopolistische Kapitalismus, der heute die Achse ist, um die sich das kapitalistische System dreht, und das System des Privatbesitzes an den Produktionsmitteln beseitigt sind? Verschwinden wir dann nicht aus dem Umkreis einer Politik und eines Neuaufbaus innerhalb eines Regimes, das nur den Interessen der besitzlosen Arbeiter entspricht? ... eine solche Fragestellung geht immer noch, wie damals, in diesen sozialen Schichten um, wenn sie auch nicht immer so deutlich formuliert wird ... Das nahm der kommunistischen Politik in einem wesentlichen Punkt Kraft, Durchsetzungsvermögen und Kohärenz.« (Luciano Gruppi »Togliatti — der italienische Weg zum Sozialismus«, 130, VSA-Verlag Hamburg)
- 2 Man braucht kein Leninist zu sein, um das bei Lenin nachzulernen, der im »linken Radikalismus« 1920 schrieb: »Einen mächtigeren Gegner kann man nur unter größter Anspannung der Kräfte und nur dann besiegen, wenn man unbedingt aufs Sorgfältigste, Sorgsamste, Vorsichtigste, Geschickteste, sowohl jeden, auch den kleinsten Riß zwischen den Feinden, jeden Interessengegensatz zwischen der Bourgeoisie der verschiedenen Länder, zwischen den verschiedenen Gruppen und Schichten der Bourgeoisie der einzelnen Länder, als auch jede, selbst die kleinste Möglichkeit ausnutzt, um einen Verbündeten zu gewinnen ... Wer das nicht begriffen hat, der auch nicht einen Deut vom Marxismus und vom wissenschaftlichen Sozialismus überhaupt begriffen.«

Österreich

Josef Hindels

Rechtsruck in Österreich

Die SPÖ hat bei den Nationalratswahlen im vergangenen Herbst ihr konkretes Wahlziel erreicht: Es konnte die relative Mehrheit gehalten werden, Franz Vranitzky bleibt Bundeskanzler. Die ÖVP erlitt unter Alois Mock eine Niederlage, die zu innerparteilichen Auseinandersetzungen im konservativen Lager führte.

Dennoch besteht für die Sozialisten kein Grund, über das Wahlergebnis zu jubeln: Die SPÖ verlor 5 % der Wählerstimmen und 10 Nationalratsmandate. Und sie hat die größten Verluste in jenen Arbeiterbezirken erlitten, die jahrzehntelang als rote Hochburgen galten. Das ist für bewußte Sozialisten ein Alarmzeichen, das nicht übersehen werden darf. Die Partei ist von der absoluten Mehrheit, die sie in den 70er Jahren erringen konnte, heute weiter denn je entfernt.

Der sensationelle, alle Befürchtungen übertreffende Wahlsieg der von Jörg Haider geführten Freiheitlichen Partei (FPÖ) bedeutet einen gefährlichen Rechtsruck. Vorangegangen war bereits ein Rechtsruck durch die Wahl von Kurt Waldheim zum Bundespräsidenten. Jörg Haider, der aus der rechtsradikalen Studentenbewegung kommt, hat sich in Kärnten an der chauvinistischen Hetze gegen die slowenische Volksgruppe maßgeblich beteiligt. Es gelang ihm, in der Freiheitlichen Partei die halbherzig-liberalen Kräfte um Norbert Steger zurückzudrängen und, getragen von alten und jungen Nazis sowie unbelehrbaren Deutschnationalen, die Führung in der Partei zu erobern. Im Wahlkampf appellierte er mit Erfolg an die sogenannten Protestwähler, an Enttäuschte und Unzufriedene aus allen Lagern.

Auf dem Parteitag der SPÖ 1983 wurde der verhängnisvolle Beschluß gefaßt, mit der Freiheitlichen Partei eine «kleine Koalition» zu bilden. Damals stand Norbert Steger an der Spitze dieser Partei. Aber die FPÖ bildete auch 1983 keine liberale Partei, und der Sieg Jörg Haiders war voraussehbar. Gegen diese «kleine Koalition» stimmte auf dem Parteitag nur eine kleine Minderheit linker Delegierter und der Vertreter des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Die Parteiführung entschloß sich erst nach dem Innsbrucker Parteitag der FPÖ, wo es zu ungeheuerlichen Naziexzessen kam und Jörg Haider zum Bundesparteiobmann gewählt wurde, das beschämende Kapitel der «kleinen Koalition» zu beenden. Gleichwohl wurden durch drei Jahre der Beteiligung freiheitlicher Minister an einer von der SPÖ geführten Regierung diese Partei aufgewertet, und die Voraussetzungen für den Wahlsieg Haiders im Jahre 1986 waren geschaffen.

Die Partei des Naziministers Reinthaler

Jörg Haider sprach im Wahlkampf stets vom Kampf gegen die «alten Parteien» und bezeichnete seine Partei als eine Bewegung der Jungen. In Wirklichkeit ist die Freiheitliche Partei nicht so jung, wie sie von Haider dargestellt wird. Sie entstand 1956 aus dem Verband der Unabhängigen (VDU), der 1949 als Sammelbecken ehemaliger Nazis gegründet wurde. Es ist kein Zufall, daß zum ersten Bundesparteiohmann der Freiheitlichen Partei der ehemalige Naziminister, Anton Reinthaler, der an vielen Kriegsverbrechen beteiligt war, gewählt wurde. Dies war sogar manchen Funktionären aus dem Verband der Unabhängigen zuviel. So sagte damals beispielsweise Dr. Herbert Kraus, der zu den Gründern dieses Verbandes gehörte, auf einer Pressekonferenz:

»Das Ergebnis des FPÖ-Parteitages veranlaßt mich, die mir angebotene Kandidatur zur Nationalratswahl abzulehnen und aus der FPÖ auszutreten. Dieser Parteitag war die Bestätigung der lange vorbereiteten 'Machtübernahme' durch einen kleinen Kreis von Rechtsextremisten und ehemaligen Naziführern. Die in der FPÖ verbliebenen gemäßigten Vertreter des VDU sind praktisch zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. (...) Ich hatte nie eine Nachfolge-Organisation der NSDAP gründen wollen, sondern eine allgemeine, vornehmlich soziale Erneuerungsbewegung, die mit besonderem Nachdruck für diejenigen eingetreten ist, die nach 1945 unter die Räder gekommen sind. (...) Unter dem Titel einer Sammlung auf breitester Basis ist aber nun eine vornehmlich auf die Vergangenheit ausgerichtete Partei auf enger Basis entstanden. Die offiziellen Erklärungen der FPÖ von 'Absage an den Extremismus' und 'Partei der Mitte' entspringen dem Bedürfnis nach einer sehr notwendig gewordenen Tarnung. Denn maßgebend ist nur, wer die entscheidungsbefugten Personen sind, und diese gehören zur Mehrheit den angegebenen Kreisen an. Mit dem alten Geist der Unduldsamkeit und den Methoden des totalen Machtanspruchs hat man die aufrichtigen Bestrebungen um eine dritte Kraft sowie die bisherigen Leistungen des VDU dazu mißbraucht, um einzelnen gestürzten Größen des NS-Regimes eine neue politische Plattform zu schaffen.«

In den drei Jahrzehnten, die seither vergangen sind, konnten sich in der FPÖ liberale Kräfte niemals wirklich durchsetzen. Der 1950 geborene Jörg Haider betont ständig sein Geburtsdatum. Aber die Ideen, die er vertritt, sind alt. Sie atmen den Ungeist des Naziministers Reinthaler und anderer alter Nazis, die zu den Gründern der FPÖ gehörten und deren ideologisches Fundament schufen.

Die Inhalte der großen Koalition

Manche Linke hatten gehofft, die SPÖ werde nach dem Scheitern der »kleinen Koalition« in die Opposition gehen, um sich ideologisch zu regenerieren. Aber diese verständliche Hoffnung konnte nicht in Erfüllung gehen, weil eine sozialdemokratische Partei, die über die relative Mehrheit verfügt, an der Regierungsbeteiligung festhält — und zwar in Übereinstimmung mit der Mehrheit ihrer Anhänger. Die große Koalition zwischen SPÖ und ÖVP war daher unvermeidlich. Erwartungsgemäß haben auf dem Bundesparteitag 96 % der Delegierten für das vorher vereinbarte Übereinkommen mit der ÖVP gestimmt. Dagegen stimmten nur die Vertreter der sozialistischen Jugendorganisationen, während sich der ehemalige Außenminister, Erwin Lanc, der Stimme enthielt.

Die Bildung der Koalitionsregierung wurde überschattet durch den dramatischen Konflikt mit Bruno Kreisky, der die Partei zutiefst erschüttert hat. Kreiskys vernichtende Kritik an der rechten Politik der SPÖ deckt sich in vielen Punkten mit schon früher von den Linken in der Partei vertretenen Auffassungen. Nur darf nicht übersehen werden, daß Kreisky zu den Architekten der «kleinen Koalition» gehörte und diese Fehlentscheidung bis heute nicht selbstkritisch aufgearbeitet hat. So bedeutend der Konflikt mit Kreisky ist, er darf das Wesentliche nicht in den Hintergrund drängen: *Die tiefste Ursache des Rechtsrucks ist die Krise des Kapitalismus, die Verschärfung des Klassenkampfes von oben.* Die Illusion, die Österreicher würden auf einer Insel der Seligen leben, wo alle sozialen Konflikte hinter den Polstertüren der «Sozialpartnerschaft» gelöst werden, läßt sich nicht länger aufrechterhalten.

Der Rechtsruck drückt sich auch darin aus, daß im Koalitionskabinett beide Parteien gleich viele Ministerien haben, obwohl die SPÖ über mehr Mandate verfügt. Aber wesentlicher als die Zahl der von den Parteien geleiteten Ministerien sind die Inhalte des Koalitionsabkommens. In allen Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik triumphieren die von der ÖVP vertretenen Gedanken des neuen Konservatismus. Die SPÖ hat selbst auf bescheidene Ansätze einer sozial-demokratischen Reformpolitik verzichtet. Der Rechtsruck ist also perfekt.

Dennoch gibt es in der SPÖ Kritik und Entschlossenheit, an den sozialistischen Grundsätzen festzuhalten. Unmittelbar nach dem Koalitionsabkommen erschien in der «Neuen AZ» ein Artikel des Redakteurs Kaltenbrunner, indem es unter anderem heißt: »Sozialisten wollen ein sozialistisches Regierungsprogramm verwirklicht sehen. Das vorliegende Arbeitsübereinkommen der neuen Regierung ist keines. Darin wurden konservative Vorstellungen in einem Ausmaß festgeschrieben, wie wir es 16 Jahre lang nicht gewohnt waren.«

Die Schlußfolgerung des AZ-Redakteurs lautet:

»Die SPÖ darf in den kommenden Jahren nicht müde werden zu erklären, daß diese Regierungspartnerschaft bestenfalls eine Vernunftfeie ist, nie eine Liebesheie werden kann. Nur dann wird sie vielleicht wieder erfolgreiches Single auf der Regierungsbank.«

Dieser Artikel in der »Neuen AZ« drückt die Stimmung jener Sozialisten aus, die nicht bereit sind, sich dem Rechtsruck zu beugen. Es handelt sich um eine Minderheit, die aber aller Voraussicht nach größer werden wird.

Das vorliegende Koalitionspapier läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Die Lasten der kapitalistischen Krise werden auf die Arbeiter und Angestellten überwältigt, während Agrarier und Unternehmer neue Zuwendungen erhalten. Besonders gefährdet sind die verstaatlichten Unternehmungen, die zum Teil privatisiert werden sollen. Und Reprivatisierung in Österreich bedeutet noch größeren Einfluß des ausländischen, vor allem des deutschen Kapitals.

Die linke Perspektive

Bei den Nationalratswahlen sind zum ersten Mal acht grüne Abgeordnete ins Parlament gekommen. Dieser Kandidatur waren harte Auseinandersetzungen vorausgegangen, bei denen es der grünen Prominenz gelang, linke Gruppen zu diffamieren und in die

Isolierung zu drängen. Mit Ausnahme der Listenführerin, Freda Meissner-Blau, sind alle grünen Parlamentarier Männer. Eine solche Männer-Liste wäre bei den bundesdeutschen Grünen kaum vorstellbar. Während diese Zeilen geschrieben werden, entwickeln sich bei den Grünen wieder heftige Flügelkämpfe.

Für die Linke in der SPÖ gibt es nur eine reale Perspektive: Gestützt auf das 1978 beschlossene Parteiprogramm gilt es, die dort enthaltenen Grundsätze ohne Rücksicht auf den konservativen Koalitionspartner öffentlich zu vertreten. Das Parteiprogramm verpflichtet die österreichischen Sozialisten, die verstaatlichten Unternehmungen gegen alle Versuche einer Privatisierung zu verteidigen. Ebenso bleibt es Aufgabe der SPÖ, für eine Umverteilung des Volksvermögens zugunsten der Lohnabhängigen zu kämpfen. Die 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich ist eine der aktuellsten Forderungen. Es darf auch nicht übersehen werden, daß ein zentrales Anliegen des Parteiprogramms die soziale Demokratie ist. Das bedeutet erweiterte betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung. Einer kapitalistischen Rationalisierung, die Otto Bauer bereits in den 30er Jahren als «Fehlrationalisierung» bezeichnet hat, sagt das Parteiprogramm den Kampf an.

Aber täuschen wir uns nicht: Die Linke in der SPÖ ist derzeit viel zu schwach, um auch nur eine dieser Forderungen durchsetzen zu können. Sie vermag ihre Ziele künftig nur in einem engen Bündnis mit fortschrittlichen Betriebsräten und Gewerkschaften zu erreichen.

Nach der Wahl: Rot-grüne Zukunft?

Michael Karnatz/Heinrich Lienker/Andreas Wehr

Zu neuen Ufern?

Thesen zur Situation der SPD und zu den Aufgaben der Linken

Eine Mehrheit für die Wenderegierung

Trotz deutlicher Verluste für die Unionsparteien gibt es nach wie vor eine klare Mehrheit für die Wenderegierung (53,4 %). Die Gewichtsverlagerung zugunsten der FDP beweist, daß eine offensive konservative Revolution im Bereich der Außen- und Entspannungspolitik und beim Abbau des Rechtsstaates abgelehnt wird, die FDP kann andererseits dies als Zustimmung zu ihrer Politik der Wirtschaftsliberalität, der Privatisierung und der Angriffe auf den Sozialstaat interpretieren. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik ist damit als zentraler Schauplatz der innenpolitischen Kämpfe der nächsten Jahre ausgemacht.

Außenpolitisch bedeutet die Bestätigung der Koalition, daß die Bundesrepublik ihre Vasallenrolle gegenüber den USA nicht aufgeben wird und damit in einer vielleicht entscheidenden Phase der Weltpolitik, in der tiefgreifende Veränderungen in der UdSSR wesentliche Fortschritte in der Friedens- und Entspannungspolitik möglich machen, als vorwärtstreibende Kraft ausfällt.

Die SPD-Strategie ist gescheitert

Mit der Bundestagswahl hat sich das Vier-Parteien System auch auf Bundesebene fest etabliert. Entgegen den Hoffnungen so mancher führender Sozialdemokraten sind die Grünen nicht aus dem Parlament verschwunden, sondern konnten sich — gestützt auf ihre Hochburgen in den Großstädten — deutlich oberhalb der 5 %-Grenze stabilisieren. Die langjährige sträfliche Unterschätzung der Grünen hat zur Festigung dieses Lagers entscheidend beigetragen.

Der von Rau geführte und von der *gesamten* Partei auf den Parteitag in Nürnberg und Offenburg unterstützte Kampf um eine alleinige Mehrheit hat sich erwartungsgemäß als illusionär erwiesen. Es zeigte sich, daß ein derartig unrealistisches Ziel nur vor dem Hintergrund einer zu positiven Koalitionsaussagen unfähigen Sozialdemokratie durchsetzbar war. Im Ergebnis hat die SPD nicht nur die alleinige Mehrheit deutlich verfehlt, sie fiel sogar auf den Stand Mitte der sechziger Jahre zurück.

Der besondere, auf Rau zugeschnittene, personalisierte Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen hat keine nennenswerten Auswirkungen gehabt. In den Großstädten der

Rheinschiene hat die SPD durchweg Verluste wie in fast allen bundesdeutschen Großstädten erlitten. Die Stabilität im Ruhrgebiet hat hingegen strukturelle Gründe:

- Ähnlich wie im Saarland wirkt sich der erst begonnene Umstrukturierungsprozeß zugunsten des Dienstleistungsbereichs stabilisierend auf die sozialdemokratische Wählerschaft aus. Auch die teilweise hohe Arbeitslosigkeit im Revier kam der SPD zugute.
- Da sich die Sozialdemokratie erst in den sechziger Jahren als dominierende Kraft im Ruhrgebiet durchsetzen konnte, befindet sie sich zum einen noch in einer Aufstiegsphase mit einer gegenwärtig funktionsfähigen sozialen Infrastruktur, die bei wenig mobilisierenden Wahlkämpfen Einbrüche verhindert, zum anderen haben viele Wähler am eigenen Leib Erfahrungen mit einer CDU-Wirtschaftspolitik auf Kosten der Lohnabhängigen gemacht.

Das Ergebnis von über 45 % für das linke Lager insgesamt signalisiert aber, daß die Wenderegierung ihre Hegemonie nicht ausbauen konnte, im Gegenteil: Ihr Stimmenanteil ging insgesamt sogar leicht zurück. Dieses Ergebnis ist um so bemerkenswerter, da die Linke in sich zerstritten, handlungsunfähig und ohne eine gemeinsame Perspektive bieten zu können, dieses Ergebnis erreichte.

Langfristige Veränderungen der Klassen- und Sozialstruktur

Die Wahlniederlage der SPD bei den Bundestagswahlen steht aber ungeachtet aktueller Probleme in einem engen Zusammenhang mit längerfristigen Entwicklungen:

- Der sozialdemokratische Stimmenanteil geht in den großstädtischen Ballungsräumen kontinuierlich zurück. Städte, die über Jahrzehnte sozialdemokratisch regiert wurden, fielen an die Konservativen (Frankfurt, Stuttgart, Berlin u.a.). Dort, wo es zum Machterhalt reichte, erlitt die Partei oft deutliche Einbußen (Nürnberg, München, Hamburg u.a.). Gewinner sind neben den Konservativen vor allem die Grün-Alternativen, die sich in den Großstädten mit Ausnahme des Ruhrgebiets durchweg über 10 % stabilisieren konnten.
- Die von der Krise und dem Abbau des Sozialstaats am härtesten Betroffenen (vor allem Rentner mit geringen Einkommen, Langzeitarbeitslose, Frauen, Jugendliche) wenden sich in einem sehr viel geringeren Ausmaß als erwartet der Sozialdemokratie zu. Eine Abwendung von der CDU führt hier zumeist zu Wahlenthaltung oder zur Stärkung rechter Splittergruppen (Anwachsen der NPD und der Republikaner).
- Nennenswerte Zuwächse der SPD sind fast nur noch in einigen kleinstädtischen Regionen mit traditionell erdrückenden konservativen Mehrheiten zu bemerken.

Diese Entwicklungen sind nur zu erklären vor dem Hintergrund tiefgreifender Veränderungen in der Klassen- und Sozialstruktur, die erst die Ausarbeitung erfolgreicher Strategien der Konservativen aber auch der Grünen möglich gemacht haben:

- Seit Beginn der sechziger Jahre ist in allen entwickelten kapitalistischen Ländern ein Trend zur Erweiterung des Dienstleistungssektors (»tertiärer Bereich«) zu be-

merken. Eine enorme Entwicklung der Produktivkräfte ermöglicht, daß eine wachsende Menge materieller Güter in immer kürzerer Zeit hergestellt werden kann und ein wachsender Teil der arbeitenden Bevölkerung für andere Tätigkeiten eingesetzt wird.

- Im Laufe dieser Entwicklung gelingt es den Lohnabhängigen, erhebliche Verbesserungen ihres Lebensstandards, insbesondere auch einen Ausbau der öffentlichen Dienste zu erkämpfen. Das verändert nun aber rückwirkend auch die Lohnabhängigen selbst. Der gewachsene Lebensstandard läßt immer mehr individuelle Lebensperspektiven zu, das Bewußtsein, daß die persönliche Lage durch die Klassenzugehörigkeit bestimmt wird, tritt zurück. Geschlossene Arbeitersiedlungen verschwinden, kulturelle Zusammenhänge der Arbeiterbewegung sterben ab. Gleichzeitig wachsen die Ansprüche an ein sinnerfülltes Leben sowie an die Leistungen des Sozialstaates. In dem Maße, in dem individuelle Sinngebungen möglich werden, verlieren Religion und Tradition an Bedeutung.
- Anfang der siebziger Jahre unterbrechen heftige Erschütterungen der kapitalistischen Ökonomie diese Entwicklung. Der Ausbau des Sozialstaates wird gestoppt oder zurückgenommen. Die Individuen erfahren die Krise als Einschränkung und Gefährdung ihrer Lebensperspektiven und reagieren unterschiedlich:
 - Die eigenen Ansprüche werden aufrechterhalten und gegen eine lebensfeindliche Umwelt eingeklagt (Ökologiebewegung).
 - Die Krise wird im Zusammenhang mit der SPD-Politik und als Folge der gewachsenen Ansprüche interpretiert. Nach dieser Lesart hat eine »Anspruchsinflation« den Staat ökonomisch ruiniert, jetzt müßten die Bedürfnisse zugunsten des Ganzen zurückgeschraubt werden. Es wird wieder Schutz gesucht in traditionellen Werten und Lebensformen (Nation, Familie).
 - Innerhalb der Arbeiterklasse wird die ungleiche Betroffenheit durch die Krise als Ausdruck der Auswirkung von Klassenunterschieden zum Teil wieder stärker wahrgenommen (Veränderungen innerhalb der Gewerkschaften).

Massenanhang und Politik der Konservativen

Basis des Erfolgs der Konservativen ist die Enttäuschung über die vorangegangene sozialdemokratische Politik, die immer noch für die Arbeitslosigkeit und die Zerrüttung der staatlichen Finanzen verantwortlich gemacht wird, und die Hoffnung, eine Rückbesinnung auf die Politik der Marktwirtschaft würde alte wirtschaftswunderliche Zustände wieder herstellen. Da die Ausweitung des Staatsanteils am Bruttosozialprodukt als Krisenursache ausgemacht wird, liegt das Heil in der Förderung »individueller Leistung«. Hierbei wird geschickt an die traditionelle Hochschätzung des Leistungsbegriffs auch in der Arbeiterklasse angeknüpft und an die Erfahrung, daß die staatlichen Apparate in der Krise tatsächlich nicht ausreichend helfen.

Die von der SPD und den Gewerkschaften demgegenüber angesprochenen Leitvorstellungen des Sozialstaats, der kollektiven Absicherung und der Solidarität bleiben aber schon allein deshalb weitgehend abstrakt, weil Flick-Spendenskandal und Neue-

Heimat-Konkurs offenbaren, daß die hochgehaltenen Prinzipien der Solidarität auch in den Organisationen der Arbeiterbewegung brüchig sind. Gewerkschafts- und SPD-Apparat werden vielfach mit »denen da oben« unterschiedslos gleichgesetzt.

SPD in der Defensive

Bewußtseinsmäßig ist eine Polarisierung zwischen der kritischen Orientierung auf allgemeinpolitische Themen (Umwelt, Frieden, Geschlechterunterdrückung u.ä.) und der Wiederbelebung klassisch mittelständischen Denkens als ideologische Leitfigur (Ablehnung kollektiver Sicherungssysteme, Mißtrauen gegenüber jeglichen staatlichen Maßnahmen) festzustellen, wobei Überschneidungen und Mischungen dieser beiden Bewußtseinsformen oft in einer Person anzufinden sind. Während die eine Strömung dezidierten Ausdruck bei den Grünen findet, wird die andere bei CDU/CSU/FDP artikuliert. Die Anhängerschaft der SPD bröckelt also in zwei Richtungen ab.

Das grün-alternative Wählerspektrum hielt die SPD im Wahlkampf für zu gefestigt und insgesamt für zu klein, als daß sich ein intensives Umwerben gelohnt hätte. Zwar wurde mit den Nürnberger Beschlüssen (vor allem zur Kernenergie, zur Gleichstellung der Frau und zur Friedenspolitik) die Auseinandersetzung mit den Fragen der neuen sozialen Bewegungen auf einer qualitativ ganz neuen Ebene aufgenommen, zugleich wurde aber durch die bedingungslose Absage an die Grünen diese Auseinandersetzung auch schnell wieder beendet und das grün-alternative Spektrum wieder in sich stabilisiert.

Beim Kampf um die Mitte wurden die vorgefundenen Bewußtseinsformen weitgehend als gegeben und unveränderbar interpretiert. Es ging daher nicht um eine Erwidern und um den Kampf gegen diese vorherrschenden Strukturen. Ihnen sollte lediglich die polarisierende Spitze genommen werden (»Versöhnen statt spalten«). Kernpunkte der Wahlkampfstrategie waren daher:

- Die Propagierung eines fairen Interessenausgleichs zwischen »phantasievollen Kapitalfraktionen und Kernarbeiterschichten«. Bei den Fragen der Verteilung, der Reform der sozialen Sicherungssysteme und der technologischen Entwicklung wird von der Existenz eines Grundkonsens ausgegangen, der die Konflikte lösen hilft.
- Die Betonung der lediglich richtigen Handhabung des sozialen Kompromisses (»Deutschland braucht wieder einen Bundeskanzler«).

Mit ihrem Versuch, die konservativen Wertvorstellungen in einen nichtpolarisierenden sozialdemokratisch organisierten Zusammenhang zu bringen, ist die sozialdemokratische Wahlkampfstrategie gründlich gescheitert. Vor allem wurde nicht beachtet, daß sich große Teile der potentiell sozialdemokratischen Wähler unter dem Einfluß konservativer Wertvorstellungen befinden, gerade weil sie von einer unzureichenden sozialdemokratischen Reformpolitik enttäuscht wurden:

- Die Hinnahme von Massenarbeitslosigkeit auch unter einer SPD-geführten Regierung, der bereits Anfang der achtziger Jahre begonnene Abbau des Sozialstaats (Operation 82) läßt auch die gegenwärtige Wirtschaftspolitik alternativlos erscheinen.

- Ungerechtigkeiten und Unbeweglichkeit des Sozialstaats machen den Konservativen/Liberalen die Propagierung der Vorzüge privater Dienste und Sicherungen leicht. Die SPD konnte die gewachsenen individuellen Entwicklungsbedürfnisse im Arbeitsleben und in der Freizeit nicht mit einem neuen Modell des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates in Übereinstimmung bringen.

Rot-grüne Bündnisse — aber welche?

Mit dem selbst auferlegten Berührungsverbot gegenüber den Grünen hat sich die SPD von den Konservativen in eine Defensive drängen lassen und zugleich die einzig glaubwürdige Möglichkeit zur Ablösung der CDU/FDP-Koalition blockiert. Nach den Erfolgen in NRW und im Saarland konnte zunächst der Eindruck entstehen, daß die SPD ohne Rücksichtnahme auf die Grünen die Rechtskoalition auch auf Bundesebene werde ablösen können. Dabei wurde übersehen, daß diese Erfolge zum einen der besonderen Schwäche der Grünen in diesen Bundesländern und zum anderen der noch einmal gelungenen vollen Mobilisierung der Industriearbeiterschaft durch die SPD geschuldet waren. Bei allen nachfolgenden Wahlen schnitt die Partei daher auch immer dann schlecht ab, wenn sie den Wählern keine glaubwürdige d.h. auch mehrheitsfähige Alternative bieten konnte.

Seit dem Entstehen der Grünen Partei schiebt die SPD eine Entscheidung über eine mögliche Zusammenarbeit mit ihnen auf Bundesebene vor sich her. Da sich spätestens jetzt jedes Hoffen auf ihr baldiges Verschwinden als illusorisch erweist, ist es an der Zeit, diese Frage eindeutig positiv zu beantworten. Nur die offene Bereitschaft zur Zusammenarbeit ohne irgendwelche Minimalbedingungen als Vorleistungen kann auch zur Klärung der Bündnisfrage bei den Grünen führen. Erforderlich ist jetzt eine eindeutige Aussage, daß die SPD — überall dort wo sie nicht alleine regierungsfähig ist — ein Reformbündnis mit den Grünen anstrebt. Eine solche Aussage beinhaltet zugleich auch eine Absage an Bündnisse mit der FDP oder der CDU. Die anzustrebende Zusammenarbeit muß jetzt in allen Bereichen, in denen es schon übereinstimmende Positionen gibt, begonnen werden.

Die historische Chance eines neuen Reformbündnisses würde aber vertan werden, wenn die grün-rote Zusammenarbeit lediglich zur Absicherung bereits gescheiterter Konzepte dienen würde. Es geht vielmehr um die Frage, wie über die Zusammenarbeit von SPD und Grünen zugleich die Freisetzung der heute in Minderheitspositionen gebundenen Kräfte radikaler Gesellschaftsveränderung erreicht werden kann. Die Anforderungen richten sich dabei an beide Lager. Für die linke Sozialdemokratie heißt dies in erster Linie, ihren Anspruch auf grundlegende Veränderungen der Gesellschaft auch in einer Konfrontation mit den Grünen als konkurrierender Partei nicht zu vergessen. Die Existenz der Grünen muß, ohne sehr wohl weiter bestehende inhaltliche Differenzen zu überdecken, als Chance begriffen werden, die SPD von bürgerlichen Bündnispartnern dauerhaft lösen und so die Grundlagen für eine neue Reformpolitik legen zu können. Die Parteilinke kann allerdings nicht zulassen, daß sich eine Art Arbeitsteilung zwischen den Parteien entwickelt, in der z.B. den Grünen die Vertretung linker

Positionen überlassen wird. Die Spaltung der Linken in zwei konkurrierende Lager und die Entstehung einer parlamentarisch fest etablierten Grünen Partei ist vor allem das Ergebnis einer sozialdemokratischen Politik der siebziger Jahre, die durch fehlende Antworten auf neue Herausforderungen und bedingungslose Anpassung an die kapitalistische Ökonomie erst den Grünen die Massenverankerung ermöglichte. Von daher eröffnet die grundlegende Veränderung sozialdemokratischer Politik auch die langfristige Möglichkeit einer erneuten Vereinheitlichung des linken Lagers.

Bei den Grünen werden die jetzt noch eine wichtige Rolle spielenden antikapitalistischen Kräfte diese Bedeutung verlieren, sollte es ihnen nicht gelingen, den gerade von ihnen hochgehaltenen Anspruch auf grundsätzliche Veränderungen mit einer Handlungsfähigkeit auf parlamentarischer Ebene zu verbinden. Eine solche flexiblere Haltung verlangt allerdings, die Sozialdemokratie nicht als einen monolithischen und unveränderbaren Block anzusehen. Eine gesellschaftsverändernde Strategie der Grünen hat daher die Linke in der SPD als einen Bündnispartner und nicht — wie so häufig — als ein lediglich abspaltbares Potential anzusehen.

Stärkung der außerparlamentarischen Bewegungen

Die gesellschaftsverändernden Kräfte in SPD und Grünen können nur dann vorankommen, wenn breite außerparlamentarische Bewegungen existieren, ohne die grundlegende Bewußtseinsveränderungen nicht durchsetzbar sind. Es sollte nicht vergessen werden, daß die veränderte Haltung der SPD zur Raketenstationierung vor allem dem Druck der Friedensbewegung zuzuschreiben war; die Grünen gar verdanken ihre Entstehung der Anti-Atomkraftbewegung und ihre Massenwirksamkeit der Friedensbewegung.

Will sich die SPD als organisierendes Zentrum einer mehrheitsfähigen Linken verstehen, so muß sie der Stärkung und Ermutigung der außerparlamentarischen Bewegungen sehr viel mehr Aufmerksamkeit widmen. Ihre einzelnen Gliederungen müssen z.B. überall feste Bestandteile der Friedensbewegung werden. Die anstehenden Auseinandersetzungen um die 35-Stundenwoche erfordern ihre Mobilisierungsfähigkeit und ihre Verbundenheit mit den Gewerkschaften.

Die Nürnberger Parteitage beschlüsse weiterentwickeln — zu den Aufgaben der Parteilinken

Mit ihrem Nürnberger Parteitag hat die SPD wichtige Umorientierungen in den Bereichen Ökologie, Frieden und Frauenunterdrückung vollzogen. Es kommt jetzt darauf an, die Ergebnisse des Nürnberger Parteitages zu bewahren und weiterzuentwickeln.

Erforderlich ist in erster Linie die Entwicklung einer wirtschaftspolitischen Konzeption mit folgenden Eckpunkten:

- einschneidende Verringerung der Arbeitslosigkeit durch Beschäftigungsprogramme und Verkürzung der Arbeitszeit;
- Sicherung der Montanmitbestimmung;

- Umbau und Stärkung des Sozialstaats;
- Sicherung der Normalarbeitszeitverhältnisse, was nicht ausschließt, daß unter Wahrung der kollektiven Sicherungssysteme auch veränderte Arbeitszeiten möglich werden;
- Rückgängigmachung der Privatisierungen;
- Erlaß von Auflagen zur Durchsetzung ökologisch sinnvoller Produkte und Produktionsverfahren;
- Umorientierung gesellschaftlicher Ressourcen in gesellschaftlich sinnvolle Bereiche, insbesondere in den Umweltschutz;
- besondere Förderungsmaßnahmen zur Unterstützung der Frauenerwerbstätigkeit;
- Diskriminierung des zinstragenden Kapitals;
- eine Mittelstandspolitik, die durch eine geeignete Steuerpolitik den Mittelstand begünstigt und seine Interessen gegen die Banken und gegen das Grundeigentum verteidigt. Eine solche Politik muß die in vielen Fragen mit den Lohnabhängigen identischen Interessen herausstellen.

Will die Linke eine führende Rolle einnehmen, so hat sie sich darüber hinaus auf folgende Fragen einzulassen:

1. Eine neue sozialdemokratische Wirtschaftspolitik muß Antwort darauf geben, wie die dominierende Weltmarktorientierung der bundesdeutschen Wirtschaft mit ihrem Beitrag zur Verelendung des Südens zugunsten einer beschäftigungsorientierten Binnenmarktförderung zurückgedrängt werden kann.
2. In allen Bereichen der Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik muß auf die zunehmende Feminisierung der Lohnarbeit eingegangen werden. Die oft noch auf typische männliche Erwartungen und Verhaltensweisen eingestellte sozialdemokratische Politik ist zu überwinden.
3. Die anzustrebende Erneuerung des Wohlfahrtsstaats muß den Zusammenhang zwischen den sich reichhaltiger entwickelnden Lebensperspektiven und der sozialstaatlichen Absicherung der lohnabhängigen Existenz betonen. Ein solches Modell des Wohlfahrtsstaats muß Richtschnur für eine erneuerte sozialdemokratische Kommunalpolitik in den Großstädten werden. Hierzu gehört die Reorganisation der öffentlichen Dienste.
4. Gegen die These einer sich angeblich herausbildenden Zwei-Drittel-Gesellschaft muß die Partei die Bedeutung der verbindenden Elemente der gemeinsamen Lohnabhängigkeit hervorheben. In der Mittelstandspolitik ist an die antimonopolistische Bündnisstrategie anzuknüpfen.
5. Im Bereich der Umweltschutzpolitik hat die Partei auf den engen Zusammenhang zwischen ungebremster kapitalistischer Produktivkraftentwicklung und zunehmender Umweltzerstörung einzugehen. Das Programm »Arbeit und Umwelt« ist in Richtung einer stärkeren Einflußnahme auf Investitions- und Produktionsentscheidungen weiterzuentwickeln. Auch die Grünen müssen sich fragen lassen, wie sie z.B. ihre Forderungen nach »sanfter Chemie« ohne sehr viel stärkere staatliche Einflußnahme durchsetzen wollen.

6. Die grundlegend veränderten Anforderungen an sozialdemokratische Politik verlangen auch eine Organisationsreform der SPD. Im Mittelpunkt muß dabei die erneute Verankerung in den gesellschaftlich entscheidenden Sektoren stehen. Die Stärkung des betrieblichen Bereichs wird nur durch seine volle Gleichstellung mit den Ortsgruppen zu erreichen sein. Die Arbeitsgemeinschaften der Frauen und der Jusos müssen in die Lage versetzt werden, als eigenständige sozialdemokratische Organisationen bei der Artikulierung der Forderungen einer demokratischen Frauen- und Jugendbewegung mitzuwirken.

Die Lösung der hier nur vorläufig und skizzenhaft dargestellten Aufgaben sind u.E. unabdingbar für den Wiederaufstieg der Sozialdemokratie. Da die Parteilinke in den nächsten Jahren mit Sicherheit eine führende Rolle spielen wird, wird es vor allem von ihr abhängen, ob ein solcher Wiederaufstieg gelingt.

Joachim Günther

Abschied von der Politik?

Die SPD im Bundestagswahlkampf

Das Wahlergebnis vom 25. Januar 1987 mag für die Unionsparteien ernüchternd sein, für die Sozialdemokraten bedeutet es eine Katastrophe: Schwere Einbrüche in den meisten Großstädten, selbst im sozialdemokratischen »Stammland« Nordrhein-Westfalen ein Rückgang der absoluten Stimmenzahl und eine weitere Stabilisierung eines gefestigten grünen Wählerpotentials quer durch die Republik signalisieren, daß es nicht mehr nur um die Mobilisierung der eigenen Wählerschaft geht. Im folgenden soll die Wahlkampfführung in den zurückliegenden Monaten untersucht werden. Dabei geht es um die Frage, inwieweit der Wahlkampf die derzeitige Politik der Partei in seine spezifischen Mittel (Veranstaltungen, Plakate, Broschüren, Spots) umgesetzt hat, oder ob die Wahlkampfführung sich davon gänzlich unabhängig gemacht hat.

Von Machern und Parteisoziologen

Die Wahlkämpfer der SPD werden inzwischen ausschließlich von zwei Personengruppen gemanagt: Den »Parteisoziologen« und den »Machern«. Der soziologische Ansatz beruft sich auf die durch Veröffentlichungen im »Spiegel« weithin bekannte »SINUS-Studie«, deren Aussage ist, daß

- für die politische Arbeit nicht so sehr die Einteilung der Gesellschaft in Klassen oder in ihr Verhältnis zur Produktion maßgebend sei, sondern das »Milieu«, d.h. die selbstdefinierte Zugehörigkeit zu einem bestimmten gesellschaftlichen Kreis;

- die Untersuchungen über die Milieu-Verteilung in der Bundesrepublik und die dementsprechenden Parteipräferenzen ergeben, daß die SPD über eine vergleichsweise heterogene Wählerschaft verfügt, Wahlen daher nur gewonnen werden können, wenn es gelingt, Wähler aus den sogenannten »Aufsteigergruppen« zu gewinnen. In der Bonner Baracke haben vornehmlich die »Parteisoziologen« das Sagen, in der Düsseldorfer Zentrale sitzen die »Macher«. Im Unterschied zur »milieugeschädigten« Baracke haben die »Macher« in Düsseldorf ein einfacheres Bild:
 - die Wählerschaft der SPD hat einen homogenen Kern (Industriearbeiterschaft), dessen Mobilisierung das eigentliche Ziel des Wahlkampfes ist;
 - Wahlkämpfe werden entschieden durch die Fähigkeit zur Manipulation des Wählers;
 - da die SPD beim Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen mit ihrer amerikanierten Werbekonzeption Erfolg hatte, spricht alles dafür, dieses Konzept auf die gesamte Bundesrepublik zu übertragen.

Oder auch nicht. Zweifel müssen Bodo Hombach und Co. selbst gekommen sein. Nur so ist zu erklären, warum ausgerechnet der Landesverband mit den höchsten Einnahmen sich zusätzliche Gelder aus dem Wahlkampffond der Partei abzweigen konnte, um einen sogenannten »Sonderwahlkampf« zu führen, der bei der Auszählung dann einen Stimmenvorsprung gegenüber dem übrigen Bundesgebiet erbringen sollte. Eine absurde Rechnung, wenn man bedenkt, unter welchen Bedingungen die Partei in manchen Gegenden der Republik Wahlkampf machen mußte.

In diesem Bundestagswahlkampf waren die Rollen klar verteilt: Es gab eine wirkliche Wahlkampfleitung, und die saß in Düsseldorf. Alle wesentlichen Elemente des Wahlkampfes kamen aus der Zentrale des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen. Daß Peter Glotz nach der verlorenen Hamburg-Wahl noch »Wahlkampfleiter« wurde, hatte mit der tatsächlichen Kompetenzverteilung nichts zu tun.

Rau for ever and ever

Johannes Rau und die Wahlkampfleitung waren mit dem Ziel einer »eigenen Mehrheit« angetreten, ein Ziel, daß zumindest verbal bis zum Wahltag nicht aufgegeben wurde. Ein solches Ergebnis ist in der Geschichte der Bundesrepublik nur ein einziges Mal von einer Partei — nämlich 1957 von der CDU/CSU — erreicht worden. Unmittelbar nach der Wahlniederlage in Bayern wurde den Wahlkämpfer/inne/n ein »Handbuch« zugestellt, indem bezugnehmend auf die Bundestagswahl 1972 — die SPD erreichte damals mit 45 % ihr bestes Stimmenergebnis — die Möglichkeit dargestellt wurde, wie die Partei die absolute Mehrheit erreichen könnte. Dabei lagen zwei Strategien im Zentrum der Überlegungen:

1. Durch den »Mundfunk« — wie Johannes Rau das in seinen Wahlreden immer wieder genannt hat — sollte eine optimale Mobilisierung der Wähler erreicht werden.
2. Die Person Johannes Rau sollte Mittelpunkt des Wahlkampfes sein.

Tatsächlich war es die Meinung der Wahlkampfleitung, allein durch die Person des Spitzenkandidaten sowohl in der Partei für die nötige Mobilisierung zu sorgen, als auch eine Mehrheit der Wahlberechtigten für die SPD an die Wahlurnen zu bringen. Was im eigenen Land gelungen war, sollte nun bundesweit zum Tragen kommen. Mit dem Motto »Versöhnen statt spalten« meinte man, eine über die politischen Grenzen hinaus motivierende Parole gefunden zu haben. Diese Festlegung beinhaltete aber darüber hinaus eine Reihe von Überlegungen, die den Wahlkampf prägen sollten:

- Die alleinige Herausstellung des Spitzenkandidaten verleitete die Wahlkampfleitung, auf ein (Schatten-)Regierungs-Team zu verzichten;
- mit dem Motto »Versöhnen statt spalten« mußte die Propagierung gerade jener Parteibeschlüsse von Nürnberg (und von früheren Parteitag) in den Hintergrund treten, die — seinerzeit für »Wirbel« gesorgt hatten: Die klare Aussage zum Ausstieg aus der Atomkraft und die Forderung nach Abzug von Pershing II und Cruise missiles;
- die für eine Oppositionspartei natürliche Rolle einer Aufklärerin über die gesellschaftspolitische Situation sollte ersetzt werden durch eine positive »Gefühlslage« für Johannes Rau.

Der Wahlkampf war denn auch geprägt durch eine Zurücknahme offensiver Elemente sozialdemokratischer Politik. Dies mochte im Kalkül der Wahlkampfmanager zwar Ängste bei sozialdemokratischen Stammwählern zurückdrängen, war aber kaum geeignet »kritische Wechselwähler« zur Wahl der SPD zu bringen.

Schwarz-rot-goldener Wahlkampf

Die Kritik an Wahlkämpfen der SPD wird — besonders aus den eigenen Reihen heraus — oft mit technischen Mängeln begründet. Die Zeitung am Sonntag ist regelmäßig Gegenstand innerparteilicher Kritik gewesen. Läßt man sich auf die innere Logik der Wahlkampfleitung ein, so ist an der *Technik* dieses Wahlkampfes wenig auszusetzen. Das Erscheinungsbild war attraktiver als in früheren Wahlkämpfen. Besonders die »Zeitung am Sonntag« ist erheblich besser geworden, zum einen durch die erstmals in einem Bundestagswahlkampf realisierte Möglichkeit von Regionalseiten und Artikeln, zum anderen durch ein erheblich ansprechenderes Layout.

Dennoch hat dieser SPD-Wahlkampf die Ansicht verstärkt, daß Wahlkämpfe allgemein immer mehr zu schweren Anschlägen auf den menschlichen Verstand herunterkommen. Auch der SPD-Wahlkampf hatte zum Ausgangspunkt die mögliche Manipulation von Wählergruppen und nicht die Absicht, Aufklärung zu betreiben. Dieses drückte sich in banalen Sprüchen, schwarz-rot-goldenen Plakatwänden und dem Deutschland-Lied-Gedudel im Hintergrund der Wahl-Spots aus (daß die »Patrioten« dieses Mittel auch benutzen, muß dabei als kleine Peinlichkeit am Rande erwähnt werden). »Gut gemacht« mag für die einen ein Lob für eine technisch weitgehend gelungene Wahlkampfarbeit sein, angesichts der vertanen Möglichkeiten, politische Inhalte zu befördern, ist es eher eine zynische Abqualifizierung.

Zum Beispiel: München

Am deutlichsten wurde die »amerikanisierte« Wahlkampf­führung in der Veranstaltungskonzeption. »Sonderveranstaltungen« war der Arbeitstitel für die Auftritte von Johannes Rau während seiner Januar-Tournee quer durch die Bundesrepublik. Die Vorstellung war, eine politisch aufgemotzte Show auf die Beine zu stellen, wo eingepackt in Kultur und Talk-Show, Licht-Effekte, Video und Sound Politik — oder besser der »Kandidat« — präsentiert werden sollte. Die politische Rede, bisher immer *das* Kernstück aller Wahlkampfveranstaltungen, sollte nur noch eine Nebenrolle spielen. Die Organisatoren meinten, damit veränderten Bedürfnissen bei dem erwarteten Publikum zu entsprechen. So wie sich der Informationsgehalt von Radio-Sendungen immer mehr auf 40-Sekunden-Wortbeiträge reduziert, kommt nun auch eine Wahlkampfveranstaltung nur »rüber«, wenn der Zuschauer eigentlich gar nicht merkt, daß er sich in einer solchen befindet.

Mit dieser Konzeption hatte die SPD die bürgerlichen Parteien konzeptionell rechts überholt. Denn selbst die noch aufwendiger gestalteten Veranstaltungen der CDU waren doch im Kern politische Kundgebungen, während seitens der Wahlkampf­macher der SPD gerade diese Bezeichnung für die »Sonderveranstaltungen« in Abrede gestellt wurde.

Beispiel München. Hier, wo die Partei am 25. Januar ihr größtes Debakel erlebte, trat Johannes Rau am 13. Januar auf. Nachdem eine Großveranstaltung in der Olympiahalle (11.000 Plätze) abgesagt worden war, weil sich die angekündigten »Weltstars« auf Catharina Valente und Harald Juhnke¹ reduziert hatten, stand als geeigneter Saal nur noch der traditionsreiche »Salvator-Keller« am Nockherberg zur Verfügung, ein Saal, der den Vorteil hat, daß dort »Stimmung« in aller Regel mitgeliefert wird.

Für die Düsseldorfer Organisatoren der »Sonderveranstaltungen« war dies allerdings kein Grund, auf die vorgegebene Veranstaltungskonzeption völlig zu verzichten. Nach ersten Erregungen (»In dieser Faschingsdekoration kann Johannes nicht auftreten«), begab man sich des Schicksals und begann, den Saal umzubauen. Der eigentliche Veranstalter, der SPD-Bezirk Südbayern, hatte dann auch nur eine Statisten-Rolle: Die »Profis« exerzierten mit einer 35-Mann-und-Frau-Truppe (was nicht einmal den gesamten Wanderzirkus umfaßte) den »Provinsschranzen« vor, wie so eine Veranstaltung »abgezogen« wird.

Keine Frage, das Ergebnis war von der Regie her überzeugend, Erinnerungswert wird es allerdings vor allen Dingen für den Bundesschatzmeister haben. Als eine Woche später Franz-Josef Strauß den rechten Bodensatz des bayrischen Gemüts im Salvator-Keller um sich sammelte, warteten die Leute allerdings nicht auf das Kulturprogramm, sondern auf die zweistündige Rede des CSU-Spitzenkandidaten.

Inhalte spielten keine Rolle

Die Düsseldorfer Sicht des eindimensionalen Durchschnittswählers hat die Wahlkampfmanager auch dazu verführt, das breite Angebot an qualifizierten Beschlüssen

des Nürnberger Parteitages zu ignorieren. Legt man die Meßlatte an die Aussagen des Spitzenkandidaten zu konkreten Forderungen, hätte die SPD allenfalls Chancen gehabt, wenn das Kindergeld die gegenwärtige Hauptfrage der Klassenauseinandersetzungen bildete. Denn nur zu diesem Thema ließ sich J.R. zu einem konkreten Alternativvorschlag herab. Ansonsten gab es in seinen Reden (die meist kaum eine halbe Stunde dauerten) nur Allgemeinplätze zur Sozialpolitik, zum Frieden und zur Umwelt. Zu diesem Thema fiel dem Spitzenkandidaten nur der Ruf nach dem Staatsanwalt ein — etwas dünn für einen sozialdemokratischen Spitzenpolitiker, selbst wenn man die Beschlußlage der Partei nicht für ausreichend hält. Damit war die Chance verspielt, durch konkrete Kampagnen im Wahlkampf an Profil zu gewinnen.

Es war auch hier nicht konzeptionelle Unfähigkeit, es war das falsche Konzept. Als wäre die gesamte Bundesrepublik ein einziges Ruhrgebiet, ließen die Hombachs² den abgeschmeckten amerikanisierten Wahlkampfketchup auf »ihr« deutsches Proletariat tröpfeln. Doch selbst in der Eigenlogik einer solchen Strategie hätte es erheblich mehr *Mut* gebraucht, um mit wegweisenden Forderungen eine weitergehende Mobilisierung zu erreichen.

So schloß sich die Partei denn auch der »Zukunftsmusik« der bürgerlichen Parteien an. Es erschien ein Plakat mit dem schwierigen Spruch: »Erneuern, um Zukunft zu bewahren«. Es war wohl als ein Zugeständnis an außerhalb des Düsseldorfer Einzugsbereichs liegende abweichende Parteimeinungen gedacht. Da es aber sicherlich nicht möglich ist (auch der SPD nicht), etwas zu bewahren, was nie eintreten wird, kann dieses Motto höchstens als Anschauungsmaterial für Semantiker weiterverwendet werden.

Diesmal haben die »Macher« einen Wahlkampf bestimmt, indem sie die Politik auf ein Medien- und Öffentlichkeitskonzept hingestützt haben. Andere meinen, die Partei müsse sich dem gesellschaftlichen Trend anschließen und ihre Kampagnen dem Ergebnis soziologischer Untersuchungen anpassen. Aber dann gibt es noch die Parteitagsdelegierten, die Beschlüsse fassen und die politische Richtung bestimmen. Eigentlich sollten Wahlkämpfer diese Politik umsetzen. Nicht nur, weil das demokratisch wäre, es wäre auch für viele potentielle Wähler überzeugend.

Anmerkungen

- 1 Harald Juhnke war im Wahlkampf zum Berliner Abgeordnetenhaus »Stargast« einer großen Wahlkampfveranstaltung der rechtslastigen »Demokratischen Alternative«.
- 2 Bodo Hombach ist Landesgeschäftsführer der SPD in Nordrhein-Westfalen.

Eckhard Stratmann

Was heißt denn hier »links«?

Eine organisierte Auseinandersetzung tut not

Der Ausgang der Bundestagswahl brachte binnen kurzem Bewegung in die politische Landschaft der Bundesrepublik, obwohl — oberflächlich betrachtet — mit der Regierung alles beim Alten blieb:

- das völlige und absehbare Scheitern von Raus Strategie der »eigenen Mehrheit« bewirkte in der SPD eine Mehrheit für eine grundsätzliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den *Grünen*;
- dieser strategische »Links«-Ruck der SPD findet seinen Ausdruck in der breiten Zustimmung für den Führungsanspruch der »linken« Symbolfigur Lafontaine;
- derselbige überschlägt sich im Gegenzug geradezu bei dem Versuch, die Vorbehalte der Parteimitte und -rechten abzubauen, um wählbar zu werden: flugs revidiert er z.B. seine NATO-Position und hinterläßt dadurch auf der Parteilinken ein inhaltliches und personelles Vakuum;
- der überdurchschnittliche Wähler/innen-Zuwachs der hessischen *Grünen* (um 3,4 %) nimmt ihnen die Angst vor Neuwahlen in Hessen und gibt ihnen dadurch etwas Rückhalt, der Atom- und Plutoniumpolitik der Börner/Krollmann/Steger-SPD Widerstand entgegenzusetzen;
- Börner setzt einen Kontrapunkt zum bundesweiten SPD-Trend, bricht die rot-grüne Koalition und interpretiert damit die konfliktreiche Spagatlage der SPD auf eine charakteristische Weise: das Standbein sind die Arbeitsplatzinteressen der Hanauer Nuklear-Belegschaften und die Interessen der Plutoniumwirtschaft, das Spielbein und daher Manövriermasse sind die symbolischen Beschlüsse der SPD zur Plutoniumwirtschaft;
- trotz deutsch-nationaler Töne im Wahlkampf, auch auf den Wahlplakaten der SPD, hat das Wahlergebnis nicht den vielbeschworenen Rechtsruck in der BRD gebracht: CDU und CSU sind gleichermaßen geschwächt aus den Wahlen hervorgegangen. Dennoch kann nicht ausgeschlossen werden, daß sich mit den Republikanern eine 5 %-fähige deutsch-nationale Partei herausbildet;
- in der CDU scheinen im Kreis um Biedenkopf strategische Überlegungen zu entstehen, die die Zwei-Lager-These (hier SPD — *Grüne*, dort CDU/CSU/FDP) nicht festschreiben und langfristig neben dem unsicheren Kantonisten FDP eine schwarz-grüne Option eröffnen wollen. Beleg dafür sind jüngste und in der CDU heftig umstrittene Interviews von Biedenkopf (in: D. Cornelsen, *Ankläger im Hohen Haus*, Essen 1986) und von Christa Thoben, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU-Landtagsfraktion in NRW (in: *Die Welt*, 13.2.87). Die schwarz-grüne Spekulation von Biedenkopf/Thoben setzt ausdrücklich auf den grün-internen Sieg der

realpolitischen Strömung über die ÖKO-Sozialisten und findet grüne Ansprechpartner bei den Wortführern der Ökolibertären Winfried Kretschmann (Grundsatzabteilung im hessischen Umweltministerium) und Thomas Schmid (Wagenbach-Verlag).

Wer angesichts dieser vielschichtigen und z.T. gegenläufigen Bewegungen nach den Konsequenzen für die bundesdeutsche Linke aus den Bundestagswahlen fragt, muß zunächst Klarheit darüber schaffen, was denn nun sinnvollerweise als »links« gelten kann und soll. Eine »linke« Strategie als reine Bündnisstrategie gegen »rechts« (=Bundesregierung) muß schon daran scheitern, daß sie zusammenbinden will, was inhaltlich nicht zusammengehört: ist Rau nicht treffend als Rot-Kohl charakterisiert? Was hat Peter Glotz, der Posaunist für eine »Neue Europäische Linke«, mit sozialistischer Politik zu tun, wenn sein oberstes politisches Ziel optimale technologische und politische Rahmenbedingungen für die Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Kapitals sind und er lange Arbeitskämpfe, wie um die 35-Stunden-Woche oder den Bergarbeiterstreik in Großbritannien, als kontraproduktive »Grabenkämpfe« ablehnt? Glotz und viele andere in der SPD stehen Lothar Späth näher als den Jusos.

Als Bezugspunkt für eine linke Politik und Strategie nehme ich eine ökologisch-sozialistische Perspektive. Angesichts der theoretischen und perspektivischen Unterschiede und Unklarheiten unter den Linken handelt es sich dabei mehr um einen Anspruch als um ein beackertes Feld. Wir kommen einen Schritt weiter, wenn wir die öko-sozialistische Position aus der Negation sowohl des Privatkapitalismus als auch des sogenannten real existierenden Sozialismus zu entwickeln versuchen. Weder die sozialpartnerschaftliche Versöhnung von Arbeit und Kapital noch die ökopartnerschaftliche Versöhnung von Kapital/Arbeit mit der Natur werden die Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse der kapitalistischen Industriegesellschaft und ihre zerstörerische Dynamik grundlegend antasten. Von diesem Vorverständnis aus möchte ich das linke Veränderungspotential eines denkbaren Bündnisses von SPD und Grünen und Friedensliste untersuchen und mich dabei auf die Hauptfelder der Bundespolitik beschränken, auf denen heute — und da hat Rau vollkommen Recht — eine kontinuierliche Zusammenarbeit dieser Parteien ausgeschlossen ist: es sind die Wirtschafts- und Industriepolitik sowie die Sicherheitspolitik.

I.

Die SPD betreibt eine Politik der Reformen im Kapitalismus und hat dies programmatisch mit dem Godesberger Programm besiegelt. Auch der Irseer Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der SPD schreibt diese Linie fort, wengleich auch das Etikett »Demokratischer Sozialismus« diese Funktion der SPD übertünchen und sie mit ihrer ursprünglichen Tradition versöhnen soll. Abstrakt werden im Irseer Programmentwurf radikale Ziele vorgegeben: da soll »die Herrschaft des Kapitals über die arbeitenden Menschen« gebrochen und »die Existenz bevorzogter herrschender Klassen« aufgehoben werden (10/11). Da soll — in Anlehnung an grüne Programm-Diktion — Fremdbestimmung in der Arbeit abgebaut und die »Selbstbestimmung der Arbeitnehmer zum Maßstab« werden (54). Sobald er aber konkreter wird, werden die Ziele zurückge-

steckt: Jetzt soll die Herrschaft des Kapitals nur noch »begrenzt« (57) und der Vorrang des Kapitals vor der Arbeit »aufgehoben« werden (58). Damit wird die angestrebte »demokratische Wirtschaftsordnung« reduziert auf erweiterte Mitbestimmung im Betrieb, volle paritätische Mitbestimmung im Unternehmen und breitere Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen (59). Die Sozialpartnerschaft von Kapital und Arbeit hat wieder den »demokratischen Sozialismus« in die Knie gezwungen. Darüber hinaus soll die Macht des Kapitals noch begrenzt werden durch ein wenig Entflechtung im Bereich der Großunternehmen und Banken und in besonderen Fällen, wo es gar nicht mehr anders geht, durch verschiedene Formen der Vergesellschaftung (57). Da, wo die Vergesellschaftung der Stahlindustrie auf der Tagesordnung steht und auch von der IG-Metall gefordert wird, ist die SPD dagegen.

Weiter fordert der Irseer Programmentwurf, die Stellung der EG in der Welt und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken: durch die Harmonisierung der Wirtschaftspolitik, den Ausbau des europäischen Binnenmarktes, eine gemeinsame europäische Währung und die Durchsetzung europäischer Technologie, das ganze abgesichert durch eine gemeinsame Sicherheitspolitik (20/40). Nicht die Begrenzung von Kapitalmacht, sondern der europäische Griff nach der Welt-Markt-Macht, das ist die Devise. Eine derart »verirrseete« SPD ist eher ein Bündnispartner für das expansionsstarke bundesdeutsche und europäische Kapital als für eine linke Strategie.

Ich verzichte an dieser Stelle darauf, die grüne Position zu den angeschnittenen Fragen einer demokratischen Wirtschaftsordnung mit Zitaten aus unserem Programm zum »Umbau der Industriegesellschaft« zu belegen. Mit der grundsätzlichen Absage an die privatkapitalistische Ideologie und der exemplarischen Forderung nach Vergesellschaftung der Stahlkonzerne, nach Entflechtung der Energiemonopole und ihrer Re-Kommunalisierung sind wichtige Wegmarken für eine öko-sozialistische Perspektive gesetzt. Es ist aber nicht zu übersehen, daß Wortführer der real-politischen Strömung wie Joschka Fischer und Hubert Kleinert in Interviews und Programmentwürfen (zum Umbauprogramm) die grundsätzliche Kapitalismuskritik aufgeben und in die ideologischen Fahrwasser der Sozialdemokratie geraten.

II.

Ein herausragendes Bewährungsfeld für eine ökologische Industriepolitik ist der sofortige Ausstieg aus der Atomenergie. Auch hier bietet die SPD wieder das gleiche Bild. Zwar werden die unverantwortlichen Risiken der Atom- und Plutoniumwirtschaft eingeräumt, aber der Ausstiegswille der SPD versandet dann in den Nürnberger Formelkompromissen zwischen den widerstreitenden Flügeln: da sind die atomaren Risiken nur »auf Dauer nicht ... verantwortbar« und, um den Ausstieg innerhalb von zehn Jahren durchzusetzen, sucht die SPD den »breiten gesellschaftlichen Konsens« u.a. mit der Energiewirtschaft, also der KWU, RWE und wie sie alle heißen. Man/frau darf gespannt sein. Wo es auf kommunaler oder Landesebene absolute Mehrheiten der SPD oder rot-grüne Mehrheiten gibt, entzieht sich die SPD ihrer jeweiligen politischen Handlungsmöglichkeiten, indem sie die atomrechtliche Weisungsbefugnis des Bundes herbeizitiert, ohne den politischen Konflikt mit der Bundesregierung auszureizen bis

zur Einsetzung eines Staatskommissars. In Hessen ist die Landesregierung zur nachträglichen Genehmigung der Plutoniumfabrik Alkem bereit — in krassem Gegensatz zur Beschlußlage der SPD. Nach dem Bruch der Hessen-Koalition sichert der »linke« SPD-Bezirk Hessen-Süd Krollmann fast einstimmig die »aktive und geschlossene« Unterstützung zu, nachdem Krollmann die geplante Steger-Genehmigung für Alkem verteidigt hat. In NRW erklärt Wirtschaftsminister Jochimsen wenige Wochen vor der Wahl öffentlich (*WAZ*, Dez. 1986), daß es bei der Hochtemperaturreakorttechnologie keinen Fadenriß geben dürfe. Gleichzeitig laufen Verhandlungen der Erbauerfirmen des THTR mit der Sowjetunion zum Export kleiner Hochtemperaturreaktoren. Und die Sicherheitsüberprüfung der Atomanlagen in NRW im Auftrag von Jochimsen wird ausschließlich von atomenergiefreundlichen Gutachtern vorgenommen, obwohl im SPD-Novellierungsentwurf zum Atomgesetz ausdrücklich gefordert wird, bei derartigen Überprüfungen auch atomkritische Wissenschaftler zu beteiligen.

Fragt man sich nach dem Hintersinn derartiger Widersprüche, so gibt Volker Hauff, der Oberassteiger der SPD, Auskunft: Vor Betriebsräten der AKWs Biblis erläuterte er die unterschiedlichen Erwartungen im Hinblick auf den Zeitpunkt, in dem ein Ausstieg aus der Atomenergie in die Tat umgesetzt werden soll: die SPD habe »keinen Fahrplan« beschlossen. In der Partei gebe es eine vernünftige Arbeitsteilung zwischen »symbolischen Entscheidungen« und »praktischer Reformpolitik«, erläuterte der Spitzenkandidat (*FR*, 17.10.86). Wo der Verweis auf breiten Konsens und Bundeskompetenz die eigene Konfliktbereitschaft ersetzt, ist ein ernsthafter Ausstiegswille nicht erkennbar.

III.

Das gleiche Dilemma kennzeichnet die SPD von Rau bis Lafontaine auch in der Sicherheitspolitik entlang der NATO-Frage. Eine Politik der einseitigen kalkulierten Abrüstung, z.B. einseitiger Abbau der Mittelstreckenraketen und Kündigung des WHNS-Abkommens mit den USA, kann nur in entschiedener Konfliktbereitschaft gegenüber der NATO-Vormacht USA durchgesetzt werden. Dies muß die Bereitschaft, aus der NATO auszutreten, einschließen, um so mehr, als der schrittweise Ausstieg aus der NATO einen Beitrag zur Überwindung der Blöcke darstellt. Natürlich macht der NATO-Austritt nur schrittweise und in mittelfristiger Perspektive einen Sinn. Aber er kann sofort eingeleitet werden, z.B. durch reale Senkung statt Erhöhung des Rüstungs-etats entgegen der NATO-Vereinbarung, durch Nicht-Genehmigungen von Air-land-battle-Manövern auf dem Gebiet der BRD und Nichtteilnahme der Bundeswehr an derartigen Manövern.

Auch in der Frage des Abzugs der Mittelstreckenraketen setzt die SPD wieder auf das Konsensprinzip statt auf Konfliktbereitschaft: Nach der Nürnberger Beschlußlage sollen die Pershing II und Cruise Missiles auf dem Verhandlungswege zwischen den Weltmächten abgebaut werden, bei der derzeitigen US-Administration ein hoffnungsloses Unterfangen. Auch Lafontaines neue Position, die NATO-Mitgliedschaft der BRD beizubehalten und mehr nationale Souveränitätsrechte im Rahmen einer reformierten NATO-Struktur zu sichern, bedeutet eine Aufgabe der ursprünglichen Kon-

fliktbereitschaft gegenüber der NATO und ein Einschwenken auf Verhandlungslösungen statt einseitiger Abrüstung.

IV.

Es ist bemerkenswert, daß trotz der skizzierten grundlegenden Differenzen in Fragen der Wirtschaftsordnung, Wirtschafts-, Industrie- und Sicherheitspolitik sowohl in der SPD als auch bei den *Grünen*, ebenfalls bei den Kräften der Friedensliste, der Ruf nach einer rot-grünen Zusammenarbeit an Boden gewinnt. Offensichtlich ist der Widerwille gegen die Wende-Regierung so groß, daß die Differenzen zwischen SPD und *Grünen* in den Hintergrund treten und die grundlegenden Gemeinsamkeiten zwischen SPD und der Bundesregierung an Bedeutung verlieren. Hier ist es Aufgabe der Linken in der SPD und bei den *Grünen*, inhaltlich gegenzusteuern: zwar für eine rot-grüne Mehrheit — schon 1990 — und Zusammenarbeit einzutreten, aber auf der Priorität von politischen Inhalten vor dem Gerede von rot-grüner Zusammenarbeit zu insistieren. Für Linke heißt das, ökologisch-sozialistische Inhalte mit Nachdruck in die Debatte einzubringen.

Derzeit sieht es aus öko-sozialistischer Perspektive bei rot-grüner Zusammenarbeit auf Länderebene oder Bundesebene (1990?) düster aus. Die SPD wird auch mit neuem Grundsatzprogramm und einem möglichen Vorsitzenden Lafontaine eine reform-kapitalistische Partei bleiben. Sie wird einen grünen »Juniorpartner« nutzen, um an der Macht zu bleiben und ein Maximum ihres Politikmodells durchzusetzen. Die *Grünen* sind — insbesondere in einer Koalition — zu schwach, um ein nennenswerter Gestaltungsfaktor zu sein; sie können bestenfalls ein guter Verhinderungsfaktor gegen alle großen Schäden sein. Dies zeigt das Beispiel Hessen. Gegen sie steht nicht nur der Block der SPD, sondern der gesamte herrschende Block aus Kapital, korporatistischen Gewerkschaften und CDU/CSU/FDP. Bei den *Grünen* selbst wächst die Neigung, von grundsätzlichen Positionen (Anti-Kapitalismus, Sofort-Ausstieg aus der Atomenergie, NATO-Austritt) Abstand zu nehmen, nur um rot-grün zu ermöglichen.

Es müßte selbst im Interesse der öko-sozialistischen Linken in der SPD und Friedensliste liegen, daß die *Grünen* nicht via rot-grüner Zusammenarbeit in das herrschende System integriert werden, sozusagen als öko-partnerschaftliche Variante der SPD. Dies gilt auch für die Koalitionsfrage aus einer denkbaren Form der Zusammenarbeit mit der SPD. Es darf aus öko-sozialistischer Sicht nicht darum gehen, prinzipiell gegen eine Koalition zu sein. Aber es müssen vor einem denkbaren Koalitionseintritt bestimmte politisch-gesellschaftliche Bedingungen gegeben sein, damit die *Grünen* in einer Koalition nicht nur als ein Mehrheitsbeschaffer, sondern ein grundlegend verändernder Gestaltungsfaktor sein können:

1. Sie müssen parlamentarisch stark genug sein, um mit der Androhung von Neuwahlen nicht erpreßbar zu sein. Dies könnte 1990 bei ca. 10 % für die *Grünen* der Fall sein.
2. Die *Grünen* müssen so stark in den Gewerkschaften und den neuen sozialen Bewegungen (besonders Friedens- und Anti-AKW-Bewegung) verankert sein, daß sie sich bei Koalitionskonflikten auf ein starkes außerparlamentarisches Druckpotential verlassen können. Dies ist heute nicht annähernd der Fall.

3. Schließlich muß die SPD derart erneuert sein, daß mit ihr auf den zentralen Politikfeldern (z.B. Wirtschafts- und Industriepolitik, Sicherheitspolitik) ein Kurs strukturverändernder Reformen vereinbar und durchhaltbar ist. Davon ist die SPD heute weit entfernt.

V.

Um dem Ziel, die Bundesregierung 1990 durch eine rot-grüne Mehrheit abzulösen, näherzukommen und dabei die Inhalte der Politik in den Vordergrund zu stellen, halte ich es für erforderlich, daß ein kontinuierlicher Diskussionsprozeß unter den Linken aus der SPD, Grünen und Friedensliste (auch VSP u.a.) in Gang gesetzt wird. Mir kommt es dabei nicht darauf an, einen »Sockel an Gemeinsamkeiten« mit der SPD aufzubauen (Otto Schily), sondern eine inhaltliche Auseinandersetzung zu organisieren. In deren Verlauf wird sich das Maß an Gemeinsamkeiten und Trennendem erweisen, dem kann nicht vorgegriffen werden. Themen dieser Auseinandersetzung sollten u.a. die in diesem Beitrag angeschnittenen Politikfelder sein. Es wäre sicherlich nützlich, wenn dazu regelmäßige öffentliche Treffen (Seminare) und ein kontinuierlicher aufeinander bezogener Diskussionsprozeß über Zeitschriftenbeiträge u.ä. vereinbart würde. Parallel zu diesem parteipolitischen Prozeß der organisierten Auseinandersetzung wäre es sinnvoll, entsprechend in gemeinsamen Kreisen aus Gewerkschaften, Friedens-, Anti-AKW- und Frauenbewegung zu diskutieren. Wir sollten von vornherein die Auseinandersetzung um eine grundlegend neue Politik, um eine andere Republik auf den Ebenen der Parteien und der alten und neuen sozialen Bewegungen miteinander kombinieren.

Jürgen Reusch

Die Linke nach den Wahlen

Die Rechtsparteien bleiben Regierungskoalition und SPD und Grüne bleiben parlamentarische Opposition. Die beiden großen politischen Blöcke dieses Landes sind trotz gewisser Verschiebungen, die nicht zu unterschätzen sind, in ihrem Wählereinfluß ungefähr gleich stark geblieben. Der rechte Block ist geringfügig geschrumpft. Der Block der Kräfte links von der CDU ist gewachsen, hat aber sein entscheidendes Ziel verfehlt. Für die Linke eine schwierige Situation; neue Probleme, aber auch neue Möglichkeiten und Herausforderungen tun sich auf.

Immerhin bemerkenswert: Für die CDU/CSU war es trotz relativ günstiger konjunktureller Bedingungen das schlechteste Wahlergebnis seit 1949. Die Gewichte in der Koalition haben sich verschoben, die Konflikte und Widersprüche — auch vor dem

25. Januar nicht gering — spitzen sich zu. In den CDU-Verlusten und den FDP-Gewinnen zeigt sich vor allem: Es gibt keine Mehrheit für eine von einer nationalistisch-konservativen Welle getragene großdeutsche Massenidentität. Wertorientierungen vor allem für Entspannung und internationalen Ausgleich waren nicht wegzudrücken — sicher auch Ergebnis jahrzehntelanger Kämpfe der außerparlamentarischen Bewegungen. Ein Zurück in die Dumpfheit der 50er Jahre steht nicht zur Diskussion.

Aber die Sache hat ihre fatale Dialektik: Die Linke konnte eines ihrer ureigenen Themen — Frieden und Entspannung —, mit dem sie das politische Klima bereits nachhaltig veränderte, in diesem Wahlkampf nicht erfolgreich besetzen. Sie konnte es nicht nutzen, um die Rechten zu schlagen. Die FDP zog es an sich. Das zeigt zwar den Anpassungsdruck, unter dem die Rechten steht, markiert auch engere Spielräume für die Regierungskoalition, vor allem für deren Stahlhelmfraktion, aber: Innerhalb dieser engeren Grenzen wurde das Thema umgedreht und zur Stabilisierung des konservativen Regierungslagers benutzt.

Eine realistische Außen- und »Sicherheitspolitik« ist damit aber noch längst nicht angesagt. Eher werden die Versuche der Ultrarechten intensiviert werden, das politische Klima umzukehren, die Wende zu radikalisieren, auf allen Gebieten. Die Grundlagen für die reaktionäre Wende sind eher schmaler, der Problemdruck, unter dem die Koalition steht, ist stärker geworden. Aber die relative Schwäche der Rechten ist nicht automatisch die Stärke der Linken. Umgekehrt: Je schlechter es um die parlamentarische und außerparlamentarische Zusammenarbeit und Aktionsfähigkeit der Linken bestellt ist, desto ernster ist die Gefahr, daß die Rechten kühn werden und vortreten, um schwer reversible Fakten zu schaffen, bevor ihre Basis noch weiter bröckelt. Schon jetzt versuchen sie massiv, zur »Tagesordnung« überzugehen und die Initiative zurückzugewinnen.

Es spricht zwar einiges dafür, daß in der BRD in vielen Fragen, ganz sicher in der Friedensfrage, aber auch auf anderen Gebieten — Wachstum, Arbeit, Technik, Umwelt, Natur — der althergebrachte Grundkonsens erodiert. Die hohen Stimmenzuwächse für die Grünen sind ein Indiz dafür. Es gibt offenbar eine demokratische Meinungsmehrheit. Aber die Aufgabe, sie auch zu einer aktiven, politischen Mehrheit zu machen, ist nach wie vor ungelöst. Hegemonieverluste der Rechten konnten von der Linken nicht genutzt werden. Ihr mangelte es im vergangenen Wahlkampf an klaren inhaltlichen, massenwirksamen Alternativen und entsprechenden Durchsetzungsstrategien. Im Gegenteil konnte der Rechtsblock trotz aller Einflußeinbußen, Imageverluste, Mißerfolge, Krisen und Affären spätestens seit der Niedersachsen-Wahl im Juni '86 das Steuer herumreißen, eine erfolgreiche Optimismus-Kampagne verbreiten, Stimmungen mobilisieren (Ausländer, Asylanten, Terroristen) und die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung mit der »Neue-Heimat«-Kampagne in die Defensive drängen. Letzteres ist besonders problematisch. Die Gewerkschaftsbewegung, Hauptkraft der außerparlamentarischen Bewegungen, mußte erleben, wie ihre »Grundwerte« (Solidarität, Integrität usw.) gegen sie selbst gekehrt wurden und sie daraufhin weitgehend unfähig war, zum Kristallisationskern der Stimmungen und Proteste gegen »die da oben« zu werden.

Sicherlich, die SPD hat nach dem Übergang in die Opposition 1982 mit einer längst überfälligen programmatischen Neuorientierung begonnen, hat ein potentiell mehrheitsfähiges Reformkonzept erarbeitet, das den Übergang zu einer reformorientierten, von den Konservativen deutlich abgehobenen kapitalistischen Politikvariante eröffnen könnte, die für demokratische Erweiterungen offen ist. Diese Fakten bleiben. Sie gewinnen an Bedeutung.

Aber man muß aus den Fehlern des Wahlkampfes lernen: Die SPD verzichtete auf eine Polarisierung entlang der Linie der Klassegegensätze. Sie benannte unter ihrem Kanzlerkandidaten nicht klar, was gegen wen und mit wem durchgesetzt werden mußte. Statt dessen überwog das Setzen auf Stimmungen, auf Personalisierung, auf »Versöhnen statt spalten«. Ergebnis war das Zurückweichen vor dem politisch-ideologischen Druck der Konservativen und der Unternehmervverbände.

Die demokratischen Bewegungen wurden — bei scharfer Ausgrenzung eines konsequent antikapitalistischen, kommunistischen Teils — als unterstützendes Element von der SPD zwar akzeptiert, ihre zielgerichtete Mobilisierung gegen rechts aber wurde ängstlich vermieden. Dem korrespondierte auf der parlamentarischen Ebene die unglaubwürdige Losung von der »Mehrheit allein« und die Ausgrenzung der Grünen, mit denen die gesteckten Ziele parlamentarisch doch nur erreichbar gewesen wären. Das Ergebnis war eher Demobilisierung. Neue, zusätzliche Wähler wurden so nicht gewonnen: Es kam zum schlechtesten SPD-Wahlergebnis seit 1961.

Das Glotz-Konzept vom übergreifenden Konsens der traditionellen Linken, der technischen Eliten und der nachdenklichen Minderheiten der Wachstumskapitale und vom Einsammeln aller »irgendwie« Linken und oppositionellen Kräfte und Strömungen zugunsten einer für alle vorteilhaften staatsmonopolistischen Modernisierung kann getrost als gescheitert betrachtet werden. Der durchaus hoffnungsvoll begonnene Neuorientierungsprozeß der Sozialdemokratie wurde viel zu früh abgebrochen, wurde kurzsichtiger Wahltaktik und den »Sachzwängen« geopfert. Schon am Abend des 25. Januar wurden die Stimmen laut, die dies bedauerten, indem sie z.B. die Verweigerungshaltung gegenüber den Grünen kritisierten.

Die weitere Entwicklung der SPD kann der gesamten, auch nicht-sozialdemokratischen Linken, ihren marxistischen Teil eingeschlossen, nicht gleichgültig sein. Es gibt keine Mehrheit links von der CDU ohne aktive Mitwirkung dieser Partei. Die SPD steht weiter vor der Aufgabe, die von den politischen, sozialökonomischen und ökologischen Folgen der reaktionären kapitalistischen Wendepolitik Betroffenen zusammenzuführen und ihnen eine Reformperspektive zu eröffnen. Einzelne Wahlergebnisse, etwa in Nordrhein-Westfalen, zeigen: Die SPD kann, wenn sie nur will, die »klassischen« Felder des Konflikts zwischen Kapital und Arbeit nach wie vor erfolgreich besetzen. Es wird sich zeigen, wieweit sie auch fähig ist, relativ neue Konflikte nicht nur verbal aufzugreifen, sondern dafür auch neue Veränderungspotentiale zu mobilisieren. Die jetzt beginnende Diskussion um ein neues SPD-Grundsatzprogramm bietet dafür Ansatzpunkte auf der programmatischen Ebene. In den herannahenden politischen Konflikten wird sich bald zeigen, in welchem Maß die SPD zur Formierung der Kräfte links von der CDU praktisch beitragen kann und will.

Die Grünen, die andere entscheidende Oppositionsformation im Bundestag, sind aus den Wahlen gestärkt hervorgegangen. Über 3,1 Millionen wählten grün. Das ist ein großer Erfolg nicht nur für die Grünen selbst, sondern für die gesamte Linke. Man hat sie langfristig als radikaldemokratischen Faktor im politischen Geschehen einzukalkulieren. Sie haben das parlamentarische Linksmonopol der SPD gebrochen, wirken ihr gegenüber als Druckinstanz und bilden gleichzeitig die Verlängerungsschiene für außerparlamentarische Bewegungen in den Bundestag hinein. 8,3 Prozent Zweitstimmen geben ihnen dabei beträchtliches Gewicht.

Der Kern des grünen Reformkonzepts beinhaltet den Umbau der Industriegesellschaft und schrittweise einseitige Abrüstung. Es setzt bei den Ökologieinteressen der Bevölkerung an, schlägt über die Beachtung der Arbeitsbedingungen aber auch die Brücken zur Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Der scharfen und treffenden Kritik an den stofflichen Strukturen der kapitalistischen Gesellschaft folgen teilweise allerdings noch inkonsequente und unklare Vorstellungen über notwendige gesellschaftliche Veränderungen. Trotzdem: Die rasch wachsende Zustimmung zu einem solchen, dem reaktionären Grundkonsens entgegengesetzten Konzept und zu den klaren, mutigen und konsequent vorgetragenen Forderungen signalisieren die Tiefe der gesellschaftlichen Kräfteverschiebungen.

Wenn jetzt in der grünen Fraktion Stimmen laut werden, die eine grüne »Partei der Mitte«, eine Art »ökologische Volkspartei« wollen, so widerspricht das gerade den positiven Erfahrungen. Die Grünen sind so stark wie die außerparlamentarischen Bewegungen, von denen sie getragen werden und mit denen sie unauflöslich verzahnt sind, wie Teilen der Partei im Wahlkampf ja auch wieder stärker bewußt wurde. Ihre Stärke besteht darin, Forderungen der Basis gegen die »Arroganz der Macht« zu artikulieren. Die Grünen werden nicht stärker, indem sie es allen recht zu machen versuchen, sondern indem sie die Interessen dieser Basis noch klarer formulieren gegen die Ziele des reaktionären Blocks. Mehr Verbindlichkeit radikal-demokratischer Programmatik, mehr Bezug auf die Bewegungen, Verzicht auf abstrakte Abgrenzungen und Ausgrenzungen nach links, mehr Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der SPD auf der Grundlage klarer Positionen — das ist offensichtlich der Weg zum Erfolg, wie etwa auch die herausragenden Wahlergebnisse in Hessen belegen. Das wird in den kommenden vier Jahren ein unverzichtbares Element des Drucks auf die SPD sein, um wirkliche Bereitschaft und Fähigkeit zur Ablösung der Rechtskoalition zu erreichen, vor allem auf Kräfte wie den »Seeheimer Kreis«, die die »Gemeinsamkeit der Demokraten« höher schätzen als Gemeinsamkeiten gegen Rechts.

Mehr noch als vor den Wahlen gilt für die kommende Zeit allerdings: Die Aufgabe der Linken, auf die Ablösung der Rechtskoalition hinzuarbeiten, kann nicht auf die Frage »rot-grün« reduziert werden, wenn auch SPD und Grüne den Kern einer parlamentarischen Mehrheit links von der CDU bilden müssen. »Im Alleingang« werden sie aber, so steht zu vermuten, auch in Zukunft weder bereit noch fähig sein, ein Maximum an Druck gegen rechts und für neue Mehrheiten zu entwickeln.

Offensichtlich bedarf es weiterer Vermittlungsglieder von den außerparlamentarischen Bewegungen zu den Parteien und ihrer parlamentarischen Repräsentanz, um aus

latenten linken Mehrheiten in einzelnen Fragen einen handlungsfähigen linken Block zu machen. Diesem Problem Rechnung getragen zu haben ist ein Verdienst der Friedensliste, die aus den außerparlamentarischen Bewegungen und dem damit erweiterten Linksspektrum hervorgegangen ist und in Form eines Personenbündnisses Teile dieses Spektrums repräsentiert, die weder zum direkten Einflußbereich der SPD noch der Grünen gehören. Wichtig ist dabei, daß die Friedensliste die als Tribut für »linke Salonfähigkeit« gemeinhin geforderte Ausgrenzung der Kommunisten nicht mitmacht aus der Erkenntnis, daß gerade solche Ausgrenzungen und Spaltungen eine Hauptschwäche der Linken darstellen.

Gewiß sind knapp 200.000 Erststimmen für die Friedensliste nicht berauschend, aber sie zeigen: Es existiert für eine linke Bündnisformation mit diesem Selbstverständnis ein ausbaufähiges Stimmenpotential, das als Druckmittel — auch gegenüber SPD und Grünen — im Interesse der Zusammenarbeit der Linken gegen rechts wirksam werden kann, parlamentarisch gesprochen: das der unabweisbaren »rot-grünen« Zusammenarbeit Dampf macht. Dazu wird die Friedensliste in der nächsten Zeit offensichtlich ihr Eigenprofil weiter ausbauen, ihre Basis verbreitern und die Kooperation mit anderen Formationen der Linken intensivieren müssen.

Die DKP, die den revolutionär-marxistischen Flügel der Arbeiterbewegung vertritt, die nicht über Masseneinfluß verfügt, aber in allen Bewegungen verankert ist, versucht, in diesen eine einigende und vorwärtstreibende Rolle zu spielen. Ihre Orientierung an den Interessen der Arbeiterklasse, also an Mehrheitsinteressen, ist eine wichtige Sicherung gegen Spaltungs- und Marginalisierungsstrategien.

Die von der DKP mitentwickelte Konzeption der antimonopolistischen Demokratie als Öffnung des Wegs zum Sozialismus kann sich als wichtiges Element der Zusammenführung der von der kapitalistischen Krise Betroffenen, der Arbeiterklasse, der Mittelschichten, der Intelligenz zu einem aktionsfähigen Veränderungspotential erweisen. Wenn auch für eine revolutionäre Perspektive in der BRD vorerst keine Massenbasis herstellbar erscheint, muß doch der Kampf gegen das reaktionäre Umbauprogramm der Rechtskoalition und für eine demokratische Wende und eine reformorientierte Politikvariante dieses Systems mit der Perspektive des Bruchs, der Überwindung kapitalistischer Verhältnisse verbunden werden, muß diese systemüberwindende Perspektive überzeugend aus den aktuellen Reformaufgaben abgeleitet werden. Dieser Aufgabe entzieht sich die DKP nicht.

Bei aller gebotenen Vorsicht kann man generell wohl feststellen, daß in der Linken die Übereinstimmungen in der Beurteilung der Situation zugenommen haben und auf zentralen Politikfeldern ein möglicher Minimalkonsens erkennbar wird. Die Konsolidierung und Ausweitung dieses Konsenses gehört zu den wichtigen Aufgaben der überschaubaren nächsten Zeit.

Dazu bedarf es vor allem des Drucks der außerparlamentarischen Bewegungen, ihrer Autonomie und ihres Gegenmachtpotentials. So wie für den Wahlausgang — im negativen Sinne — die Entfaltung der Kräfteverhältnisse im außerparlamentarischen Raum entscheidend war, wird sie es auch für die weitere Entwicklung sein. Daß die Wende ins Stocken kam, lag nicht an ungünstigen Mehrheitsverhältnissen im Bundes-

tag. Es lag an den Bewegungen im Land und an den von ihnen geschaffenen Mehrheitsmeinungen. Daß das Ziel des Wechsels verfehlt wurde, lag wiederum an der ins Stocken geratenen Mobilisierung der Linken.

Bei all diesen Aufgabenstellungen erweist sich der Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital, der Klassenkampf als zentrale Achse. Aber dieser soziale Antagonismus treibt den Konflikt unter den Bedingungen hoher Vergesellschaftung auch auf vielen anderen Gebieten hervor. Das ist die objektive Basis für das Zusammengehen unterschiedlicher sozialer Kräfte und politischer Formationen. Den Kern dieses Blocks bilden Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung zusammen mit den anderen demokratischen Bewegungen. Dabei kommt auch der kritischen Intelligenz eine wichtige Rolle zu. Die außerparlamentarische Handlungsfähigkeit dieser Kräfte ist die Voraussetzung für linke Wahlerfolge. Diese zu erreichen ist die Aufgabe, die in den kommenden Landtagswahlen ansteht.

Aber die Linke sollte nicht nur auf kommende Wahlen starren. Scharfe Konflikte im außerparlamentarischen Raum zeichnen sich ab: der Kampf um Arbeitszeitverkürzung und gegen unternehmerische Flexibilisierungsstrategien; der Kampf gegen die Volkszählung; Kämpfe zur Erhaltung sozialer Errungenschaften der Arbeiterbewegung; Kämpfe gegen Umwelterstörung, Aufrüstung, Politik der Stärke und innere Militarisierung, für Frieden und Entspannung — um nur einige wichtige zu nennen.

Die Linke muß gut vorbereitet in diese Auseinandersetzungen gehen. Die ökonomische Lage verschlechtert sich, der Abschwung wird Realität werden. Die politischen Kräfteverhältnisse sind in Bewegung. Schärferes Drängen nach rechts steht zu erwarten. Es werden aber auch neue Ansätze für demokratische Lösungen realisierbar. Es wird wichtig sein, sie schon bei den ersten Massenaktionen der Gewerkschaften für die 35-Stunden-Woche zum Tragen zu bringen. Die Situation ist seit dem 25. Januar eine andere: Nachdem das Ziel verfehlt wurde, gibt es neue Schwierigkeiten, aber auch neue Chancen zur Sammlung aller demokratischen Kräfte gegen die zweite Etappe der reaktionären Wende mit der längerfristigen Perspektive, Voraussetzungen zu schaffen für die Ablösung der Rechtskoalition.

Uli Schöler

»Schwarz-grüne Allianz gegen die SPD«?

Über strategische Desorientierungen eines »staatstragenden Linken«

»Vielen ist nicht klar, wie schnell sie ungewollt zum Erfüllungsgehilfen der Geißlerschen Strategie werden, wenn sie an den Forderungen für eine rot-grüne Zusammenarbeit festhalten.«

Dieser Kernsatz eines *Vorwärts*-Artikels unter dem Titel »Schwarz-grüne Allianz gegen die SPD« (22. Nov. 1986) stammt nicht etwa von SPD-Rechtsaußen wie Hermann Rappe oder Horst Niggemeyer, sondern von dem Parteilinken Hermann Scheer. Mitte der 70er Jahre noch reformistischer Vertreter im Juso-Bundesvorstand, ist er mittlerweile zu einem der Abrüstungsexperten der Bundestagsfraktion avanciert. Sein publizistisches Wirken kann hier stellvertretend für den Teil der Parteilinken stehen, der — um einen politisch-strategischen Konsens der Linken wenig bemüht — mehr damit beschäftigt ist, den eigenen Karrierestandort in der Partei- und Fraktionshierarchie zu befördern.

Für die notwendige Auswertung der Wahlkampfstrategie der Partei nach dem 25. Januar kann Scheers warnender Zeigefinger nur als ausgesprochen schädlich und desorientierend bezeichnet werden. Seine eingangs zitierte denunziatorische Äußerung, die jeden Parteilinken, der heute in Hessen und anderswo Formen rot-grüner Kooperation anstrebt, zum Erfüllungsgehilfen Geißlers stempelt, verstellt eine offene Diskussion über strategische und Bündnisperspektiven der Sozialdemokratie in den kommenden Jahren. Seine Begründung: Die rot-grün-Debatte ist von Geißler schon 1983 geplant und angezettelt worden. In einer Zangenbewegung versuchten Union und Grüne mit dieser Debatte, die SPD kleinzukriegen und auszubluten. Zwar sei dies »natürlich nicht formell ... abgesprochen«, aber es vollziehe sich doch als »stillschweigende Übereinkunft auf Grund einer spezifischen Interessengemeinschaft.« Es handele sich um eine »nicht einmal vollkommen unfreiwillige schwarz-grüne Allianz«, in der sich beide Partner gegenseitig die Bälle zuspielten, um ihren je eigenen Stimmenanteil auf Kosten der SPD zu stärken. Die SPD könne, wenn sie sich darauf einlasse, nur verlieren. Nochmals Originalton Scheer:

»Union und Grüne verfolgen ... beide exakt den gleichen Zweck: den eigenen parteipolitischen Nutzen zu mehren und der SPD empfindlichen Schaden zuzufügen.«

Stimmenfang statt Politik

Was Scheers Beitrag so unerträglich macht, ist zweierlei: Zum einen fehlt es ihm an jeglicher Distanz zur Situation der eigenen Partei, zur selbstkritischen Betrachtung. Allenthalben sind nur Feinde auszumachen, die der armen SPD ans Leder wollen. Ob es Gründe gibt, die auf der eigenen Seite zu suchen sind, warum die Partei in ein derar-

tiges Tief hineingesackt ist, bleibt bei seiner Position larmoyanten Selbstmitleids völlig außerhalb des Gesichtskreises. Wie dies in den einzelnen Politikfeldern aussieht, werden wir noch sehen. Zum anderen durchforstet man Scheers Artikel nahezu vergeblich danach, welches denn nun die strategische und bündnispolitische Variante ist, die er selbst anstelle einer rot-grünen Kooperation anzubieten hat. Seine Perspektive findet sich in einem schlichten Halbsatz zusammengefaßt, der in seiner Orientierungslosigkeit kaum noch zu überbieten sein dürfte, dafür aber ein bezeichnendes Licht auf das Politikverständnis derjenigen wirft, die hier als »staatstragende Linke« bezeichnet wurden: »... so viele Stimmen bekommen zu können, wie es die politische Gesamtlage erlaubt.«

Für Scheer ist die SPD nur durch eine Offensive gegen die Grünen zu retten. Wie dies aussehen soll, hat der fleißige Abgeordnete allen seinen Kolleginnen und Kollegen wenige Tage nach dem *Vorwärts*-Artikel in einem Argumentationspapier kundgetan. Die Quintessenz:

»Es geht also nicht zuletzt darum, den Grünen zu bestreiten, daß ihre Grundsatzpositionen zum Spektrum der linken politischen Positionen gehören — auch wenn dies in manchen umweltpolitischen Sachfragen oder durch das wortradikale Abrüstungsengagement manchem so erscheint.«

Nun läßt sich sicher trefflich über die rechte Definition dessen, was so alles links ist, streiten. Wir wollen dies Scheer hier nicht vorwerfen. Schlimm wird es allerdings da, wo Scheer in seinem Pamphlet dieses Geschäft so betreibt, daß sich Geißler die Finger reiben dürfte. Er wird mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen, wenn er aus der Feder eines »linken« Sozialdemokraten liest oder es von anderen als Wahlkampfangument verwendet findet, daß die Parteitagsbeschlüsse der Grünen zeigen, »wie wenig sie auf Grund ihres Demokratie- und Staatsverständnisses in der Lage sind, Staatsverantwortung zu übernehmen und als Koalitionspartner zu wirken.« Man sollte bei Scheer nachfragen, wieviele Dankesschreiben er für solche Äußerungen schon aus hessischen CDU-Kreisen erhalten hat. Den Gipfel des Unerträglichen erreicht seine Wahlkampfanleitung da, wo er sich — und zwar mehrfach — darum bemüht, die Grünen in die Ecke (neo)nazistischer Positionen zu rücken. Wer so argumentiert, muß sich nicht wundern, wenn die Geißlers die SPD öffentlich als fünfte Kolonne Moskaus bezeichnen. Wer es nicht glaubt, dem seien Scheers Begründungszusammenhänge im einzelnen genannt.

Die Grünen verwenden den Begriff »Altparteien«, »den auch die NPD in den 60er Jahren gebraucht hat.« Aus diesem und anderen Punkten zieht er das Fazit:

«Die Grünen schüren damit dumpfe Vorurteilsstimmen [er meint wohl -stimmungen; Anm. d. Verf.] gegen die SPD, die an unselige rechtspopulistische Traditionen der deutschen Geschichte erinnern.«

Noch nicht genug? In der Forderung der Grünen nach Einführung von Volksscheiden sieht er die Absage an die parlamentarische Parteiendemokratie. Der demokratische Verfassungsstaat werde mit dem Begriff des »Obrigkeitsstaates« versehen. Fazit:

»Auch damit schüren sie Stimmungen, wie sie bisher vorwiegend aus dem Rechtspopulismus bekannt sind, der immer von Vorurteilen gegen 'die Parteien' lebte.«

Es genügt sicherlich nicht, solche Demagogien mit dem in Wahlkämpfen üblichen Übereifer abzutun. Grenzenlose Arroganz, die Unfähigkeit, das Entstehen und Erstarren der Grünen als ein Resultat der *sozialdemokratischen* Defizite, insbesondere der Schmidt-Ära, zu begreifen, führen hier die Feder.

Grün =rechtspopulistisch, anarcho-libertär, reaktionär?

Aber so sehr auch der sich rigide durchsetzende Unverstand sich in den Zeilen niederschlägt, fallen solche Argumentationen zu oft auf fruchtbaren Boden, als daß man es dabei belassen könnte, daß dies schon alles für sich selber spricht. Schlimmer noch — es wird zu zeigen sein, daß mit den Scheerschen Kategorisierungen von rechts-populistisch, anarcho-libertär und reaktionär gleich einer ganzen Reihe von links-sozialdemokratischen, gewerkschaftlichen, pazifistischen, feministischen und radikal-demokratischen Positionen die Politikfähigkeit abgesprochen wird.

Wie bereits kurz angeschnitten, wendet sich Scheer gegen die Forderung der Grünen nach der Einführung von Volksentscheiden und denunziert die Verwendung des Begriffs »Obrigkeitsstaat«. Zu seiner Kenntnisnahme: Diese Forderung nach Einführung von Elementen *direkter Demokratie* in das parlamentarische Repräsentationssystem gehört zu den traditionellen Vorstellungen der (linken) Sozialdemokratie. Sie sollen gerade das verhindern, was die BRD in den letzten Jahren massenhaft erlebt und worunter nicht zuletzt die SPD leidet: Politik- und Demokratiemüdigkeit auf Grund von Filzokratie und einer Demokratie von Flicks Gnaden. Sie sollen verhindern, daß es möglich bleibt, daß Raketenstationierung von 70 Prozent der Bevölkerung abgelehnt, aber mit großer Mehrheit im Bundestag beschlossen wird. Weil Parlamentarier wie Scheer, die sich sogar nebenher noch als Sozialwissenschaftler betätigen, nurmehr auf das staatsrechtliche *Modell* des Verfassungsstaates starren, aber reale Entwicklungen der *Verfassungswirklichkeit* hin zum Obrigkeitsstaat aus dem Auge verlieren, ist der etwas spöttische Begriff der »staatstragenden Linken« angebracht.

Auch in Einzelfragen zu Staat und Recht sieht Scheer die Grünen jenseits von Politikfähigkeit. Denn: Sie treten ein für ein »uneingeschränktes Recht auf Asyl« und damit für eine uferlose Ausweitung des politischen Asylrechts. Diese Kritik dürfte in den Unionsparteien geteilt werden. Aus sozialdemokratischer Feder ist sie kaum erträglich angesichts rigidester Gerichts- und Abschiebep Praxis, die trotz Folter im Heimatland ausweist, angesichts eines rechtsstaatlich bedenklich verschärften Verfahrensablaufs und angesichts einer deutschen Geschichte, die es gerade für Sozialdemokraten *überlebens*notwendig werden ließ, in Nachbarländern freizügiges Asyl zu erhalten.

Scheer scheut sich nicht, die Kontroverse über »Sex für Kinder« wieder aus der Kiste zu holen, um sie — an dumpfste spießbürgerliche Vorurteile appellierend — als Wahlkampfmunition gegen die Grünen zu verwenden. Man mag zur entsprechenden Diskussion bei den Grünen stehen wie man will, bekannte Tatsache ist nicht erst seit Freud oder Reich, daß auch Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren eine Sexualität besitzen und diese auch leben. Ob hierbei gerade das Strafgesetzbuch der richtige »Regulator« auftretender Probleme ist, darf mit einigem Recht bezweifelt werden und wird auch

von Wissenschaftlern bezweifelt. In keinem Falle ist dies aber Thema für billige Wahlkampfpropaganda! Bedeutsamer noch ist die Empörung des Biedermanns Scheer darüber, daß die Grünen für die ersatzlose Streichung des §218 eintreten. Einmal abgesehen davon, ob er sich mit dieser Frage und ihrer Begründung wirklich eingehend auseinandergesetzt hat (seine Wahlkampfbroschüre, in der er sich mit seiner Ehefrau als »Frauenrechtlerin« ablichten läßt, legt diesen Schluß zumindest nahe), denunziert er hier eine Forderung, die von weiten Teilen der Frauenbewegung getragen wird und bereits in Einzelgewerkschaften und Teilmittlungen der Sozialdemokratie Beschlußlage geworden ist.

Auch alle anderen Einzelforderungen im Bereich Innen- und Rechtspolitik (u.a. Auflösung aller kasernierten Polizeieinheiten, Beschränkungen der Zuständigkeiten des Bundeskriminalamtes, Auflösung der Verfassungsschutzämter usw.) werden nur mit dem erhobenen Zeigefinger aneinandergereiht, um die reaktionäre, anarcho-libertäre Position der Grünen zu entlarven. Über einige dieser Forderungen, ihren Sinn oder ihre Durchsetzbarkeit, kann und muß man mit ihnen sicherlich streiten. Nur, sie haben alle einen realen Hintergrund — das bereits bedrohliche Ausmaß des Abbaus von Rechtsstaatlichkeit durch sogenannte Maßnahmen innerer Sicherheit in der BRD. Dieser Problemzusammenhang ist jedoch für Scheer in seinem Argumentationspapier nicht existent. Im *Vorwärts* schreibt er:

»In der Rechtspolitik muß die SPD herausarbeiten, daß die Infragestellung des staatlichen Gewaltmonopols durch die Grünen mindestens (!) ebenso den freien Rechtsstaat ruinieren kann wie CDU-Versuche zur staatlichen Beschränkung von Grundrechten.«

Man muß sich diese wahnwitzige Konzeption wirklich einmal genau vor Augen führen. Da drohen Verschärfungen des Demonstrationsrechts, da kann gerade noch, bei anderen Verschlechterungen, die Kronzeugenregelung (vorübergehend?) abgewendet werden, da wird der Datenschutz an allen Ecken und Enden durchlöchert — und Genosse Scheer fordert die SPD auf, dem Bürger deutlich zu machen, daß er in Sachen Rechtsstaat durch die Grünen mindestens ebenso, also wohl noch mehr als durch die Rechtsregierung, bedroht ist.

Wer meint, da ließe sich nicht noch eins draufsetzen, der irrt. Nachdem Generationen von Pazifisten und Kriegsdienstverweigerern sich auf die soziale Verteidigung berufen haben, nachdem Juso-Verbände und Kirchengruppen offensiv zur Kriegsdienstverweigerung aufrufen, denunziert Scheer das Konzept »soziale Verteidigung« bei den Grünen. Ihr Beschluß laute: »Soziale Verteidigung kann derzeit nur im Widerspruch gegen den Staat angeeignet werden.« Warum das so ist und wie dies konkret aussieht, hätte Scheer bei den vielfältigen Aktionen der Friedensbewegung für sich selbst erfahrbar machen können. Da hat er wohl wegen Krankheit gefehlt. So meint er:

»Die Einübung sozialer Verteidigung durch 'Widerstand gegen den Staat' würde bedeuten — bei gleichzeitiger Infragestellung der Institutionen der inneren Sicherheit —, daß bürgerkriegsähnliche Zustände die zwangsläufige Folge sein würden. Mit aktiver Friedenspolitik hat dies alles nichts zu tun.«

Da hat er Recht — höre ich die Herren Strauß und Zimmermann sagen, in Wackersdorf sehen wir es doch schließlich Woche für Woche!

Rainer Christ

Anmerkungen zum Bruch der rot-grünen Koalition in Hessen

Die Genossinnen und Genossen aus der Führungsspitze des SPD-Bezirk Hessen-Süd hatten schon die richtige Ahnung, als sie ihren Bezirksparteitag um eine Woche vorzogen. »Ob die rot-grüne Koalition in Hessen aus der Sicht der SPD fortbestehen soll oder nicht, kann nicht von einzelnen allein entschieden werden«, so begründeten sie den Kraftakt. Weiter heißt es in der Beschlußvorlage: »Die rot-grüne Koalition war und ist für uns ein Mittel, um sozialdemokratische Politik in Hessen und ein Gegengewicht gegen die Rechtsregierung in Bonn zum Tragen zu bringen. Wenn sie scheitert, dann darf sie nur scheitern, wenn ein zentrales Stück sozialdemokratischer Politik gefährdet wäre. Es ist aber unsere feste Überzeugung, daß im Falle von ALKEM unsere sozialdemokratische Position und Beschlußfassung die Nicht-Genehmigung verlangt. Die SPD hat sich auf allen Ebenen für einen Ausstieg aus der Plutoniumwirtschaft ausgesprochen. Die unbeschadet der Auflagen von Minister Steger vorgeschlagene Genehmigung der bestehenden Plutoniumverarbeitung in Hanau widerspricht genau dieser SPD-Beschlußlage. Wir müssen also handeln, um sozialdemokratische Glaubwürdigkeit zu sichern bzw. wiederherzustellen. Es wäre absurd, wenn an einer solchen Frage die rot-grüne Koalition in Hessen scheitern würde.«

Der Rettungsversuch kam aber leider zu spät. Am 9. Februar 1987 wurde das Ende der ersten rot-grünen Koalition auf Länderebene durch die Entlassung des Umweltministers Joschka Fischer durch Ministerpräsident Holger Börner besiegelt. Wie konnte das gerade angesichts einer Entwicklung in der SPD geschehen, die nach dem Bundestagswahlergebnis vom 25. Januar endlich stärker in Richtung auf eine Kooperation mit den Grünen sich zu bewegen schien? Das Scheitern in Hessen ist eine Mischung aus bewußtem Kalkül und Unfähigkeit seitens einer kleinen Gruppe führender SPD-Politiker in der hessischen Landesregierung, insbesondere um den Wirtschaftsminister und den Ministerpräsidenten, der inzwischen seinen Ausstieg aus der Landespolitik bekanntgegeben hat. Treibende Kraft des Bruchs war — nach mehreren erfolglosen Versuchen in den vergangenen 1 1/2 Jahren — der Wirtschaftsminister Steger. Bei seinem Handeln mißachtete er alle Beschlüsse der SPD zu Atomenergie und Plutoniumwirtschaft. So stellt das Schreiben von Steger an den Bundesumweltminister Wallmann vom 8. Januar 1987 unsere Beschlußlage praktisch auf den Kopf: für 10 Jahre soll der Betrieb der Plutoniumfabrik ALKEM in beschränktem Umfang erlaubt werden. Auch das auf zehn Jahre angelegte Ausstiegsszenario von Nürnberg deckt das nicht ab. Die Ablehnung des Einstiegs in die kommerzielle Plutoniumwirtschaft — und um nichts anderes geht der Streit um ALKEM — ist eindeutige Position der SPD auf Bundes- und Landesebene.

Dies war Steger bekannt. Hier wurde offensichtlich ausgehend von einer nach wie vor atomenergiefreundlichen Position der Bruch mit den Grünen provoziert.

Ministerpräsident Börner — schlecht beraten —, glaubte offensichtlich, die Grünen zur Übernahme der Position Stegers zwingen zu können. Vielleicht hoffte er, daß die vielen noch existierenden Gemeinsamkeiten auf anderen Politikfeldern die Grünen dazu bewegen würden, diese Kröte zu schlucken. Schwer zu verstehen allerdings angesichts der Bedeutung der Atomenergiefrage für die Grünen. Einer rationalen Krisenbewältigung stand dann wohl auch das für Börner alles überragende und seine Identität berührende Arbeitsplatzargument im Weg. Bereits im November 1986 hatte Börner eine Bestandsgarantie für die Arbeitsplätze der Brennelementefirmen NUKEM und ALKEM in Hanau gegeben.

Das geradezu Widersinnige der Entwicklung der letzten Wochen in Hessen wird dadurch deutlich, daß letztlich die entscheidende Kompetenz bzgl. der Genehmigung von ALKEM bei Bundesumweltminister Wallmann lag und liegt. Die klarste Position wäre also gewesen, sich von Bonn aus zur Genehmigung zwingen zu lassen und dann eventuell noch auf dem Rechtsweg Widerstand zu leisten. Genausogut wäre ein Konzept möglich gewesen, in dem ALKEM weiterarbeitet, allerdings beschränkt auf die Endlagerung. Diese Arbeiten fallen beim Ausstieg aus der Kernenergie notwendig an. An der Bestandsgarantie der Arbeitsplätze brauchte die Koalition zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu scheitern. Steger hätte lediglich ernsthaft zu den Ausstiegsbeschlüssen der SPD stehen müssen. Dazu war er und mit ihm die Mehrheit von Fraktion und Landesregierung nicht bereit.

So kommt es nun zu Landtagswahlen am 4. April, bei denen es durchaus die Gefahr einer CDU-FDP Mehrheit gibt. Der beginnende Wahlkampf verhindert auch zumindestens bis dahin eine Aufarbeitung dieses Scheiterns, das von einer großen Mehrheit der hessischen SPD nicht gewollt war, nicht zu diesem Zeitpunkt und erst Recht nicht an diesem Gegenstand. Diese für ihn günstige Konstellation trug Steger nun sogar auf einen vorderen Listenplatz!

Auf der anderen Seite versucht aber der Nachfolger in der Führung der Landespartei Hans Krollmann, die Türen zu den Grünen offenzuhalten. Zumindest die südhessische SPD unterstützte ihn dabei auf ihrem Parteitag eine Woche nach dem Bruch der Koalition. Vielleicht hält das nach einem günstigen Wahlergebnis im April doch die Möglichkeit einer Fortsetzung dieser ersten rot-grünen Koalition auf Länderebene offen. Dies ist nicht zuletzt deshalb zu hoffen, weil andernfalls alle Strategien, über den Bundesrat die noch entschiedenere Fortsetzung der schwarz-gelben Wendepolitik einzudämmen, für den Rest der gerade erst begonnenen Legislaturperiode gescheitert wären.

Kurt Wand

Große Koalition oder Rot-Grün in Hamburg?

Hamburgs Sozialdemokraten haben es zur Zeit nicht leicht. Jahrzehntlang hatte man sich — mit unbedeutenden Unterbrechungen — ausruhen können auf satten absoluten Mehrheiten. Links von der SPD gab es nur Chaoten und Splittergruppen, rechts eine farblose CDU, die nicht einmal ihre Oppositionsrolle auszufüllen vermochte. Nun soll das alles anders sein — eine Vorstellung, der sich kaum ein Hamburger Sozialdemokrat ernsthaft nähern möchte.

Erfahrungen im Umgang mit katastrophalen Wahlniederlagen hatte man bei der SPD bereits gemacht: Sowohl bei den Bürgerschaftswahlen von 1974 als auch bei den Wahlen vom Juni 1982 gab es Abstürze in der Größenordnung von 10 %. Sie wurden jeweils als »Denkzettel« registriert; einmal wechselte man den Bürgermeister aus (Klose kam für Schulz), einmal kam der Sturz von Helmut Schmidt und die darüber eintretende allgemeine Empörung zu Hilfe. Die Scharfen wurden ausgewetzt; ein Bürgermeister, der nicht gleich wieder zur Tagesordnung übergehen wollte und sich z.B. gegen den Weiterbau von Kernkraftwerken wandte, wurde ebenfalls ausgewechselt. Das normale Regierungsgeschäft konnte weitergehen. Skandale, die andernorts zum Sturz von Bürgermeistern führten, steckte Hamburgs SPD weg nach der Devise: »Der Kavalier zahlt und schweigt«.

So verhiessen denn auch die Bürgerschaftswahlen vom November 1986 im Vorfeld kein Ungemach. Noch im April des Jahres verkündeten Wahlkampfmanager der Hamburger SPD: »So blöd können wir uns gar nicht anstellen, daß wir die absolute Mehrheit verlieren«. — Die Phantasie reicht offenbar manchmal nicht aus.

Entgegen allen Umfragen und Erwartungen bescherte der Wähler sich am 9. November wieder die »Hamburger Verhältnisse«, vor denen insbesondere der Bürgermeister mit größter Eindringlichkeit gewarnt hatte. Klaus von Dohnanyi, sicher einer der repräsentativsten Bürgermeister-Darsteller überhaupt, mußte sogar den CDU-Oppositionsführer Perschau an sich vorbeiziehen lassen, den er — im Rückfall in klassenkämpferisches Denken — einmal als das »kleinste Karo, das man noch mit bloßen Augen erkennen kann« bezeichnet hatte. Seine Betroffenheit über die Undankbarkeit und die Uneinsichtigkeit der Hamburger war Dohnanyi am Wahlabend sichtlich anzumerken.

Bestürzt ob des Wahlergebnisses machte sich auch die Partei an die Verarbeitung: Ein erneuter »Denkzettel«, der Wähler hat es eigentlich gar nicht gewollt und ist jetzt selbst erschrocken, was er da angerichtet hat, so die einen. Bei der Bundestagswahl korrigiert er sich, dann sehen wir weiter, bis dahin ist Geschlossenheit-und-Ruhe-be-wahren angesagt.

Der Bürgermeister sah dagegen klarer. Da es an ihm und seiner Standortpolitik nicht gelegen haben konnte, mußten es objektive Gründe gewesen sein, die das Debakel hervorgerufen hatten. Als Leser der *Frankfurter Rundschau* wußte er auch welche — der

Genosse Wentz, ein unverdächtiger Linker, hatte es schon früher gesagt: In den Großstädten der Bundesrepublik, insbesondere in den Dienstleistungszentren, vollzieht sich eine soziale Differenzierung des SPD-Publikums, ein Strukturwandel, gegen den kein Kraut gewachsen ist. Wahltaktik hilft in so einer Situation nicht weiter. Hauptsache ist, daß der Standort Hamburg konsequent gegen die feindliche Umwelt verteidigt wird: gegen das Umland, das Hamburg die Einpendler schickt, aber die Unternehmen abwirbt, gegen Bayern, das seine Straßen und Staatsopern über den Länderfinanzausgleich aus Hamburger Steuern finanziert, gegen die wirtschaftsfeindliche GAL usw. Daraus gab es nur eine Konsequenz: Die Große Koalition muß her, Hamburg braucht eine handlungsfähige Regierung unter Klaus von Dohnanyi, mit der GAL geht es »keinen Millimeter«. Denn der Bürgermeister hat eine klare Sicht der regionalwirtschaftlichen Zwänge — das Kapital ist scheu wie ein Reh, schlau wie ein Fuchs und nachtragend wie ein Elefant.

Die Perspektive des Bürgermeisters erwies sich jedoch als wenig begeisterungsfähig. Bis weit in die Parteirechte hinein regte sich Abscheu, und auch mancher rechte Senator fragte sich, was eine Große Koalition denn Gutes bedeuten sollte.

Die Parteilinke versuchte, sich ebenfalls der historischen Situation zu stellen. Mit der CDU ins Bett gehen — auf keinen Fall; man könnte dann vor dem Parteihaus einen Müllcontainer für die weggeworfenen Parteibücher aufstellen. Gemeinsam mit den Grünen, die in Hamburg eine fundamentalistische Mehrheit aufweisen, wie soll das funktionieren? Vorstöße des linken Unterbezirks Eimsbüttel in diese Richtung fanden nur ein verhaltenes Echo.

Den Ausweg aus der Klemme wies der Fraktionsvorsitzende Henning Voscherau, schon von Berufs wegen Winkeladvokat: Erstmal bis zum 25. Januar abwarten, dann mit der CDU reden, aber so, daß nichts dabei herauskommen kann. Dann mit der GAL reden, wo vorher schon jeder weiß, daß es nicht geht. Dann sieht jeder ein, daß Neuwahlen unumgänglich sind — neues Spiel, neues Glück.

Da sich die Position des Fraktionsvorsitzenden als beweglicher als die des festgerannten Bürgermeisters zeigte, avancierte ersterer prompt zum interessantesten und mächtigsten Mann in der Hamburger SPD. Die alternative *taz* ernannte ihn einmal mehr zum »nachdenklichen Rechten«; in Teilen der Parteilinken keimte die Hoffnung, daß Voscherau zum Hamburger Börner werden könnte. Zuvor müßte allerdings der amtierende Bürgermeister aus dem Weg geräumt werden, was Voscherau natürlich weit von sich weisen muß. Vielleicht besorgt dies Klaus von Dohnanyi, in tragischer Verstrickung in die Standortideologie, selbst am besten. Ob damit linke Hoffnungen eingelöst werden, ist allerdings äußerst fraglich, denn Voscherau läßt sich in der Ablehnung von linken Positionen durch Dohnanyi gewiß nicht übertreffen. Überdies reicht Voscherau auch als Bürgermeister-Schauspieler keinesfalls an Dohnanyi heran: Während letzterer in diesem Genre international erste Wahl ist (klassisch z.B. seine Erklärung der Weltwirtschaftskrise: »Ich kann mich doch nicht um alles kümmern«), reicht es bei Voscherau bislang wohl erst zum Ohnsorg-Theater.

Alles rätselt jetzt, wie es weitergeht. Das Bundestagswahlergebnis, das der Hamburger SPD erneut allergrößte Verluste bescherte, wurde schnell als Bestätigung der

temporären Verirrung des Wählers abgehakt, der Landesvorstand konnte ihm sogar schon wieder positive Züge abgewinnen. Wichtiger sind da schon die bevorstehenden Organisationswahlen, ohnehin die Lieblingsbeschäftigung der Hamburger SPD.

Vorstellbar sind jetzt folgende Entwicklungen: Die SPD führt Gespräche mit der CDU, die wahrscheinlich an bestimmten Sachpunkten scheitern, z.B. am Ausstieg aus der Kernenergie oder an der Privatisierung öffentlicher Unternehmen. Dann führt die SPD Gespräche mit der GAL — spätestens im April muß der Haushalt 1987 parlamentarisch verabschiedet werden. In dieser Phase wird möglicherweise erstmals wieder Bewegung in die Hamburger Politik kommen.

Bislang hatte z.B. die GAL überhaupt keine Probleme, ihre Geschlossenheit nach außen zu demonstrieren. Obwohl es an der fundamentalistischen Ebermann-Linie durchaus beträchtliche GAL-interne Kritik gibt, kam die Gegenseite schon deswegen nicht zum Zuge, weil die »keinen-Millimeter mit der GAL«-Parole Dohnanyis überhaupt keinen Diskussionsraum entstehen lassen konnte. Diese Situation kann sich bei einem Verhandlungsangebot der SPD erheblich ändern. Der fundamentalistische GAL-Tolerierungskatalog, der mehr auf eine Verhinderung von Tolerierungsgesprächen abzielte, wird sich dann so kaum noch halten lassen. Ohnehin hat die GAL darüber bereits prinzipielle Verhandlungsbereitschaft bekundet, ohne daß sie die Substanz ihrer Forderungen aufzugeben gewillt wäre.

Viel wird dann von der politischen Überzeugungskraft der SPD-Linken abhängen. Ohne einen enormen politischen Kraftaufwand der Parteilinken ist es nicht vorstellbar, daß die politische Kluft zwischen SPD-Rechten und GAL-Fundamentalisten in einer wie auch immer gearteten parlamentarischen Form überbrückt werden kann. Daß die SPD in solch einer Situation aus verständlichen Gründen eher auf eine Koalition als auf eine Tolerierung orientieren würde, macht die Probleme noch schwieriger.

Daß Gespräche mit der GAL keineswegs von vornherein zum Scheitern verurteilt sind, macht indes ein Experiment auf der Hamburger »Kommunalebene« deutlich: Im Bezirk Eimsbüttel stand seit September 1986 die Wiederwahl der SPD-Bezirksamtsleiterin (»Bezirksbürgermeisterin«) an; rechnerisch war sie nur bei einer rot-grünen Zusammenarbeit möglich. Nach der Wahl vom November 1986 setzten sich GAL und SPD Eimsbüttel deswegen zusammen. In mehreren Verhandlungsrunden wurden die Vorstellungen von beiden Seiten erörtert, nach anfänglichen Schwierigkeiten in durchweg sachlicher und beiderseits konstruktiver Form. Die Gesprächsergebnisse konnten, trotz großer Schwierigkeiten in beiden Lagern, letztlich gemeinsam getragen werden: Die GAL-Zustimmung zur Wiederwahl der SPD-Kandidatin Ingrid Nümann-Seidewinkel war geknüpft an die Verabschiedung von gemeinsamen Sachanträgen in der Bezirksversammlung, die Themen zum Gegenstand hatten wie praktische Maßnahmen zur Verbesserung der Chancen von Frauen im öffentlichen Dienst, Förderung alternativer Wohnprojekte, strikte Kontrolle chemischer Betriebe in bezug auf ihre Umweltgefährdungen, Unterstützung von Jugendinitiativen, Solidarität mit politischen Flüchtlingen in der Bundesrepublik und Zeichen des Protestes gegen das Apartheid-System in Südafrika, dessen Hamburger Konsulat sich auf Eimsbütteler Boden befindet.

Der Erfolg dieses kommunalpolitischen Bündnisses (in einer Einzelfrage) darf sicher nicht überbewertet werden. Auf Landesebene stellen sich die Probleme noch wesentlich komplizierter dar. Dennoch bleibt zu hoffen, daß das praktische Handeln in Eimsbüttel ein erstes Licht in die ansonsten tristen Hamburger Verhältnisse gebracht hat, das weiter ausstrahlt.

Karsten Rudolph

Im Maschinenraum des Tankers: Es wird umgeschaltet — auch im Westlichen Westfalen

Der sonst so »bodenständige Bezirk« (*FAZ*) Westliches Westfalen ist in Bewegung geraten. Vor wenigen Jahren galt er noch als die maßgebliche Stütze rechts-sozialdemokratischer Politik. Das hat sich inzwischen gewandelt. Die Verschiebung politischer Kräfteverhältnisse und die Erneuerung programmatischer Positionen wurden zum ersten Mal auch nach außen auf dem Bezirksparteitag im letzten Jahr sichtbar: Zum THTR in Hamm beschloß der Parteitag die härteste Linie unterhalb der Forderung nach dem Sofortabschalten und dem Verzicht der nordrhein-westfälischen Landesregierung auf die Erteilung der endgültigen Betriebsgenehmigung — gegen eine starke Minderheit, die noch mehr wollte. In der Friedenspolitik wandte sich der Parteitag gegen die lauen Formulierungen des Parteivorstandsantrags, der den Delegierten in Nürnberg vorgelegt wurde. Mit dem Ziel der Verdrängung des sogenannten Roth-Papiers beschloß er »Sozialdemokratische Forderungen für ein Sofortprogramm gegen Massenarbeitslosigkeit«. Wichtige Vorentscheidungen für den Nürnberger Parteitag waren gefallen.

Mit diesen inhaltlichen Veränderungen verschoben sich die politischen Kräftekonstellationen. Die Linke, im Bündnis mit breiten Teilen einer »modernisierten Mitte«, dominierte nicht nur inhaltlich, sondern auch in den Abstimmungen. Die ehemals triumphierende »Kanalarbeiterriege« wurde auf einen Restbestand von einer handvoll Delegierter gebracht. Allerdings darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Kräfteverhältnisse im Funktionärskörper und bei den Mandatsträgern wesentlich knapper sind.

Daß die überwiegende Mehrheit nicht hinter Nürnberg zurück will (und kann), zeigte die Auswertung der Bundestagswahlen. Entgegen allen Befürchtungen nahm der Bezirksvorstand eine differenzierte Einschätzung der Wahlergebnisse vor und begann die Diskussion über neue Anforderungen an eine zukunftsorientierte sozialdemokra-

tische Politik. Bereits auf der Parteiratssitzung nach der Wahl wurde deutlich, daß der Bezirk bei der weiteren Erneuerung der Partei nicht abseits stehen wird. Erhard Eppler und der Bezirksvorsitzende Hermann Heinemann brachten nämlich die »Sprachregelung« für die politische Öffnung zu den *Grünen* ein. Und dies nur wenige Tage, nachdem permanent betont worden war, daß eine parlamentarische Zusammenarbeit mit den *Grünen* prinzipiell ausgeschlossen ist. In der Erklärung des SPD-Bezirksvorstandes Westliches Westfalen vom 28.01.1987 heißt es nunmehr:

»Ob, wo und wann die Grünen sich als koalitionsfähige Partei erweisen, kann nur innerhalb der Partei der Grünen entschieden werden. Es liegt im Interesse der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, daß die kleineren Parteien prinzipiell koalitionsfähig sein müssen, miteinander und mit jeder großen Partei.«

Interessant wird sein, inwieweit sich der inhaltliche Erneuerungsprozeß auch in einer personellen Verjüngung ausdrücken wird. Für die Linke und die Mitte im Westlichen Westfalen gibt es zu Oskar Lafontaine als dem nächsten sozialdemokratischen Parteivorsitzenden und Kanzlerkandidaten keine Alternative. Der Widerstand der Parteirechten reichte immerhin soweit, daß der Bezirksvorstand vereinbarte, Oskar Lafontaine »zu einem geeigneten Zeitpunkt« zu einer Diskussion in den Bezirk einzuladen. Der Grund dafür mag weniger in der Schonung des noch amtierenden Parteivorsitzenden liegen als darin, Lafontaine nicht sofort als dessen Nachfolger auszurufen. Aber immerhin: es wird nur Oskar Lafontaine »vorgeladen« ...

Rainer Christ

Die Parteilinke nach der Bundestagswahl

Sitzung des Frankfurter Kreises am 30./31.01.1987 in Bonn

Wie nicht anders zu erwarten, traf sich in Bonn alles, was in der Parteilinken Rang und Namen hatte zur lange erwarteten Sitzung »nach der Wahl«. Eine Ausnahme von dieser Feststellung muß gemacht werden, allerdings eine denkwürdige: Oskar Lafontaine — in diesen Tagen in aller Munde — war nicht angereist. Er wird wohl seine Gründe gehabt haben. Die Leitung legte dann auch gleich zu Beginn des in der Presse als »Klausurtagung« eingestuften Treffens fest, das über Personalien nicht verhandelt werden sollte. Die am Rande der Diskussion kursierende Begründung »es läuft ja alles nach unseren Wünschen« mag die ungemein optimistische Stimmung in bezug auf die innerparteiliche Entwicklung charakterisieren. Doch davon später mehr.

Die durch einige Bemerkungen Erhard Epplers eingeleitete Diskussion über die Einschätzung des Wahlergebnisses brachte kaum Neues. Die hierzu von Peter von Oertzen vorgelegten Thesen fassen die Beiträge fast vollständig zusammen:

- »1. Regierungsbeteiligungen und damit auch Koalitionsbeteiligungen sind für die SPD kein Selbstzweck, sondern Mittel zur Erreichung ihrer politischen Ziele.
2. Die SPD ist prinzipiell mit allen demokratischen Parteien zur Zusammenarbeit bereit.
3. Die SPD wendet sich mit Entschiedenheit dagegen, die Grünen aus den Reihen der demokratischen Parteien auszugrenzen.
4. Ob überhaupt und mit welchen anderen Parteien eine Zusammenarbeit sinnvoll ist, richtet sich nach der konkreten Situation und den aktuellen politischen Aufgaben.
5. Diese Aufgaben sind für die nächste Zukunft durch die Parteitagsbeschlüsse von Nürnberg und Offenburg umrissen. Diese Beschlüsse können ergänzt und konkretisiert werden; ihr Kern steht für uns nicht zur Diskussion.
6. Zu diesem Kern unserer Politik gehören:
 - der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und für eine sozialgerechte Wirtschaftsordnung,
 - die Gleichstellung der Frauen auf allen Feldern des wirtschaftlichen und sozialen Lebens,
 - die Schaffung einer sicheren Energieversorgung ohne Kernkraft,
 - die Sorge um Erhalt und wo nötig Wiederherstellung einer gesunden Umwelt,
 - eine konsequente Friedenspolitik mit dem Ziel eines Europas ohne Massenvernichtungsmittel,
 - die Verteidigung und der Ausbau des demokratischen und sozialen Rechtsstaates,
 - die strikte Ablehnung jeder Gewaltanwendung in der Politik.
7. Die tatsächliche Handlungsfähigkeit der Partei gegenüber anderen Parteien beruht auf der Glaubwürdigkeit, mit der wir unsere eigene politische Position vertreten und vor allem in der Praxis umsetzen; nicht auf abstrakten Stellungnahmen für oder gegen bestimmte Koalitionen.
8. Wenn wir unser Programm glaubwürdig vertreten, dann wird es nicht mehr die Frage sein, ob wir bereit sind mit anderen Parteien zusammenzuarbeiten, sondern ob andere Parteien bereit sind, bei der Durchsetzung einer demokratischen und sozialen Reformpolitik mit uns zusammenzuarbeiten.« (Peter von Oertzen: Thesen zum Ausgang der Bundestagswahl)

Am aufsehenerregendsten in der Diskussion wirkte da noch die Feststellung Gerhard Schröders, die SPD müsse gleichermaßen zur FDP wie zu den Grünen für Koalition offen sein; aus den Reihen der Parteilinken sicherlich ein origineller Vorschlag in der derzeitigen Lage. Begründet hat er seine Option nicht weiter. Sie liegt ihm aber wohl am Herzen, denn nicht nur am darauffolgenden Samstag konnte man/frau sie in der Zeitung noch einmal lesen.

Am Morgen des zweiten Tages — Gerhard Schröder, Rudolf Scharping u.a. waren nach kurzen Auftritten am Vortage schon wieder abgereist, gewann die Diskussion doch um einiges. Beachtenswert die Einführung von Oertzen in die Diskussion um die Konsequenzen für die Parteilinke. Ausgehend von der Analyse, daß eine Mehrheit in der Bevölkerung für viele inhaltliche Programmpunkte der SPD nicht auch zu einer Mehrheit bei der Wahl geführt hat, führte er als Ursache hierfür die abstrakt gestellte und falsch beantwortete Koalitionsfrage in bezug auf die Grünen an und das Fehlen eines programmatischen Entwurfs für die Gestaltung der Zukunft, dem es auch an Visionen nicht mangelt, der im positiven Sinne als Utopie wirken kann. Er scheute sich auch nicht, neben der klaren Ablehnung jeder Ausgrenzung der Grünen aus dem demokratischen Spektrum in dieser Frage die SPD selbstkritisch anzugehen. Namentlich griff er Rau's schwache Vorstellung in der ominösen Fernsehrunde an, der sich dort zu schade war, dem undemokratischen und teilweise sexistischen Verhalten aller Diskussionsteilnehmer Jutta Dittfurth gegenüber entgegenzutreten. — Folgende drei Aufgabefelder sieht er für die nächste Zeit:

1. Auf dem Feld der Gesellschaftsanalyse müssen erhebliche Anstrengungen unternommen werden, um die bisher erfolgte und die weiter zu erwartende Entwicklung der Arbeit, der Verteilung der Arbeit und des Reichtums der Volkswirtschaft sowie der entsprechenden sozialökonomischen, kulturellen und politischen Folgewirkungen zu untersuchen. Wichtig erscheint der Hinweis, daß gern mit dem zitierten Trend zur Dienstleistungsgesellschaft zwar ein richtiger Aspekt angedeutet ist, damit aber die Breite und Differenziertheit der notwendigen Analyse bei weitem unterschätzt wird.
2. Die Arbeit am Parteiprogramm muß unter den zuvor geschilderten Notwendigkeiten entschieden vorangebracht werden, namentlich im wirtschaftspolitischen Teil.
3. Der Organisationsstand der Partei muß verbessert werden durch verstärkte Werbung neuer Mitglieder, Verbesserung der Organisationsstruktur etc.

Gerade der letzte Hinweis stimmt nachdenklich, wenn aus einzelnen Bereichen der Partei — z.B. Südbayern — von einem Niedergang der Organisation in geradezu jeder Hinsicht berichtet wurde.

Auf dem Treffen kaum diskutiert, aber trotzdem äußert diskussionswürdig erscheint mir die abschließende Feststellung v. Oertzens, daß der Frankfurter Kreis seit dem Nürnberger Parteitag Mehrheit in der SPD sei, und sich deshalb auch so verhalten müsse. Damit soll wohl die Verantwortung für die Politik der Partei und deren Integration gemeint sein.

Hier scheint mir ein gefährliches Mißverständnis vorzuliegen. Richtig ist, daß die Parteilinke auf Bundesparteitagen Mehrheiten bilden kann, sowohl für Inhalte als auch in Personalfragen. Das ist ein wichtiger und erfreulicher Fortschritt. Die Politik der Partei — namentlich in Regierungen, Parlamenten, Verwaltungen — kann mit einer solchen Parteitagsmehrheit aber noch längst nicht dominiert werden. Diese Erfahrungen haben wir auf allen Ebenen der Partei — vom Gemeinderat bis zur Bundesregierung nur oft genug machen müssen. In Hessen exerzieren einige Minister und Ministerialbeamte das gerade wieder einmal vor.

Der Umsetzung der Beschlüsse von Nürnberg stehen in der Partei gewichtige Gruppen im Wege. Sie haben zwar aktuell auf Parteitag keine Mehrheit, können aber in der tagespolitischen Realität die Linke leicht aushebeln. Wie so oft in der langen Geschichte der SPD besteht wieder die Gefahr der Verwechslung von Mehrheit und Macht — diesmal für den Bereich der Partei selbst.

Lediglich für das Feld der Energiepolitik zeigte Volker Hauff in der Diskussion diese Unterschiede auf und skizzierte sehr konkret die vielen Schwierigkeiten, die noch vor uns liegen — und zwar zuerst einmal innerparteilich — bevor aus den Parteitagsbeschlüssen politische Realität in bezug auf das Handeln der Partei an verantwortlicher Stelle werden wird. Ansonsten wurde dieses Problem unter staatstragenden Gebärden und der Selbstverpflichtung »als Mehrheit« zu handeln völlig verschüttet. Hoffentlich hat die hessische Entwicklung wenigstens ein Gutes und führt in der Parteilinke zu einem heilsamen Schock und zur Erkenntnis, daß in bezug auf die wirklichen Machtstrukturen in der Partei der Erneuerungsprozeß noch sehr am Anfang ist. Immerhin

fand die Sitzung der Parteilinken kaum zwei Wochen vor dem Wiesbadener Desaster statt und keiner der zahlreich anwesenden hessischen Sozialdemokraten hielt die hessische Lage zu diesem Zeitpunkt für diskussionswürdig!

Verläuft die personelle Erneuerung in der Gesamtpartei doch sehr zäh, so kann der Frankfurter Kreis für sich in Anspruch nehmen, hier vorbildlich zu handeln. Es wurde beschlossen, einen neuen Einladerkreis zu bilden, dem geschäftsführend Herta Däubler-Gmelin und Heidemarie Wiezcorek-Zeul vorstehen sollen. Weitere organisatorische Verabredungen wurden bzgl. der Einrichtung ständiger Arbeitsgruppen getroffen. Im Vordergrund steht hier die AG Wirtschaftspolitik.

* * *

Briefe an Redaktion und Autoren

Betrifft: Artikel von Wolfgang Michal in *spw* 33

Ich finde euren Beitrag gegen Peter Glotz widerlich und historisch unangemessen. Wenn es eine linke Erneuerung der SPD gibt, wenn es einen Schutz der marxistischen Jusos und des neuen Bundesvorstands und vieles andere gibt, so haben dies Peter Glotz und Willi Brandt getragen und verantwortet. Statt gegen Bodo Hombach Wahlkampf und Parteirechte jetzt in dieser Situation zu polemisieren versucht *spw* Hombachs schärfsten Gegner, Peter Glotz jetzt gerade niederzumachen. Ist das schlaue innerparteiliche Bündnispolitik? Oder hat *spw* innerparteiliche Bündnisse nicht nötig?

Renate Ernestus (Bad Homburg)

Besprechungen

Jansen, Mechthild (Hrsg.): Halbe—Halbe. Der Streit um die Quotierung. Elefanten Press, Berlin (West) 1986 (192 S., br., 19,80 DM)

Die Forderung nach Quotierung und Frauenförderung wird mit ständig wachsender Militanz und Dynamik von immer mehr Frauen vertreten. In der SPD war der unerwartete Beschluß des AsF-Bundeskongresses 1985 (vgl. Bericht in *spw* 29, 506ff.) das Signal, sich mit diesem Thema stärker — z. B. auf dem Nürnberger Parteitag — auseinanderzusetzen. Spätestens seit den gewerkschaftlichen Frauenkongressen z. B. der IG Metall, die Quotierung und Frauenförderung befürworteten, ist die Forderung nicht mehr auf den politischen Bereich beschränkt, sondern umfaßt auch den Produktions- und Reproduktionsbereich. Quotierung als wesentlicher Hebel gegen Frauendiskriminierung — das ist auch (noch?) innerhalb der Linken umstritten. Zum richtigen Zeitpunkt erscheint das von Mechthild Jansen herausgegebene Buch, welches Bedeutung und Perspektive dieser Forderung beleuchten will.

Das Titelbild verrät Programmatisches: Ratlos und skeptisch nach oben schielende »graue« Männer, die über sich agile, kämpferische und strahlende Frauen erblicken. Diese Gegenüberstellung und Umkehrung der Klischees verdeutlicht, worum es geht. Die Forderung nach Quotierung und Frauenförderung kann nur einer lebendigen und militanten Frauenbewegung entspringen und könnte von der Männerwelt als Bedrohung verstanden werden — ausgefüllt werden kann die Forderung allein durch eine starke Frauenbewegung *und* mit einer Arbeiterbewegung, d. h. auch mit Männern, die ihre Skepsis und den Widerstand gegen sie überwinden. Zu beiden kann und will das Buch beitragen.

Eine Reihe bekannter Autor/inn/en aus dem linken Spektrum sind hier versammelt, die sich aus unterschiedlicher Betroffenheit und Sichtweise mit der Quotierung auseinandersetzen, so daß Breite und Differenziertheit des Themas herausgearbeitet werden.

Einigkeit herrscht bei allen Autor/inn/en (bis auf *Herta Kuhrig*, DDR) darüber, daß Quotierung und Frauenförderung zusammengehören, sich gegenseitig bedingen müssen, dabei jedoch jeweils eine eigene Dynamik entwickeln können. (Daher ist, wenn im folgenden von Quotierung die Rede ist, Quotierung *und* Frauenförderung als Einheit gemeint.) Diese Einschätzung teilt auch *Katrin Fuchs*, die sich als einzige gegen eine Quotierung ausspricht (sie bezieht sich in ihrem Aufsatz auf die SPD), da mehr verändert werden müsse als der Frauenanteil an Funktionen. »Wer eine Quotenregelung und größere Beteiligung von Frauen nicht nur unter wahltaktischen Gesichtspunkten vertritt ..., der muß sich darüber hinaus für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen einsetzen. Die Forderung nach einer Frauenquote darf nicht zum Ersatz von Politik entarten.« (36) Bis hierhin geht der Konsens mit den anderen Autor/inn/en. Der Unterschied folgt jetzt: *Katrin Fuchs* setzt sich ein für eine »freiwillige Selbstverpflichtung« der SPD, mehr Frauen zu beteiligen und sich dabei kontrollierbare Etappenziele zu setzen. Das Problem bei dieser Argumentation ist, daß die »freiwillige Verpflichtung« schon lange in SPD und z. T. im Erwerbsleben existiert — leider weitgehend ergebnislos, weshalb die Quotierungs-Forderung gerade gestellt wird. Auf diese Tatsache weiß *Katrin Fuchs* keine die Leser/innen zufriedenstellende Antwort, so daß ihr Aufsatz wegen der Unvollständigkeit und auch Widersprüchlichkeit der Argumentation leider enttäuschend ist.

Neues und Perspektivisches ist demgegenüber in zwei herausragenden Aufsätzen von *Mechthild Jansen* und *Karin Roth* (IG Metall) zu finden. Beide argumentieren schlüssig in

die gleiche Richtung: Quotierung »kann helfen, einen Kern der Herrschaft des Kapitals in Frage zu stellen und zu treffen« (Jansen 19), und noch pointierter: »Der 'billigeren' und 'flexibleren' weiblichen Erwerbstätigkeit ist ... die Quotierung als Mittel zur Verwirklichung einer gleichberechtigten Integration entgegenzusetzen. Sie reduziert sich dabei nicht auf die Ebene des Verteilungskampfes von Arbeitsplätzen zwischen Männern und Frauen, sondern greift die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung als Teil der kapitalistischen Produktionsverhältnisse an. Allerdings muß die Quotierung mit der Forderung nach strukturellen Veränderungen, mit der Frage der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Verteilung von Arbeitszeiten und -funktionen verbunden werden. Die Forderung nach Aufhebung des geschlechtsspezifischen Arbeitsmarktes, nach der Hälfte aller Arbeitsplätze und einer anderen Verteilung der Arbeitsplätze durch gezielte Weiterbildungsmaßnahmen und Bevorzugung von Frauen bei der Besetzung von neuen Arbeitsplätzen sowie die Vergesellschaftung von Hausarbeit und anderer Reproduktionsaufgaben ist daher nicht allein gegen die Männer gerichtet, sondern vor allem gegen das Kapital.« (Roth, 54ff.)

Die systemüberwindende Bedeutung der Quotierungsforderung ergibt sich für sie aus mehreren Faktoren. Zum jetzigen Zeitpunkt der ökonomischen und gesellschaftlichen Krise sei Quotierung ein neues und wirksames Mittel, die Abwälzung der Krisenlasten auf die Frauen und somit die beabsichtigte weitere Spaltung der Arbeiterklasse zu durchbrechen. Gründe dafür seien in der Veränderung der Lebensweise, der Ausbildung sowie der Bedürfnisse und Interessen der großen Mehrheit der Frauen zu sehen, die verdeutlicht hätten, daß es »nicht nur um Emanzipation der Arbeit vom Kapital geht ..., sondern auch um Emanzipation der Frau von dem mit den kapitalistischen Strukturen verflochtenen ... Patriarchat. Damit ist die eigenständige Dimension der Frauenfrage berührt, die nicht aufgeht in der Analyse sozialer Gegensätze.« (Jansen, 10)

Das gewachsene Selbstbewußtsein und das gestiegene gesellschaftliche Bewußtsein gegenüber Frauendiskriminierung, das sich z.B. im scheinbaren Aufgreifen von Frauenfragen durch die Rechten à la Süßmuth niederschlägt, erfordere eine Antwort, die das »emanzipative Verlangen nach Selbstbestimmung und gerechter Teilhabe an der ganzen Welt« und nach »Umgestaltung der gesamten Politik und Verhältnisse« (Jansen, 12) beinhalte. Gerade dieses könne die Quotierung — natürlich im Zusammenhang mit Forderungen nach struktureller Veränderung der Gesellschaft — in einem dialektischen Prozeß leisten.

Erst die gerechte Teilhabe der Frauen an allen gesellschaftlichen Bereichen könne Frauen die Möglichkeit bieten, sich selbst zu entfalten und mit ihren Interessen auch die Arbeiterbewegung insgesamt glaubwürdiger und schlagkräftiger werden lassen. Denn mit der Quotierung wird »mehr als die bloße Addition 'weiblicher und männlicher' Ansprüche« (Roth, 53) in die Arbeiterbewegung einfließen. Die »gleiche Teilhabe am ganzen Leben ... eröffnet für Frauen und Männer ganz andere Formen der Arbeit, des Zusammenseins, des Lebens und der Liebe. Die Realisierung einer solch menschenfreundlichen Perspektive wird entscheidend von den Frauen bestimmt. Sie hängt davon ab, ob sie weiterhin ihre Lebensplanung und Sicherung an einem alleinigen Ernährer oder Miternährer orientieren oder ob es gelingt, die Köpfe und Herzen, Werte, Normen und Gefühle so zu ändern, daß das Recht auf Eigenständigkeit und damit *gleiches Recht* auf Erwerbsarbeit zum *unteilbaren* Lebensanspruch von Frauen wird. Mit dem Abschied von der industriellen Reserve und der doppelten Abhängigkeit beginnt der Prozeß der Emanzipation.« (Roth, 53)

Außer der Ableitung dieser Dimension der Quotierung, die in der Diskussion neu und für sie — gerade aus sozialistischer Sicht — belebend ist, leisten beide Autorinnen (vgl. auch den Aufsatz von Heide Pfarr im selben Band) ein weiteres: Sie widerlegen eindeutig die

wesentlichen Argumente gegen Quotierung als zu kurz greifend oder entlarven sie als Resultat der ideologischen Hegemonie von Kapitalismus und Patriarchat. Gerade das sehr ernstzunehmende Argument, die Quotierung vertiefe die Spaltung der abhängig Beschäftigten, verkehrt sich in sein Gegenteil. Erst die Quotierung, die ja erst einmal nicht mehr (aber auch nicht weniger!) ist, als das Geltendmachen demokratischer Rechte endlich auch für Frauen, ermöglicht die Überwindung des Konkurrenzdenkens und der Spaltung in Männer- und Fraueninteressen!

Interessant ist, die mögliche Durchbrechung der geschlechtlichen Spaltung in diesem Band zu erkennen, wenn Männer ihr persönliches Interesse an Quotierung (*Horst Peter*, MdB SPD) begründen oder sich über das *Wie* des Durchsetzens redliche Gedanken machen (*Henning Schierholz*, MdB Die Grünen). Auch *Detlef Hensche* (IG DruPa) betont: Es ist »ureigenste Angelegenheit der männlichen Arbeiter und Angestellten, die Diskriminierung von Frauen zu beseitigen. Solange diese fortbesteht, bleibt ihr eigener Status gefährdet. (...) Spaltend wirkt umgekehrt die Hinnahme der überkommenen und in Zukunft verschärften Benachteiligung der Frauen.« (108) Hensche spricht sich dennoch mehr für Frauenförderung als für Quotierung aus, aber: »Dies ist eine strategische Frage und keine prinzipielle, wie etwa das Totschlag-Argument von der Spaltung.« (Ebd.)

Konkrete und Hintergrundinformationen aus dem politischen Alltag ergänzen den Sammelband. *Ursula Pausch-Gruber* berichtet über die Diskussion in SPD und AsF; *Heidi Knake-Werner* (IMSF) betont die über die bloße Gleichstellung hinausweisende Wirkung der Quotierung, obwohl sich die DKP bei dieser Frage mit einer »kann«-Regelung begnügt. *Marieluise Beck-Oberdorf* zeigt anhand der Erfahrungen bei den Grünen überdeutlich, welche Gefahr mit einer nur als Formalität und nicht als Teil eines Gesamtkonzeptes verstandenen Quotierung für Frauen verbunden sein kann: die der Überforderung der Frauen bzw. deren Nichtbeachtung, obwohl sie wichtige Funktionen innehaben, was zum Experiment des »Feminats« führte. Sie zieht aus den Erfahrungen den Schluß, Quotierung müsse — mehr als bei den Grünen gedacht — in ein Konzept umfassender struktureller Gesellschaftsveränderungen eingebettet sein. »Es geht nicht um die Hälfte des Patriarchats — die können die Männer selber behalten.« (77) Damit reduziert sie dieses Konzept jedoch wieder auf nur einen Teil der doppelten Unterdrückung der Frauen und läuft Gefahr, sich in reinen Strukturveränderungen zu verheddern.

Weitere Aufsätze und Materialien der Parteien lassen den Sammelband zu einem fast kompletten und dank seiner vielen Illustrationen gut lesbaren Handbuch werden. Erfahrungen aus anderen Ländern wie Norwegen und Österreich, in denen es in den sozialistischen Parteien unterschiedliche Quoten und Maßnahmen gibt, komplettieren das Bild. Lediglich im Artikel über die DDR-Frauenpolitik (von der Professorin *Herat Kuhrig*, DDR) wird nicht auf eine Quotierung eingegangen, sondern anhand ausgewählter Daten betont, die DDR betreibe eine Politik der umfassenden Frauenförderung und betrachte die Frauenfrage als Bestandteil der sozialen Frage. Dabei jedoch »wird ihre *relativ eigenständige Bedeutung* keineswegs in Frage gestellt«. (148; Hervorh. i. Orig.) Hier scheinen wir uns dem Kern des Streits um Quotierung innerhalb der Linken zu nähern: Was heißt »relativ eigenständig«? Herta Kuhrig erwähnt zwar die im Sozialismus nicht automatisch aufgehobene Unterdrückung der Frau im häuslichen Reproduktionsbereich und die noch immer bestehende Doppelbelastung; analysiert wird dieses als Problem der Arbeitsteilung. Sie konstatiert ein — fragliches »ursächliche(s) und zeitliche(s) Zusammenfallen der Entstehung der antagonischen Klassengesellschaft und der Entrechtung der Frau« (148), benennt aber ein Phänomen wie die strukturelle Gewalt gegen Frauen nicht. *Mechtild Jansen* faßt daher den in

nerlinken Streit um die Quotierung folgerichtig zusammen: »Sofern sie die Linke betrifft, berührt die Debatte ein tieferes Problem, nämlich das des Verhältnisses zwischen geschlechtsspezifischer und klassenspezifischer Unterdrückung, zwischen Arbeiterbewegung und Frauenbewegung. Nur wer beides nahtlos ineinander aufgehen sieht, wer die eigenständige Dimension der Frauenfrage, die historisch gewachsene wechselseitige Verflochtenheit von patriarchalischer und kapitalistischer Unterdrückung nicht sehen will, kann umstandslos Einordnung unter die (natürlich) patriarchalisch geprägte Politik der Arbeiterbewegung oder anderer Fortschrittsbewegungen verlangen.« (28)

Einige Fragen mußten in diesem Sammelband offenbleiben, vor allem die der Strategien zur Durchsetzung der Quotierung. Ein weiteres Manko des Buches ist sein relativ hoher Preis. Aber man/frau sollte das Geld ausgeben, um für die in Partei und Gewerkschaft anstehenden Debatten gewappnet zu sein.

Sabine Brünig (Berlin/West)

Schuon, Karl, u.a.: Politische Theorie des Demokratischen Sozialismus. SP-Verlag, Marburg 1986 (259 s., br., 19,80 DM)

Angesichts der Konzeptionslosigkeit gegenwärtiger sozialdemokratischer Politik ist jeder Versuch zu begrüßen, sozialistischer Reformpolitik ein theoretisches Fundament zu geben. Ein solcher Versuch ist allerdings daraufhin zu überprüfen, inwiefern er Konzepte entwickelt, die zum einen die Ursachen der weltweiten, die Menschheit in ihrer Existenz bedrohenden Probleme (beispielhaft seien genannt: Kriegsgefahr, Armut und Hunger, Zerstörung der menschlichen Lebensgrundlagen) berücksichtigt und zum anderen, inwieweit Widerständen, die gegen die Realisierung sozialistischer Reformkonzepte in einem entwickelten kapitalistischen Land wie der BRD zu erwarten sind, Rechnung getragen wird.

Am Beginn dieses neuesten Bandes aus der HDS-Schriftenreihe werden die Begriffe »Politische Theorie« und »Demokratischer Sozialismus« erläutert. *Politische Theorie* ist demnach Teil einer »umfassenden Gesellschaftstheorie«, insofern sie »politische Funktionen« der Gesamtgesellschaft auf Grundlage der »politischen Philosophie« bewertend erfaßt. *Demokratischer Sozialismus* ist nicht exakt definierbar, aber eines leistet dieser Begriff doch, und nun wird es interessant: er grenzt ab, nicht gegenüber liberaldemokratischen Positionen, sondern gegen »nichtdemokratische Sozialismuskonzeptionen« (23), was in diesem Kontext »wissenschaftlicher Sozialismus von Marx und Engels« (18) heißt. Gleich zu Beginn wird also eine wichtige Weichenstellung vorgenommen, die die weiteren Erörterungen entscheidend beeinflusst. Es ist zutiefst zu bedauern und schmälert den praktischen Wert dieses Buches in der Diskussion um strategische Konzepte für sozialistische Konzepte in der BRD ganz erheblich, daß die Weiterentwicklung marxistischer Positionen nur in Richtung »marxistisch-leninistischer Wissenschaft« zur Kenntnis genommen und — in einem Satz — als »antipluralistisch« verworfen (19) wird, während andere Entwicklungsstränge des Marxismus (wie z.B. Austromarxismus) noch nicht einmal der Erwähnung für wert gehalten werden.

Wenn einmal, was selten genug geschieht, eine Aussage über unsere Wirtschaftsordnung gemacht wird, so wird diese als »Industriegesellschaft« gekennzeichnet, die »arbeitsteilig« und »hochkomplex« sei (z.B. 223). Von diesem Ausgangspunkt ist es nur konsequent, wenn ohne konkreten Bezug auf die tatsächlichen Machtverhältnisse in der BRD ganz abstrakt von der »Möglichkeit« gesprochen wird, »in parlamentarisch-demokratisch verfaßten Gesellschaften die ökonomischen Institutionen auf politisch-staatlicher Ebene zur Disposition zu stellen« (29). Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, daß der Schwerpunkt des Buches

auf Reform des Parlamentarismus unter Zugrundelegung einer aus der sozialdemokratischen Staatslehre der Weimarer Republik (Heller, Fraenkel) entwickelten »partizipativen Pluralismustheorie« liegt. Diese Pluralismustheorie geht von Interessengegensätzen in der »Industriegesellschaft« aus, deren Augleich im Rahmen demokratischer Institutionen prinzipiell möglich sei (vgl. 71), ohne die unterschiedliche *Qualität* von Interessengegensätzen in einer nach kapitalistischen Prinzipien organisierten Klassengesellschaft zu problematisieren. Beim Lesen des Buches, insbesondere der Teile, wo die Autoren ihre »normativ-kritische politische Theorie« darstellen (26-34) oder die von Habermas vertretene Kommunikationstheorie des »herrschaftsfreien Diskurses« rezipieren (36-49), hatte ich des öfteren das Gefühl, daß dies vielleicht sinnvolle Beiträge für die Weiterentwicklung einer bereits *sozialistischen* Gesellschaft sein könnten, in der es tatsächlich keine antagonistischen Klassengegensätze mehr gibt und in der auch die von den Autoren geübte Bürokratiekritik am »Wohlfahrtsstaat« (149ff.) angebrachter sein könnte, als bei uns.

Ebenso gespenstisch, weil von realitätsfernem Optimismus geprägt, ist der konkrete Vorschlag einer »partizipativen Reform des Parlamentarismus« (171ff.). Hier wäre eine aus sozialistischer Sicht sinnvolle Fragestellung gewesen, welche Chancen und Möglichkeiten eine »plebiszitäre Erweiterung des Grundgesetzes« (206) für die Erlangung einer linken politischen und kulturellen Hegemonie bietet, die *sozialistische* Reformen in einer Gesellschaft wie der BRD überhaupt erst möglich macht.

Statt dessen bleibt das »Ziel des Demokratischen Sozialismus«, was die staatliche Ebene anbelangt (die als solche nicht in Frage gestellt, sondern ausdrücklich für unverzichtbar erklärt wird (72ff.)), die »partizipative Modifikation der repräsentativen Demokratie« (vgl. 206). Die Notwendigkeit der Partizipation wird vor allem mit dem »wachsenden Problemdruck« begründet, der es erforderlich mache, daß »elementare Zukunftsfragen, wie etwa die der Umweltpolitik oder der Kriegsverhütung, nicht über das Volk hinweg entschieden werden« (205). Der Problemdruck ist einfach da, es wird nicht analysiert, warum wir diesen Problemen überhaupt ausgesetzt sind, und ob wir sie durch Einführung von Volksbegehren, Volksentscheid oder ähnlichem auf Bundesebene lösen könnten.

Lediglich die letzten 18 des 259 Seiten umfassenden Buches sind der Reform des ökonomischen Sektors gewidmet. Nachdem sehr verkürzt das SPD-Konzept von »Paritätischer Mitbestimmung und Vermögensbildung« dargestellt wird (245ff.), werden die »vor allem innerhalb der Gewerkschaften« vertretenen Vorstellungen von »Selbstverwaltung und Investitionslenkung« kritisiert und wegen ihrer »Heterogenität« und Tendenzen zur »Aufhebung des Marktes« verworfen (248ff.).

Hingegen wird ein dritter wirtschaftsdemokratischer Reformvorschlag favorisiert. Es ist die »Mitarbeitergesellschaft und makroökonomische Verteilungsplanung« des Ota Šik (252ff.). Dieses Modell läßt die kapitalistische Profitlogik unangetastet, weil ihr Ziel die »Erhöhung der ökonomischen Effektivität« durch Gewinnbeteiligung und Integration der Beschäftigten in »ihr Unternehmen« ist (bei gleichzeitiger Unabhängigkeit des Unternehmensmanagements, vgl. 255).

Insbesondere unter Berücksichtigung dieses Wirtschaftsmodells kann zusammenfassend gesagt werden, daß hier keine »Politische Theorie des demokratischen Sozialismus« vorgelegt wurde, sondern ein wohl zum Scheitern verurteilter Versuch, der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung der BRD durch selektive Reformen gewissermaßen ein *ewiges Leben* zu garantieren.

Karl Heinz Wanninger (Berlin/West)

Schubert, Alexander: Die internationale Verschuldung. Die Dritte Welt und das transnationale Bankensystem, edition suhrkamp, Neue Folge Band 347, Frankfurt/Main 1985 (322 S., br., 18 DM)

Bei seiner Analyse der Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer stellt Schubert die Rolle der transnationalen Banken, die Auswirkungen der Wirtschaftspolitik der USA und das Scheitern des bisherigen weltmarktorientierten Entwicklungsmodells in den Mittelpunkt.

Der *erste Teil* des Buches behandelt die transnationale Expansion des westlichen Bankensystems in den letzten 15 Jahren. Angesichts der Stagnationstendenzen im produktiven Sektor gab es in den Industrieländern in den 70er Jahren immer mehr brachliegendes Geldkapital (zu dem zeitweilig noch die sog. Petro-Dollars der arabischen Ölexport-Staaten kamen). Als Reaktion darauf erfolgte binnen weniger Jahre eine historisch beispiellose Ausweitung der internationalen Kreditmärkte — eine wesentliche Voraussetzung für die Verschuldung der Dritten Welt. Eine wichtige, von Schubert gegenüber den traditionellen Mechanismen des internationalen Kreditgeschäfts etwas überbewertete Rolle spielten dabei die »freien Bankzonen« mit großen Steuervorteilen und einem weitgehenden Fehlen staatlicher Regulierungen (wie etwa Mindestreserveverpflichtungen) und die Herausbildung eines hocheffizienten weltweiten Interbankenmarktes. Der Ausweg aus der Verwertungskrise des produktiven Kapitals schien gefunden: die Entwicklungsländer zahlten für das geliehene Geldkapital nicht nur Zinsen, sie kauften damit auch Investitionsgüter oder Waffen in den Industrieländern und förderten so deren Warenexport.

Von besonderer Bedeutung für die Analyse Schuberts sind die Widersprüche der (auch nach der Auflösung des Bretton-Woods-Systems erhaltengebliebenen) Hegemonieposition der USA auf den internationalen Finanzmärkten. 1978/79 kam es — u.a. infolge des hohen Handelsbilanzdefizits und des massiven Kapitalexports aus den USA — zu einer dramatischen Dollarschwäche. Eine Stabilisierung der bedrohten monetären Hegemonie der USA wurde mit der Hochzinspolitik der Reagan-Regierung erreicht, durch die die weltweit besten Verwertungsbedingungen für Geldkapital geschaffen wurden. Tatsächlich flossen nun gigantische Kredite in die USA, mit denen die Leistungsbilanz- und Haushaltsdefizite (auch als Folge der neuen Rüstungsprogramme) finanziert werden konnten. Daraufhin verengte sich seit 1981 der internationale Kreditspielraum rasch. Die Kredite, die den Entwicklungsländern jahrelang geradezu aufgedrängt worden waren, blieben auf einmal aus; zugleich stieg die Zinsbelastung für einen großen Teil der laufenden Kredite massiv. Zahlreiche Entwicklungsländer standen vor der Zahlungsunfähigkeit.

Im *zweiten Teil* seines Buches untersucht Schubert die Strategie der »Entwicklung durch Verschuldung«. Als Folge der oft jahrhundertelangen kolonialen Deformation ihrer Wirtschaft und Gesellschaft war die Situation in vielen Ländern der Dritten Welt Anfang der 70er Jahre von einer mehr oder minder deutlichen Akkumulationskrise bestimmt, aus der die Verschuldung einen Ausweg öffnen sollte. Zwischen 1973 und 1982 stiegen — bei zunächst niedrigen Zinsen — die Kredite an Entwicklungsländer (auf die »öffentlichen« Kredite geht Schubert dabei nur am Rande ein) von weniger als 100 auf über 700 Milliarden US-Dollar. Vor allem die sog. Schwellenländer wie Brasilien, Mexiko oder Südkorea verzeichneten binnen weniger Jahre beeindruckende Industrialisierungserfolge. Freilich führte die Verschuldung nicht zu einer »selbsttragenden« Entwicklung, sondern allenfalls zu einer veränderten Form der Abhängigkeit von der Bewegung des nach wie vor von den westlichen Industriestaaten bestimmten Weltmarktes. Die Umlenkung der Kreditströme in die USA und der plötzliche Zinsanstieg brachten 1982 die Krise lediglich zum Ausbruch. Als wesentlich für

die allmähliche Herausbildung der Krise seit Mitte der 70er Jahre erwiesen sich etwa der infolge der Industrialisierung steigende Importbedarf oder die (u.a. wegen des zunehmenden Protektionismus in den Industrieländern) hinter den Erwartungen zurückbleibenden Exporteinnahmen der Entwicklungsländer (eine geringere Rolle für ihre Handelsbilanzdefizite als oft behauptet spielte dagegen, wie Schubert nachweist, die Verteuerung des Erdöls). Infolge der raschen Automatisierung der Industrieproduktion verringerten sich auch die »Kostenvorteile« der Entwicklungsländer schon nach kurzer Zeit wieder. Hinzu kamen Planungsfehler oder die unproduktive (z.B. spekulative) Verwendung von Krediten; ein wesentlicher Krisenfaktor war auch der Kapitalexport internationaler Konzerne oder einheimischer Eliten aus den Entwicklungsländern.

Schubert zeigt ausführlich an vier recht unterschiedlichen Länderbeispielen — Brasilien, Argentinien, Chile und Mexiko —, wie die Auslandsverschuldung nicht eine Verbesserung der Lebensbedingungen für die breite Bevölkerung oder größere politische und ökonomische Unabhängigkeit brachte, sondern nur eine neue Dimension der Unterentwicklung öffnete.

Im *dritten Teil* des Buches geht Schubert auf das bisherige »Krisenmanagement« und auf mögliche langfristige Lösungen ein. Nach dem Ausbruch der offenen Krise 1982 versuchten Banken und Regierungen der Industrieländer durch Umschuldungen und eine den betroffenen Entwicklungsländern — vor allem über den IWF — mehr oder minder aufgezwungene »Stabilisierungspolitik« eine Zahlungseinstellung zu vermeiden. Freilich konnte die Fortsetzung der Tilgungs- und Zinszahlungen oft nur durch eine weitere Verschuldung finanziert werden. Am Ende stand die Verwandlung eines Teils der Entwicklungsländer in Nettokapitalexporteure.

Schubert zeigt, daß durch diese globale Staatsintervention zwar die transnationalen Banken stabilisiert, die Lasten der Krise aber auf die Bevölkerung der Dritten Welt abgewälzt wurden. Dennoch wurde bestenfalls ein Aufschub der Krise erreicht; eine wirkliche Lösung der grundlegenden Widersprüche ist nicht in Sicht. Durch den scheinbaren Erfolg einer kurzfristigen Wiederaufnahme des Schuldendienstes könnte die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Schuldnerländer endgültig untergraben werden (inzwischen läßt sich in einigen Ländern ein regelrechter Prozeß der De-Industrialisierung beobachten); abgesehen von dem politisch-militärischen Konfliktpotential wäre auch ein Zusammenbruch des Finanzsystems der Industrieländer nicht mehr ausgeschlossen.

Am Schluß des Buches diskutiert Schubert einige Alternativlösungen. Er kritisiert die Beschränkung vieler Vorschläge auf die monetäre Sphäre, ohne Berücksichtigung der Notwendigkeit eines neuen Entwicklungsmodells für die Länder der Dritten Welt. Eine Abkoppelung der Entwicklungsländer vom Weltmarkt hält Schubert aus wirtschaftlichen Gründen, aber auch wegen der Gefahr militärischer Konfrontationen für riskant. Schließlich skizziert Schubert Grundzüge einer Alternative. Demnach wäre eine völlige Neuordnung der Weltmarktbeziehungen erforderlich; dazu würde die Aufgabe der hegemonialen Position der USA ebenso gehören wie eine Strategie für die produktive Verwertung des brachliegenden Kapitals in den Industrieländern. Von entscheidender Bedeutung wäre eine strukturelle Verbesserung der Weltmarktposition der Entwicklungsländer, die eine drastische Reduzierung ihrer Schuldenlast einschließen müßte. Für unumgänglich hält Schubert auch radikale gesellschaftliche Reformen in den Entwicklungsländern, die das bisherige Bündnis zwischen den einheimischen Eliten und den Industrieländern beseitigen und erstmals eine Entwicklung im Interesse der Bevölkerungsmehrheit ermöglichen. Schubert schreibt angesichts der gegebenen weltwirtschaftlichen Machtverhältnisse selbst einer solchen Alternative nur de-

klamatorischen Charakter zu; ungewiß bleibt, warum dann nicht direkt eine sozialistische Weltwirtschaft gefordert werden sollte.

Schuberts Buch ist wegen der Vielfalt der Perspektive und der Schärfe der Analyse die bisher wohl beste deutschsprachige Veröffentlichung über die Hintergründe der Verschuldungskrise. Trotz einzelner Unklarheiten und Lücken der Darstellung dürfte sie zu einem Standardwerk werden.

Winfried Roth (Berlin/West)

Haug, Wolfgang Fritz: Die Faschisierung des bürgerlichen Subjekts. Argument-Sonderband AS 80, Argument-Verlag, Berlin/West 1986 (218 S., br., 17,60 DM/14,60 DM f. Stud.).

W.F. Haug untersucht das Zustandekommen der nazistischen Ausrottungspolitik und die Beteiligung der Medizin an ihnen. Dabei stößt er auf »die Beziehungen zwischen den verschiedenen ideologischen Mächten, die sich mit der Formierung und Einordnung von 'Vernunft', 'Gesundheit', 'Normalität' befaßten, bzw. mit der Behandlung, Sanktionierung, Einschließung oder Eliminierung des 'Unvernünftigen', 'Krankhaften', 'Abnormen' « (8).

Seine an umfangreichem Material gewonnenen Ergebnisse führen zur Kritik der bisher vorherrschenden Erklärungsansätze: Haug zeigt, daß 'Moral', 'Vernunft', 'Normalität' als kategoriale Bezugspunkte zur Erklärung der nazistischen Politiken denkbar ungeeignet sind, da sie selbst in vielfältiger Weise in diese Vorgänge verstrickt sind. Gerade das entfesselte Funktionieren der ungeformten Diskurse über Vernunft, Moral etc., die die Individuen zur freiwilligen Ein- und Unterordnung rufen, macht die faschistische 'Ausmerze' möglich. »Die Institutionen, Diskurse und Verknüpfungen, auf denen die nazistischen Ausrottungspolitik aufbauen ... sind vor der Machteinsetzung fertig. Der Faschismus ist alles andere als ein bloßer Einbruch von außen in die bürgerliche Gesellschaft und ihre Institutionen; er ist der Ernstfall ihrer Normalität« (18).

Auch ökonomistische Positionen, die die Vernichtung 'lebensunwerten Lebens' unmittelbar auf kapitalistische Rentabilitätsüberlegungen zurückführen, greifen bei der Analyse der konkreten Phänomene zu kurz. Kapitalfunktional ist indes »die indirekte terroristische Mobilisierung des 'gesunden' Wirtschaftsvolks durch das am 'ungesunden' Teil statuierte Exempel« (32). Die Funktionen und Kalkulationsmuster des Kapitals sind notwendige, aber nicht zureichende Bedingungen (39). Denn das konkrete Resultat der Durchrationalisierung der Lebensweise beruht häufig darauf, »aus der Zivilgesellschaft herandrängende Bewegungen zum Zuge kommen zu lassen« (40). Es läßt sich daher nicht auf den direkten Ausdruck ökonomischer Klasseninteressen reduzieren. Für die in letzter Instanz sich vollziehende Determination der gesellschaftlichen Verhältnisse durch die Produktionsverhältnisse gibt das Buch reichlich Belege. Die scheinbar wiederauflebenden traditionellen Ideologien wurden in Wirklichkeit umfunktioniert zu Vehikeln faschistischer Modernisierung im Rahmen der nachholenden Imperialismen Europas.

Ebenso wie ökonomistische und klassenreduktionistische Erklärungsansätze verkürzen auch manipulationstheoretische Auffassungen, die primär von den Intentionen der 'üblen Subjekte' ausgehen, den Wirkungszusammenhang. Sie werden der Kritik unterzogen, weil sie die Frage nach der ideologischen Mobilisierung und Subjektkonstitution nicht stellen. »Der entscheidende Akzent muß auf der Erforschung der Anlage, der konkreten Verhältnisse liegen, in denen die Subjekte agieren« (48). Haug erforscht das Verhältnis »von Struktureffekten und ihrer herrschaftsstrategischen »Instrumentalisierung« (45). Ausgehend von der Analyse des Gesundheitswesens findet er Verbindungen zu den wichtigsten bürgerlichen Institutionen, denen in ihren je spezifischen Zuständigkeitsbereichen die Organisation und

Kontrolle von Aspekten des gesellschaftlichen Lebens und der Eingliederung der Individuen in den gesellschaftlichen Zusammenhang unterliegt. Bereits die vofaschistischen Institutionen mit ihren Praktiken, Diskursen und Wertsystemen sicherten die Prozesse und Formen, in denen sich die Individuen zu untergebenen Trägern der Herrschaftsordnung machen, sich freiwillig in diese einordnen, sie in sich hineinnehmen.

Kunst, Philosophie, Justiz, Medizin, Psychiatrie und Psychotherapie etc. und die Verknüpfungen ihrer jeweils spezifischen Wertedualismen (Häßlichkeit/Schönheit, Un-/Vernunft, Un-/Rechtmäßigkeit, Krankheit/Gesundheit, A-/Moral, A-/Sozialität) werden in eine Anordnung gebracht, die sie über die Dimension Höher-/Minderwertigkeit aufeinander bezieht.

Die institutionalisierten Diskurse über 'Charakter', 'Willen', 'Konstitution', 'Psychopathie' etc. sind so ineinander verwoben; die Werte verweisen aufeinander und werden zur Normalität vernetzt. Die Institutionen sind eingespannt in Prozesse der Herstellung und Aufrechterhaltung des 'Normalen' und wirken als »Normalisierungsmächte«; sie rufen die Individuen zu ihrer »freiwilligen«, imaginär-von-innen-gelebten, selbsttätigen Ein- und Unterordnung in die Herrschaftsverhältnisse an, indem sie »ein Netz von Erwartungen, Zumutungen, Zuschreibungen grundiert von Sanktionen« (88) ausspannen. Gewalt ist der »Rahmen für Praktiken und praktisch relevante Anordnungen, worin Einstellungen und Verhaltensweisen angeregt werden, in denen sich die Herrschaftsverhältnisse reproduzieren« (191).

Wirksam werden die »institutionalisierten Normalisierungspraktiken« nicht auf Grund der bloßen Gewalt. Die »Normalisierungspraktiken im Alltag« geben »den unentbehrlichen Resonanzboden für die Praxen und Diskurse der ... förmlich institutionalisierten Psychmächte« ab (71). Neben der Familie bildet die massenhafte Ratgeberliteratur, die die Interessen und Notwendigkeiten der Privatindividuen nutzt, eine Übersetzungsstation zwischen Institution und Alltag. Die ideologischen Integrationsleistungen werden unterstützt von den »objektiven Gedankenformen«, d.h. den Logiken vom Standpunkt des notwendigen Handelns in den objektiven ökonomischen Formen. Die Konkurrenzverhältnisse und der über den Markt vermittelte Klassengegensatz bewirken die »Privatisierung der Individuen. Die Gesellschaft nimmt Umweltform für sie an«. Deshalb liefert der Alltag »der ideologischen Macht ... nicht wenige ihrer Unterscheidungen und Evidenzen« (106). In die Normalitätsdiskurse werden die Wünsche, Bedürfnisse und Interessen der Individuen eingearbeitet.

Die Faschisten reorganisieren die bürgerliche Klassenherrschaft. Sie knüpfen das engmaschige Netz der sozialen Kontrolle um. »Zugleich verschärfen sie die Gewaltform der Durchsetzung. Unfähigkeit oder Unwille zur faschistischen Subjektion werden zur Ausrottung bestimmt« (15). Ein entsprechendes Netz der Wissensproduktion und -speicherung wird geknüpft und systematisch angezapft (102); die Erfassungskategorien verschmelzen und werden ausgedehnt. 'A-Sozialität' wird zur 'Gemeinschaftsunfähigkeit' im Rahmen faschistischer Volksgemeinschaft umgearbeitet. »Die positive Äquivalenzkette läßt sich in der Formel Gesundheit—Verantwortlichkeit—Gemeinschaftsfähigkeit artikulieren« (99).

Parallel zum Ausbau des Gewaltapparats verringern die Nazis die relative Selbständigkeit der Institutionen der Zivilgesellschaft und binden sie direkt an den NS-Staat, wie Haug am Beispiel der nun staatlich organisierten Ratgeberdimensionen der ärztlichen Tätigkeit zeigt (39). Der faschistische Diskurs verändert die Anordnung und Kompetenzabgrenzung der ideologischen Mächte und führt zur Umordnung ihrer inneren Wertehierarchien. »Im Zentrum der (Um-)Organisation des Ideologischen bei Hitler steht die Umformung des 'Volkes'«. Er funktionalisiert dabei die ideologischen Dualismen und verdichtet ihre Gegensätze in 'Volk' und 'Führer'. »Um das Feld der Völkischen zu vereinheitlichen und um

noch bestehende demokratische Verbindungen zu kappen, reartikuliert er das Volk« rassisch (49).

Die nazistischen Rassendiskurse sind nicht auf einen biologischen Determinismus reduzierbar. Der scheinbar somatische Ansatz und »der zur Leistung und Unterstellung mobilisierende Diskurs (bilden) einen funktionalen Widerspruch« (65). »Beide Pole werden zusammengebracht durch den Begriff der Zucht ... Führung zur Zucht über Auslese auf Grund der Vererbungslehre. Diese Formel bringt die beiden Pole der Rassendiskurse ... ins Verhältnis zueinander« (56). Primär bedeutet »Rasse zu beweisende Wertigkeit« (16). Die Fähigkeit Werte darzustellen wird zum Maßstab des guten 'Subjekts'. 'Pflicht zur Gesundheit' als Sache des Willens wird zentral verknüpft mit der faschistischen Sozialität. »In der Gesundheitsmetapher verknüpft Hitler den Rassismus mit der Moral ... Gesundheit ist moralische Gesundheit, (Rasse) ... manifestiert sich in der gesunden Moral. Eine wesentliche Praxis der moralischen Gesundheit ist der Sport; Hitler verknüpft ihn zugleich mit der Ästhetisierung des Körpers ... und der Regulierung der geschlechtlichen Begierde« (21). Der Gegensatz Gesundheit/Krankheit organisiert »eine rassistische Gesellschaft von Erziehung, Sport, Hygiene, Sexualmoral, Kleiderordnung, Kriegstauglichkeit, Religiosität usw.« (22).

Im Bereich des Sexuellen wirkt das »Syphillisparadigma mit seiner Hygiene des Volkskörpers als Gefährd, auf dem eine faschistische Modernisierung und ihre züchterische Indienstnahme fahren konnten« (133). Hitlers Diskurs zeigt »strategisches Interesse an der Verknüpfung ideologischer Werte mit Leistungsfähigkeit in der 'Schönheit' des Körpers« (176). »Schönheit wird zum Wort für die erfolgreiche Faschisierung des bürgerlichen Subjekts« (147). »In sie eingeschrieben ist die faschistische Subjektion, die Gehorsam als Glauben und Staatsmacht als individuelle Kraft lebt« (178). »Erziehung, Alltagsmoral, Körperkultur und Sport, Ästhetik, Medizin und Psychiatrie werden in der Anordnung zur Rasse neuartig geordnet. Das Faschistische ist in der Anordnung« (177) und nicht in den einzelnen Elementen. »Für die Konstitution faschistischer Macht (ist das) 'Einsammeln', Vernetzen, Bündeln der unterschiedlichen Strömungen«, von Motiven und Praxiselementen zu Sinngflechten ausschlaggebend (140). Der Faschismus schafft diese Tendenzen nicht, sondern fesselt sie direkt an den Gewaltapparat (97). Die »diesbezüglichen Diskurse sind längst formiert, müssen nur noch vernetzt und zentralisiert werden« (100). Die normalen Werte und Diskurse werden zu Vehikeln der Faschisierung.

Angesichts der gegenwärtigen Strategien von Neokonservatismus und rechtem Populismus, der Neuformierung der Herrschaft von Staat und Kapital, der Gefahren eines neuen Rassismus, wie er sich z.B. in der Asylantendiskussion zeigt, und der strukturellen Analogien von Aids- und Syphillisparadigma ist dieses Buch politisch hochaktuell. Es widersetzt sich dem 'Zeitgeist', indem es den 'post-modernen' Diskursen über mythische Totalitäten, der Ausdehnung psychoanalytischer Muster zur allgemeinen Rahmentheorie und dem Positivismus bürgerlicher 'main-stream'-Wissenschaften nicht folgt. Zu den Problemen und Möglichkeiten des Aufbaus gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit 'von-unten' liefert dieses Buch nutzbare Denkanstöße. Es ist ein wichtiger Beitrag für emanzipatorische Politik.

Tobias Banaschewski (Marburg)

Weinzen, Hans Willi, (Hg.): Viktor Agartz. Wirtschafts- und Steuerpolitik. Mit der Kontroverse Nell-Breuning SJ contra Agartz. DVK-Verlag, Berlin (West) 1986 (139 S., br., 12,80 DM).

Der Gegenentwurf zu Versuchen, über ein »rechtes« Geschichtsbild eine nationale Identität von großdeutschem Zuschnitt »von oben« zu oktroyieren, muß vorbehaltlos um die Aufklä-

rung aller Ansätze demokratischer Entwicklungen und Politikperspektiven Nachkriegs-Deutschlands bemüht sein.

Hans Willi Weinzen ist mit der Veröffentlichung seines neuesten Buches auf diese Herausforderung eingegangen. Die Herausgabe von Schriften eines der profiliertesten Wirtschafts- und Gewerkschaftspolitiker der Nachkriegszeit, wie *Viktor Agartz* es war, verdient allein schon deswegen Beachtung, weil es sich hierbei um eine in der offiziellen Geschichtsschreibung totgeschwiegene persona non grata handelt. So sehr *Viktor Agartz* die Nachkriegsentwicklung beeinflußt hat, so sehr wurde er angefeindet, als seine wirtschaftspolitischen Analysen den ungebrochenen kapitalistischen Charakter der westdeutschen Gesellschaft offenbarten und er als sog. »Cheftheoretiker« der Gewerkschaften auf Entwicklungen aufmerksam zu machen begann, die es Jahre später einem Bundeskanzler erlauben sollten, sich ungestraft der Ehrung und Aufwertung der SS schuldig zu machen und gleichzeitig jeden Ansatz zur Bekämpfung der Arbeiterbewegung zu unterstützen.

Hans Willi Weinzen dokumentiert aber nicht nur *Agartz'* Kritik an den Verhältnissen der 50er Jahre, indem er zwei der wohl bedeutendsten Beiträge von *Agartz* (»Expansive Lohnpolitik« und »Wirtschafts- und Steuerpolitik«) vorstellt, sondern veröffentlicht in diesem Band zugleich auch die Kritik *Oswald von Nell-Breunings* an den wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen von *Agartz*. Indem *Weinzen* erstmals diese Kontroverse in einer Publikation veröffentlicht, bietet er dem geeigneten Leser die Möglichkeit, sich selbst in die Kontroversen um die Anfänge und ersten Wirkungen des sog. »Wirtschaftswunders« durch die »soziale Marktwirtschaft« einzuarbeiten. Darüberhinaus enthält dieser Band auch die Verteidigungsschrift *Walter Horns*, in der dieser die *Nell-Breuningschen* Angriffe pariert und in einen Gegenangriff umsetzt. Den Schlußteil des Buches bilden eine Übersicht über die Schriften von *Viktor Agartz* und eine Zusammenstellung der Literatur über *Viktor Agartz*.

Eine besondere Bedeutung kommt diesem Buch aus zweierlei Gründen zu. Zum ersten: *Helmut Gollwitzer* hat kürzlich darauf aufmerksam gemacht, daß sich die Distanzierung der DGB- und SPD-Führung von *Agartz* »heute rächt«, weil die »Illusion vom krisenlosen Kapitalismus« von Anfang an ohne jede Realität war. *Viktor Agartz* hatte diese Entwicklung vorausgesehen und in seinem Referat auf dem Gewerkschaftstag 1954 (Wirtschafts- und Steuerpolitik) eine umfassende Positionsbestimmung des ökonomischen und politischen Systems der Bundesrepublik vorgenommen, deren analytische Schärfe und Aktualität gleichermaßen beeindruckend wie auch — erschreckend.

Die (Rück-)Gewinnung politischer Hegemonie durch die Organisationen der Arbeiterbewegung kann nur in Anknüpfung an diese frühen Schriften erfolgreich sein, weil *Viktor Agartz* hierin wichtige historische Erfahrungen systematisiert hat und damit nicht nur als Politiker, sondern auch als Wissenschaftler von zeitgeschichtlicher Bedeutung ist.

Zum zweiten: *Viktor Agartz* wurde 1957 in einem politischen Prozeß »erledigt«, obwohl er — verteidigt vom späteren Bundespräsidenten *G. Heinemann* und dem Finanzminister von NRW *D. Posser* — vom Vorwurf des Landesverrats (DDR — Kontakte) freigesprochen wurde. *Hans Willi Weinzen* stellt nunmehr in seinem Buch an Hand zentraler Reden und Schriften den Kern des Konflikts dar. Daß *Viktor Agartz* als Leiter des WWI (heute: WSI) eine »expansive Lohnpolitik« als Motor für eine expansive Wirtschaft verlangte, mochte den konservativen Kräften der Republik noch als verkraftbar erscheinen, nicht aber eine auf dem 3. ordentl. Gewerkschaftskongreß mit »stürmischem Beifall« bedachte — »kristallklare Analyse« (so noch die spontane Reaktion des stellvertretenden DGB-Vorsitzenden) der bestehenden Verhältnisse. U.a. hatte *Agartz* dort festgestellt, daß angesichts des »Prozesses der

Restauration« »beileibe nicht jeder ein guter und zuverlässiger Demokrat (sei), der eine Gegnerschaft zum Osten zu haben vorgibt! (Starker Beifall)«. Und im Hinblick auf die von den West-Alliierten verhinderte Sozialisierung stellte *Agartz* fest, daß damit »die entscheidende Grundlage für das Wiedererstarren der Reaktion in Westdeutschland gelegt worden (ist). (Stürmischer Beifall. — Zurufe: Sehr gut!)«. Insgesamt deutete das positive Echo auf ein neu erwachtes Selbstbewußtsein der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung hin.

Unter dem Titel: »Wohin führt Dr. Viktor Agartz den DGB?« formulierte *Nell-Breuning* die Kampfansage konservativer Kreise. Nach Auffassung des Jesuiten müßten *Agartz'* Zielsetzungen in »staats-, gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Wahnvorstellungen«, in »politischen und klassenkämpferischen Radikalismus«, in »Verantwortungslosigkeit« und schließlich in die »Spaltung des DGB« einmünden. Daß tatsächlich ein christlicher Gewerkschaftsbund zur Schwächung der Einheitsgewerkschaft gegründet wurde, wirft ein bezeichnendes Licht auf die konservativen Absichten.

Während *Nell-Breuning* versuchte, *Agartz* als Abtrünnigen vom »Münchener Programm« des DGB zu brandmarken, bewies *Walter Horn* in seiner Gegenschrift, daß eben dieses Programm den inkriminierten *Viktor Agartz* zum Verfasser hat. Auch diese von *Weinzen* dankenswerter Weise zugänglich gemachte Streitschrift beweist die hohe analytische Qualität der wissenschaftlichen Arbeit im WWI, zu deren Mitarbeitern *Horn* gehörte. Dies ist insofern von Interesse, als diese Arbeit zwar in den »Gewerkschaftlichen Monatsheften« gedruckt, aber vom DGB-Bundesvorstand — wohl auf inner- und außergewerkschaftlichen Druck hin — zurückgezogen wurde.

So verdienstvoll es ganz ohne Zweifel auch ist, diese Texte wieder leicht zugänglich zu machen, so hilfreich wäre es gewesen, ihnen vor- oder nachgestellt jene wichtigen Hintergrundinformationen beizugeben, die das Konfliktumfeld beleuchten, das m.E. erst den zentralen Stellenwert von Reden und Schriften dieses Buches erkennbar werden läßt. Diese Informationen wären sicherlich mit Leichtigkeit aus dem anhängenden Literaturverzeichnis zusammenstellbar gewesen. Das an der Biographie und den theoretischen Positionen von *Agartz* orientierte Einführungskapitel *Weinzens* beseitigt diesen Mangel nicht.

Dieses Buch von *Weinzen* bietet im Ganzen einen wichtigen Einblick in einen der zentralen und weichenstellenden Konflikte bundesdeutscher Nachkriegsgeschichte. Sicherlich wird dieser Dokumentenband einen wichtigen Stellenwert in der Auseinandersetzung um die zeitgeschichtliche Interpretation dieses Konfliktes erhalten. Empfohlen sei er aber auch all denjenigen, die nach einem flüchtigen Blick zurück, den Gewerkschaften allzu leichtfertig historisches Versagen attestieren. Der Fall »*Agartz*« verweist da sehr eindringlich auf die konkreten Kräfteverhältnisse in »dieser unseren Republik«.

Josef Hülsdünker (Münster)

Über die Autoren und Autorinnen

Baechler, Günther, geb. 1953; Dipl.-Politologe, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg. Mitglied der AL Berlin

Banaschewski, Tobias, geb. 1961; Studium der Medizin und Psychologie an der Universität Marburg

Brünig, Sabine, geb. 1956; Doktorandin, stellv. Landesvorsitzende der Berliner Jusos. Mitglied in SPD und ÖTV. Veröffentlichungen u.a.: *Frauenbilder* (Mitautorin, 1986)

Christ, Rainer, geb. 1953; Soziologe. Mitglied im UB-Vorstand der SPD Mainz-Stadt, Mitglied in SPD, ÖTV und SJD - Die Falken

Dehm, Diether, geb. 1950; Musikproduzent und Rockautor, Mitglied der SPD und des Bundesvorstands der AGS

Egert, Jürgen, geb. 1941; Mitglied des Deutschen Bundestages. Arbeitsschwerpunkt: Sozial- und Gesundheitspolitik, Landesvorsitzender der Berliner SPD von 1985-1986

Günther, Joachim, geb. 1951; Kreisgeschäftsführer der SPD Berlin-Kreuzberg. Mitglied in HBV, AWO und der *spw*-Redaktion

Guggemos, Michael, geb. 1956; 1974 bis 1980 Landesvorsitzender der Jusos Baden-Württemberg, seit 1986 Bundesvorsitzender der Jungsozialisten

Hindels, Josef, geb. 1916; kfm. Angest., Sekretär der Gewerkschaft der Privatangestellten. Mitglied der SPÖ und stellv. Vorsitzender des Bundes Sozialist. Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, Mitherausgeber von *spw*

Hülsdünker, Josef, geb. 1951; Dr.phil., Lehrbeauftragter. Veröffentlichungen u.a.: *Theoretische und methodologische Voraussetzungen sozialgeographischer Freizeitforschung* (1982); *Praxisorientierte Sozialforschung und gewerkschaftliche Autonomie* (1983). Arbeitsgebiete: Industriosozioologie; Empir. Sozialforschung

Karnatz, Michael, geb. 1955; Gymnasiallehrer für Mathematik/Physik. Mitglied in SPD, GEW, *spw*-Redaktion

Kremer, Uwe, geb. 1956; Doktorand. Arbeitsgebiete: Politische Theorie des Marxismus, Reformismusanalyse, Gewerkschaftspolitik. Stellv. Bundesvorsitzender der Jungsozialisten in der SPD. Mitglied in AWO, GEW, VVN

Kryszon, Sabine J., geb. 1962; Studium der Politischen Wissenschaften an der FU Berlin. Arbeitsgebiete: Gewerkschaftspolitik, Sozialwissenschaftliche Jugendforschung, Sicherheitspolitik. Mitglied in GGLF, HBV, JEF und DfV

Lienker, Heinrich, geb. 1952; wiss. Angestellter. Mitglied in SPD und GEW, Mitglied im UB-Vorstand Gütersloh

Reusch, Jürgen, stellv. Leiter des IMSF und Leiter des Zentrums für Marxistische Friedensforschung beim IMSF

Rix, Christiane, geb. 1953; Dipl. Politologin, wiss. Mitarbeiterin am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Univ. Hamburg. Betriebsratsvorsitzende. Mitglied der SPD und der ÖTV

Roth, Winfried, geb. 1952; Dipl.-Volkswirt, freier Journalist

Rudolph, Karsten, geb. 1962; Studium der Geschichtswissenschaft und Germanistik an der Ruhr-Universität Bochum, Vorsitzender der Jungsozialisten Westliches Westfalen, Mitglied in SPD, GEW, DFG-VK

Schauer, Helmut, geb. 1937; Mitglied der IG-Metall, Gewerkschaftssekretär in der IG-Metall-Vorstandsverwaltung (Abt. Tarifpolitik)

Schöler, Ulrich, geb. 1953, Jurist, Doktorand. Mitglied in SPD und ÖTV

Stratmann, Eckhard, geb. 1948; Studienrat a.D. für Politik, Geschichte und ev. Religion, Mitglied der Bundestagsfraktion der Grünen. Arbeitsgebiete: Wirtschafts- und Energiepolitik. Veröffentlichung u.a.: *Grüne Wirtschaftspolitik — machbare Utopien* (Mithrsg., 1985)

Wand, Kurt, geb. 1944; wiss. Angest.; Mitglied der IG Bau Steine Erden und des Kreisvorstandes der SPD Hamburg-Eimsbüttel

Wanninger, Karl-Heinz, geb. 1960; Studium der Jurisprudenz an der FU Berlin. Mitglied im Kreisvorstand der Jungsozialisten Berlin-Spandau und der HDS

Wehr, Andreas, geb. 1954. Jurist. Mitglied in SPD, HBV, AWO und der *spw*-Redaktion

Weinzen, Hans Willi, geb. 1953; Dr.rer.pol., tätig in der politischen Bildung. Arbeitsgebiete: Deutsche Arbeiterbewegung, Parteien und Verbände; Deutschland- und Ostpolitik. Mitglied im Fachausschuß I (Berlin, Deutschland, Internationales) des Landesvorstandes der Berliner SPD. Mitglied in SPD, GEW und *spw*-Redaktion

Gerhard Bäcker · Reinhard Bispinck

35 STUNDEN WOCHE

Argumente zur Sicherung
und Schaffung
von Arbeitsplätzen
und für mehr Zeit zum Leben.

Vorwort von Hans Janßen (Industriegewerkschaft Metall)

Bestellung über: spw-Verlag · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65 · Tel. 4617083